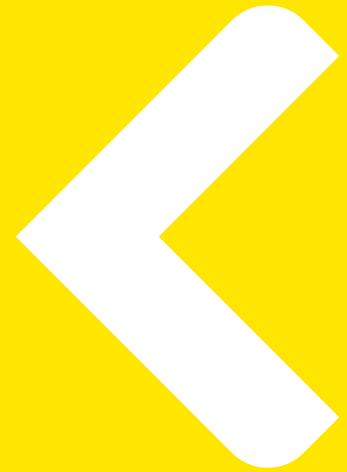




Raiffeisen Bank
International

Halbjahres- Finanzbericht

per 30. Juni 2024



> Überblick

Raiffeisen Bank International (RBI)

Monetäre Werte in € Millionen	2024	2023	Veränderung
Erfolgsrechnung	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Zinsüberschuss	2.895	2.749	5,3%
Provisionsüberschuss	1.391	1.698	-18,1%
Verwaltungsaufwendungen	-1.924	-1.995	-3,6%
Betriebsergebnis	2.535	2.661	-4,7%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-48	-259	-81,5%
Ergebnis vor Steuern	1.919	1.715	11,9%
Ergebnis nach Steuern	1.436	1.327	8,2%
Konzernergebnis	1.324	1.235	7,3%
Bilanz	30.6.	31.12.	
Forderungen an Kreditinstitute	17.721	14.714	20,4%
Forderungen an Kunden	101.920	99.434	2,5%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.879	26.144	10,5%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	125.333	119.353	5,0%
Eigenkapital	21.090	19.849	6,3%
Bilanzsumme	209.963	198.241	5,9%
Kennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Return on Equity vor Steuern	19,5%	18,5%	1,0 PP
Return on Equity nach Steuern	14,6%	14,3%	0,3 PP
Konzern-Return-on-Equity	15,0%	14,9%	0,1 PP
Cost/Income Ratio	42,7%	42,4%	0,3 PP
Return on Assets vor Steuern	1,86%	1,63%	0,23 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,94%	2,74%	0,20 PP
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,25%	0,37%	-0,13 PP
Bankspezifische Kennzahlen	30.6.	31.12.	
NPE Ratio	1,8%	1,9%	-0,1 PP
NPE Coverage Ratio	53,3%	51,7%	1,6 PP
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	98.453	93.664	5,1%
Harte Kernkapitalquote ¹	17,8%	17,3%	0,5 PP
Kernkapitalquote ¹	19,5%	19,1%	0,4 PP
Eigenmittelquote ¹	21,9%	21,5%	0,4 PP
Aktienkennzahlen	1.1.-30.6.	1.1.-30.6.	
Ergebnis je Aktie in €	3,87	3,59	7,6%
Schlusskurs in € (30.6.)	16,22	14,52	11,7%
Höchstkurs (Schlusskurs) in €	19,27	14,60	32,0%
Tiefstkurs (Schlusskurs) in €	15,82	13,44	17,7%
Anzahl der Aktien in Millionen (30.6.)	328,94	328,94	0,0%
Marktkapitalisierung in € Millionen (30.6.)	5.335	4.776	11,7%
Ressourcen	30.6.	31.12.	
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	44.837	44.887	-0,1%
Geschäftsstellen	1.490	1.519	-1,9%
Kunden in Millionen	18,6	18,6	0,5%

¹ Transitional – inklusive Ergebnis

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr inkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

Mit RBI wird in diesem Bericht der RBI-Konzern bezeichnet. Ist dagegen die Raiffeisen Bank International AG gemeint, wird der Begriff RBI AG verwendet. Mit Konzernzentrale ist die Raiffeisen Bank International AG ohne Zweigstellen gemeint.

In den Tabellen und Grafiken können sich Rundungsdifferenzen ergeben. Die Veränderungswerte in den Tabellen basieren auf nicht gerundeten Ausgangswerten. Die im Bericht erwähnten Kennzahlen sind im Konzernabschluss unter Kennzahlen definiert.

> Inhalt

RBI auf dem Kapitalmarkt	4
Konzernzwischenlagebericht	7
Entwicklung der Märkte	7
Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode	9
Ergebnis- und Finanzentwicklung	10
Bilanz	14
Eigenmittel gemäß CRR/BWG	15
Risikomanagement	16
Ausblick	16
Segment- und Länderanalyse	17
Zentraleuropa	17
Südosteuropa	19
Osteuropa	21
Group Corporates & Markets	22
Corporate Center	23
Konzernzwischenabschluss	24
Unternehmen	24
Gesamtergebnisrechnung	25
Bilanz	26
Eigenkapital-Veränderungsrechnung	27
Kapitalflussrechnung	28
Segmentberichterstattung	29
Anhang	34
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	41
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost	48
Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	53
Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital	61
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	63
Risikobericht	74
Sonstige Angaben	87
Regulatorische Angaben	95
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	98
Kennzahlen	99
Abkürzungsverzeichnis	101
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter	102
Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses	103
Impressum	105

➤ RBI auf dem Kapitalmarkt

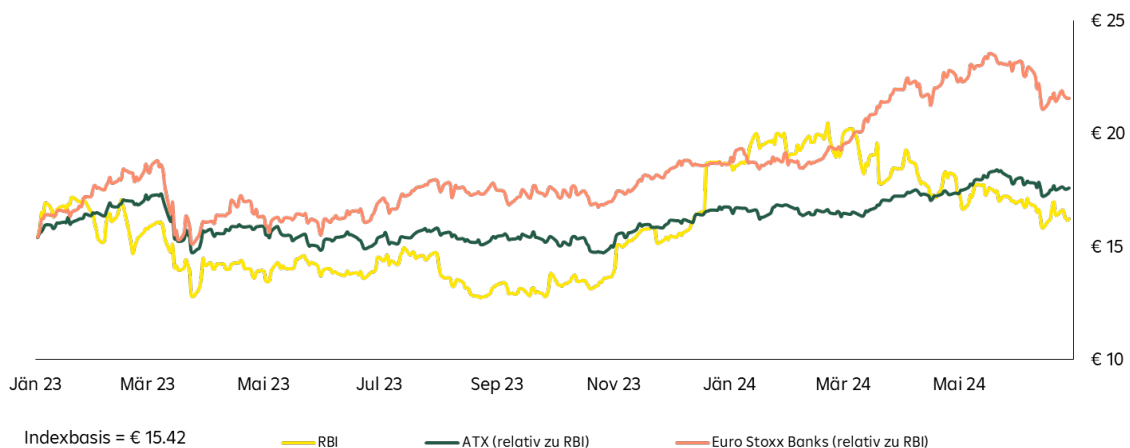
Entwicklung der RBI-Aktie

Nach der positiven Entwicklung zum Jahresauftakt schwächte sich die Aufwärtsdynamik etwas ab, dennoch konnten zahlreiche Aktienindizes im zweiten Quartal 2024 neue Allzeithochs verzeichnen. Haupttreiber dieser Entwicklung waren weiterhin hauptsächlich Technologiewerte, insbesondere solche mit Aktivitäten rund um das Thema Künstliche Intelligenz. Da die meisten großen Unternehmen in diesem Sektor in den USA angesiedelt sind, profitierten die US-amerikanischen Aktienmärkte abermals am stärksten von dieser Entwicklung. Die alte Börsenweisheit, dass politische Börsen in der Regel kurze Beine haben, bewahrheitete sich nach den Ergebnissen der Europawahl erneut. Trotz des Erstarkens politisch weit links und rechts stehender Parteien blieben die Auswirkungen auf die Märkte gering. Auch die sehr kurzfristig angesetzten Neuwahlen in Frankreich riefen keine Turbulenzen hervor, obgleich das Regieren in Frankreich aufgrund der Ergebnisse schwieriger werden dürfte und die Auswirkungen auf die politische Gemengelage in Europa noch ungewiss sind.

Die Inflation in Europa verharrte im zweiten Quartal im Vorjahresvergleich auf einem Niveau zwischen zwei und drei Prozent. Obwohl das Ziel von zwei Prozent noch nicht ganz erreicht ist, beschloss die EZB Anfang Juni eine Senkung des Leitzinses um 25 Basispunkte und damit die erste Zinssenkung seit acht Jahren. Auf die europäischen Rentenmärkte hatte dies jedoch kaum Auswirkungen, da die Zinssenkung bereits seit längerem erwartet worden war. In den USA ist die Inflationsentwicklung und ihr Niveau zwar sehr ähnlich zu Europa, die Fed sah jedoch noch keinen ausreichenden Spielraum für eine erste Zinssenkung. Hauptursache für die unterschiedliche Zinspolitik ist die Wirtschaftsentwicklung, die in Europa verglichen mit den USA deutlich schwächer ausfällt und die EZB mit ihrer geldpolitischen Trendwende positive Impulse setzen möchte.

Zu Beginn des zweiten Quartals 2024 lag der Kurs der RBI-Aktie bei € 18,46. Zum Quartalsende notierte sie bei € 16,22 und verlor im Zuge von Meldungen rund um das Russland-Geschäft der RBI 12,1 Prozent im Vergleich zum Ende des ersten Quartals. Der österreichische Aktienindex ATX legte im zweiten Quartal um 2,1 Prozent zu, während der europäische Bankenindex Euro Stoxx Banks um 1,8 Prozent nachgab.

Kursentwicklung seit 1. Jänner 2023 im Vergleich zu ATX und Euro Stoxx Banks



Kapitalmarktkommunikation

Am 2. Mai 2024 publizierte die RBI die Geschäftsergebnisse des ersten Quartals 2024. Aus diesem Anlass hielt der Vorstand der RBI eine Webkonferenz mit über 350 Teilnehmern ab. Er erläuterte die Geschäftszahlen, ging dabei auch ausführlich auf die Situation in Russland sowie die potenziellen Auswirkungen für die RBI ein und stand in der anschließenden Q&A-Runde für Fragen zur Verfügung.

Ziel der Investor-Relations-Aktivitäten der RBI ist es, mit flexiblen und innovativen Informationsformaten den Kapitalmarktakteuren ein Höchstmaß an Transparenz zu bieten. Im zweiten Quartal nahmen die Investor-Relations-Verantwortlichen und weitere Vertreter der RBI in Budapest, Bukarest, Lausanne, London, Madrid, München, Paris, Prag, Wien und Zürich an Roadshows und Konferenzen teil. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch zahlreiche virtuelle Veranstaltungen im Rahmen von Telefon- und Webkonferenzen. Darüber hinaus bot Investor Relations Analysten, Eigen- und

Fremdkapitalinvestoren einen individuellen Austausch mit dem CEO und CRO sowie Investor Relations telefonisch oder als Videokonferenz an. Schwerpunkte der Gespräche mit Investoren und Analysten im zweiten Quartal waren weiter die Situation in der Ukraine, die Entwicklung in Russland sowie ihre möglichen Auswirkungen auf die RBI.

Neben 18 Aktienanalysten geben 22 Anleiheanalysten (Stand: 30. Juni 2024) regelmäßig Empfehlungen zur RBI als Investment ab.

Die RBI ist bestrebt, die Marktteilnehmer stets bestmöglich zu informieren. Im Sinn einer möglichst weiten Verbreitung und guten Zugänglichkeit ihres Informationsangebots stellt sie Präsentationen im Rahmen von Telefonkonferenzen sowie wichtigen Veranstaltungen als Webcasts online bereit. Diese sind im Internet unter www.rbinternational.com → Investoren → Events & Präsentationen abrufbar.

Emissionen

Im Februar begab die RBI eine Senior-Non-Preferred Benchmark-Emission in Höhe von € 500 Millionen, die zweite Emission der RBI in diesem Format innerhalb eines halben Jahres. Der endgültige Spread konnte, nach anfänglich kommunizierten Spread von 235 Basispunkten, bei 195 Basispunkte über dem Mid-Swap-Satz festgelegt werden, wobei die Orderbücher einen Höchststand von € 3,8 Milliarden erreichten. Die Emission hat eine Laufzeit von 5,5 Jahren, unterstützt das Moody's Kreditrating der RBI und bietet einen jährlichen Kupon von 4,625 Prozent.

Im Mai emittierte die RBI die erste Senior-Preferred-Benchmark-Anleihe des Jahres in Höhe von € 500 Millionen. Nach vorangegangener Investorenarbeit war die Nachfrage groß und die Emission mit einem Orderbuch von über € 2,5 Milliarden fünffach überzeichnet. Dies erlaubte es, den anfänglich kommunizierten Spread von 190 Basispunkten bei 155 Basispunkten über dem Mid-Swap-Satz festzulegen. Bei der Allokation an Investoren hauptsächlich aus dem europäischen Raum wurde auf eine diversifizierte Zuteilung geachtet. Die Emission hat eine Laufzeit von 6 Jahren (nicht kündbar für 5 Jahre) und einen jährlich fälligen Kupon von 4,5 Prozent.

RBI Rating

Die RBI steht in regelmäßigem Kontakt mit den Analysten der Rating-Agenturen und informiert diese laufend über ihre Geschäftsentwicklung, um eine möglichst zutreffende Bewertung sicherzustellen. Derzeit wird die RBI weiterhin durch Moody's Investors Service sowie Standard & Poor's geratet. Das Rating durch Moody's wurde zuletzt im dritten Quartal 2023 angepasst und das Rating für Public-sector covered bonds um eine Stufe von Aa2 auf Aa1 erhöht. Die übrigen Einschätzungen blieben unverändert. Standard & Poor's bekräftigte sein Rating zuletzt im Mai 2024 vor dem Hintergrund einer erneut guten Geschäftsentwicklung sowie hoher Kapitalpuffer, durch die Risiken aus dem Russland-Geschäft aufgefangen werden könnten. Die Einbindung in die stabil und breit aufgestellte Raiffeisen-Bankengruppe trägt ebenfalls positiv zu dem Ratingurteil bei.

Rating	Moody's Investors Service	Standard & Poor's
Langfrist-Rating	A1	A-
Ausblick	stabil	negativ
Kurzfrist-Rating	P-1	A-2
Junior Senior Unsecured	Baa2	–
Subordinated (Tier 2)	Baa2	BBB
Additional Tier 1	Ba2(hyb)	BB
Public-sector covered bonds	Aa1	–
Mortgage covered bonds	Aa1	–

Aktionärsstruktur

Die Raiffeisen Landesbanken halten rund 61 Prozent der RBI-Aktien, die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (Stand: 30. Juni 2024). Mit einer breiten geografischen Streuung sowie unterschiedlichen Anlagezielen weisen die RBI-Aktionäre eine ausgewogene Struktur auf.

Aktienkennzahlen und Details zur Aktie

Schlusskurs zum 30. Juni 2024	€ 16,22
Höchstkurs/Tiefstkurs (Schlusskurse) im zweiten Quartal 2024	€ 19,27 / € 15,82
Ergebnis je Aktie vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 2024	€ 3,87
Buchwert je Aktie zum 30. Juni 2024	€ 55,41
Marktkapitalisierung zum 30. Juni 2024	€ 5.335 Millionen
Durchschnittlicher Tagesumsatz (Einzelzählung) im zweiten Quartal 2024	327.762 Stück
Streubesitz zum 30. Juni 2024	rund 39%
ISIN	AT0000606306
Ticker-Symbole	RBI (Wiener Börse) RBI AV (Bloomberg) RBIV.VI (Reuters)
Marktsegment	Prime Market
Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 30. Juni 2024	328.939.621

Finanzkalender 2024/2025

23. Oktober 2024	Beginn der Quiet Period
30. Oktober 2024	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call
27. Jänner 2025	Beginn der Quiet Period
4. Februar 2025	Vorläufige Geschäftszahlen 2024, Conference Call
25. Februar 2025	Jahresfinanzbericht 2024
16. März 2025	Nachweisstichtag Hauptversammlung
26. März 2025	Ordentliche Hauptversammlung
31. März 2025	Ex-Dividendtag
1. April 2025	Nachweisstichtag Dividenden
2. April 2025	Dividenden-Zahltag
24. April 2025	Beginn der Quiet Period
6. Mai 2025	Zwischenbericht 1. Quartal, Conference Call
23. Juli 2025	Beginn der Quiet Period
30. Juli 2025	Zwischenbericht 1. Halbjahr, Conference Call
23. Oktober 2025	Beginn der Quiet Period
30. Oktober 2025	Zwischenbericht 1. bis 3. Quartal, Conference Call

> Konzernzwischenlagebericht

Entwicklung der Märkte

Viele Länder Europas verzeichneten im Jahr 2023 eine nur sehr verhaltene Konjunktorentwicklung. Insbesondere der Industriesektor erwies sich als Belastungsfaktor. Jedoch wird für den Verlauf des Jahres 2024 zumeist mit einem moderaten Konjunkturaufschwung gerechnet, der angesichts prognostizierter Reallohnanstiege maßgeblich vom privaten Konsum getragen sein sollte. Die US-Wirtschaft präsentiert sich trotz einer leichten Abkühlung im Vergleich zum sehr starken zweiten Halbjahr 2023 weiterhin robust und auch die chinesische Wirtschaft hält sich besser als befürchtet. Während das weltwirtschaftliche Umfeld Europa also in begrenztem Maße Unterstützung bietet, sorgt die Politik (z. B. bevorstehende US-Präsidentschaftswahlen) für anhaltende Unsicherheit. In der Eurozone und den USA ist der Inflationsrückgang in der ersten Hälfte des Jahres 2024 zeitweise ins Stocken geraten, im Allgemeinen verlangsamte sich das Tempo des Disinflationsprozesses im Vergleich zu 2023 deutlich. Dennoch nahm die EZB eine erste Zinssenkung vor, die US-Notenbank Fed dürfte dies im weiteren Jahresverlauf tun. Auch in der CE/SEE-Region wird mit (weiteren) Zinssenkungen gerechnet. Ein schnelles Ende des Kriegs in der Ukraine scheint aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Bei Ausbleiben einer weiteren substanziellen militärischen Eskalation sind jedoch keine zusätzlichen negativen Implikationen für die Konjunktur in der Eurozone sowie in den CE/SEE-Ländern zu erwarten. Ein weiterer Risikofaktor ist die Lage im Nahen Osten. Es bestehen klare Abwärtsrisiken für die konjunkturelle Entwicklung und Aufwärtsrisiken für die Inflation, die im Falle einer signifikanten militärischen Eskalation schlagend würden.

Die Wirtschaft des **Euroraums** verbuchte Ende 2023 einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Im ersten Quartal 2024 legte das BIP etwas stärker zu als erwartet. Im Gesamtjahr 2024 dürfte das BIP-Wachstum ein wenig höher ausfallen als im Vorjahr (0,8 Prozent nach 0,5 Prozent). 2025 sollte sich die Konjunktur dynamik beschleunigen und neben dem privaten Konsum auch die Investitionen zum Aufschwung beitragen. Die Inflationsrate reduzierte sich bis Jahresmitte 2024 auf rund 2,5 Prozent. Bis Jahresende 2024 wird kein weiterer Inflationsabbau erwartet. Erst im Jahr 2025 wird mit einer Rückkehr zum EZB-Inflationsziel von 2 Prozent gerechnet.

Die **EZB** senkte im Juni die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Der bestimmende Leitzins für die geldpolitische Ausrichtung ist der Einlagesatz. 2024 wird mit weiteren Senkungen des Einlagesatzes von je 25 Basispunkten im September und Dezember gerechnet. 2025 dürfte der Leitzinssenkungspfad von 25 Basispunkten pro Quartal fortgesetzt werden. Die Geldmarkt- und Swapsätze nehmen zukünftige Zinssenkungen vorweg und so sind die Zinskurven invers. Der skizzierte Leitzinssenkungspfad sollte ausgehend vom aktuellen Niveau mit fallenden Geldmarkt- und Swapsätzen einhergehen. Der Bilanzabbau wird 2024 und 2025 fortgesetzt, da das Anleiheportfolio der EZB verkleinert wird, indem auslaufende Anleihen nicht mehr reinvestiert werden.

Die **österreichische Konjunktur** befand sich 2023 zum Teil in einer Rezession, konnte sich im Winterhalbjahr (Q4 2023/Q1 2024) trotz andauernder Schwächephase von Industrie- und Bausektor jedoch stabilisieren. Es wird erwartet, dass die Konjunktur in der zweiten Hälfte 2024 etwas an Fahrt gewinnt, da der private Konsum von den deutlichen Reallohnanstiegen profitieren sollte. Im Gesamtjahr 2024 wird dennoch nur mit einem marginalen BIP-Wachstum von 0,2 Prozent gerechnet (2025: 1,4 Prozent). Dies beruht auf der Annahme, dass positiven Impulsen vom privaten Konsum eine für Aufschwungphasen ungewöhnlich verhaltene Investitions- und Exportentwicklung gegenüberstehen wird. Während die Industrie in der zweiten Jahreshälfte aus der Rezession herausfinden sollte, dürfte der Bausektor das gesamte Jahr über in einer solchen verharren.

Die Volkswirtschaften in **Zentraleuropa (CE)** dürften 2024 eine - gleichwohl nur verhaltene - Erholung verzeichnen, nachdem im Vorjahr Rezessionen in Ungarn und Tschechien sowie eine markante Konjunkturverlangsamung in Polen das Bild prägten. Diese Erholung sollte vorrangig durch die Belebung der Konsumentennachfrage getrieben sein. Dieses Szenario wurde durch die BIP-Daten des ersten Quartals bestätigt. Unterstützend wirken in diesem Zusammenhang der Rückgang der Inflation, fallende Zinssätze und ein robustes Lohnwachstum. Die Investitionsdynamik sollte grundsätzlich positiv bleiben, könnte jedoch aufgrund unregelmäßiger Auszahlungen von EU-Finanzmitteln (Übergang von einem EU-Haushalt zum nächsten) etwas nachlassen. Die schlussendlich freigegebenen Mittel aus dem NGEU-Programm dürften das Wachstum in Polen beflügeln und das Land 2024 zum Wachstumsführer der Region machen. Der gegenwärtige Trend der Disinflation scheint in der Region allmählich auszulaufen, allgemein sind die Inflationsrisiken nach oben gerichtet. Die fortlaufende Lockerung der Geldpolitik fördert in diesem Jahr ein moderates Wachstum, auch wenn das Tempo der Zinssenkungen in der zweiten Jahreshälfte in Tschechien und Ungarn nachlässt (mit unveränderten Zinssätzen in Polen).

Die Region **Südosteuropa (SEE)** legte 2023 im Vergleich zur CE-Region und dem Großteil Europas eine überdurchschnittliche Konjunktur dynamik an den Tag. Dies war nicht zuletzt hohen EU-Investitionen, einer erfolgreichen Tourismussaison in Kroatien und Albanien sowie umfangreichen Überweisungen in Länder mit einer großen Diaspora geschuldet. Auch wenn der relative Wachstumsvorteil gegenüber der CE-Region 2024 abnimmt, sollten der anhaltende Zufluss von EU-Mitteln in Kombination mit einer starken Investitionstätigkeit, positive Entwicklungen am Arbeitsmarkt und kräftiges Lohnwachstum weiterhin ein etwas höheres BIP-Wachstum ermöglichen. Das schwache außenwirtschaftliche Umfeld und die leicht höhere Inflation in Verbindung mit einem späteren Beginn der geldpolitischen Lockerung bedeuten jedoch, dass das Wachstum in den meisten südosteuropäischen Ländern unter ihrem Potenzial bleibt.

In der **Ukraine** belastet der anhaltende Krieg weiterhin die Wirtschaft und den Wiederaufbau. Unterstützt durch die Politik der Regierung und der Zentralbanken, den privaten Konsum und eine Erholung der Industrie beweist die Wirtschaft jedoch ihre Fähigkeit, sich weiter an die Kriegsbedingungen anzupassen. Im Jahr 2024 sollten unter anderem der Aufschwung des realen privaten Konsums, starke öffentliche Ausgaben sowie eine moderate Erholung der Investitionen ein BIP-Wachstum von rund 3,4 Prozent ermöglichen.

Gestützt durch umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen erwies sich die **russische Wirtschaft** trotz des Kriegs, der damit verbundenen Sanktionen, der selbstaufgelegten Isolation im Außenhandel sowie des gedämpften Investoreninteresses im Jahr 2023 als widerstandsfähig. Fiskalische Anreize sollten auch 2024 die Eckpfeiler hinter dem ansonsten schleppenden Wachstum sein, während die vorherige Abwertung des Rubel und der damit verbundene Anstieg der Inflation bedeuten, dass die monetären Bedingungen das ganze Jahr über straff bleiben werden (erwartete Zinserhöhungen im zweiten Halbjahr). In **Belarus** startete die Wirtschaft stärker als erwartet in das Jahr 2024. Ein erwarteter Inflationsanstieg, ein verstärkter Wettbewerb auf dem russischen Markt, ein anhaltendes Handelsdefizit, ein erschwerter Zugang zu externer Finanzierung aufgrund von Sanktionen sowie nachlassende Basiseffekte sollten jedoch das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte abschwächen.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2022	2023	2024e	2025f
Polen	5,6	0,2	3,1	3,8
Slowakei	1,9	1,6	2,7	2,4
Tschechien	2,9	0,0	1,5	2,9
Ungarn	4,6	-0,8	2,2	3,4
Zentraleuropa	4,4	0,2	2,6	3,4
Albanien	4,9	3,4	3,7	3,8
Bosnien und Herzegowina	4,2	1,7	2,6	3,0
Kosovo	4,3	3,3	3,9	4,0
Kroatien	7,0	3,1	3,2	2,7
Rumänien	4,1	2,1	2,0	2,5
Serbien	2,4	2,5	3,8	4,0
Südosteuropa	4,3	2,3	2,5	2,9
Belarus	-4,7	3,9	4,0	2,0
Russland	-1,2	3,6	3,3	0,9
Ukraine	-28,8	5,3	3,4	6,5
Osteuropa	-3,9	3,7	3,3	1,4
Österreich	4,8	-0,8	0,2	1,4
Eurozone	3,5	0,5	0,8	1,5

Quelle: Raiffeisen Research, Stand Ende Juli 2024, (e: Schätzung, f: Prognose), für bereits abgeschlossene Jahre sind nachträgliche Revisionen möglich

Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode

Update zu Russland

Die RBI hat die notwendigen Voraussetzungen für eine sanktionskonforme STRABAG-Transaktion sorgfältig analysiert. Nachdem von zahlreichen Experten bestätigt worden war, dass die Transaktion sanktionskonform wäre, hat sich der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats entschlossen, sie voranzutreiben. Vorstand und Aufsichtsrat waren sich dabei immer bewusst, dass die Transaktion – obwohl juristisch korrekt – an politischen Bedenken scheitern könnte. Insbesondere in den USA, aber auch in Europa, gab es starke politische Bedenken hinsichtlich der Transaktion und damit auch politische Risiken. Der Vorstand der RBI hat daher nach intensiven Gesprächen mit den zuständigen Behörden aus Gründen der Vorsicht am 8. Mai entschieden, im Sinne ihrer Kunden und Aktionäre diese politischen Risiken nicht einzugehen und den Kaufprozess die STRABAG-Anteile betreffend zu beenden.

Dessen ungeachtet arbeitet die RBI weiter an einer Abspaltung oder einem Verkauf der russischen Tochterbank. Allerdings erfordern beide Varianten eine Vielzahl von Genehmigungen von diversen russischen und europäischen Behörden sowie den jeweiligen Zentralbanken. Die RBI hat den Prozess somit nicht komplett selbst in der Hand. Eine realistische Vorhersage, bis wann eine Entkonsolidierung der russischen Bank abgeschlossen ist, ist daher sehr schwer möglich. Selbst eine vollständige Entkonsolidierung der russischen Tochterbank bei einem hypothetischen Buchwert von Null könnte durch die jetzigen Kapitalreserven vollständig abgedeckt werden.

Derweil werden die Geschäftsaktivitäten in Russland stark reduziert; seit Kriegsbeginn wurde das Kreditgeschäft um fast 60 Prozent zurückgefahren. Außerdem wurde das Zahlungsverkehrsgeschäft erheblich eingeschränkt. Abgesehen von der Raiffeisenbank in Russland wurden alle Korrespondenzbankbeziehungen mit russischen Banken beendet. Von der Raiffeisenbank Russland werden Maßnahmen gesetzt, Kundeneinlagen weiter zu senken. Die RBI wird in Übereinstimmung mit den EZB-Vorgaben das Geschäft der Raiffeisenbank Russland nochmals sehr stark reduzieren. Erste Konsequenzen für die Kunden, wie etwa Einschränkungen im Zahlungsverkehr, sind bereits sichtbar und weitere Schritte werden folgen.

RBI in fortgeschrittenen Verhandlungen über den Verkauf ihrer belarussischen Tochter Priorbank

Im Februar gab die RBI bekannt, in fortgeschrittenen Verhandlungen über den Verkauf ihres Anteils von 87,74 Prozent an der Priorbank JSC samt deren Tochtergesellschaften mit Soven 1 Holding Limited, einem Investor aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, zu sein, was zu einem potenziellen Ausstieg der RBI aus dem belarussischen Markt führen würde.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Das Konzernergebnis lag mit € 1.324 Millionen um € 90 Millionen über dem Wert des Vorjahres. Die Abwertung vor allem des russischen Rubel - der Durchschnittskurs änderte sich um 14 Prozent - hatte einen negativen Effekt auf das Konzernergebnis.

Die Kernerträge (Zins- und Provisionsüberschuss) sanken um € 161 Millionen oder 4 Prozent auf € 4.285 Millionen. Der Rückgang des Provisionsüberschusses um € 307 Millionen war auf Russland (Rückgang: € 331 Millionen) zurückzuführen, wobei sowohl die gezielte Reduktion der Aktivitäten als auch die Währungsabwertung zu einer deutlichen Abnahme führten. Der Zinsüberschuss verzeichnete einen Anstieg um € 146 Millionen auf € 2.895 Millionen, vor allem aufgrund von Zuwächsen in Südosteuropa, Russland und der Slowakei. Die Zinsspanne erreichte in der Berichtsperiode 2,94 Prozent nach 2,74 Prozent in der Vergleichsperiode. Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um 4 Prozent oder € 72 Millionen auf € 1.924 Millionen. Russland verzeichnete dabei einen Rückgang um € 153 Millionen während es in fast allen anderen Ländern zum Teil inflationsbedingt zu Anstiegen kam. Die deutlich unter dem Vorjahreswert (€ 259 Millionen) liegenden Risikokosten in Höhe von € 48 Millionen betrafen vor allem die Konzernzentrale. Belastend wirkten weiterhin die Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Höhe von € 404 Millionen (Vorjahresperiode: € 429 Millionen). Im ersten Halbjahr wurden € 161 Millionen für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben gebucht, € 76 Millionen weniger als im Vorjahr, hauptsächlich aufgrund geringerer Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds, da das Fondsvolumen größtenteils erreicht wurde.

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um rund € 12 Milliarden oder 5,9 Prozent auf € 210 Milliarden. Währungseffekte waren für einen Anstieg um 0,6 Prozent verantwortlich. Das Kundengeschäft zeigte währungsbereinigt gesamthaft eine stabile Entwicklung mit einem geringen Anstieg um € 2,5 Milliarden. Der kontinuierliche Rückgang in Russland wurde durch deutliche Zuwächse in der Konzernzentrale und im Segment Südosteuropa kompensiert. Der Rückgang in Russland seit Jahresbeginn 2024 betrug währungsbereinigt 9,4 Prozent und war überwiegend auf Kredite an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte zurückzuführen.

Ergebnis im Jahresvergleich

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	Veränderung	
Zinsüberschuss	2.895	2.749	146	5,3%
Dividenderträge	27	17	10	59,9%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	34	51	-17	-33,1%
Provisionsüberschuss	1.391	1.698	-307	-18,1%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	59	116	-58	-49,5%
Ergebnis aus Hedge Accounting	2	-17	19	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	51	43	8	19,5%
Betriebserträge	4.458	4.656	-198	-4,2%
Personalaufwand	-1.073	-1.169	96	-8,2%
Sachaufwand	-617	-600	-17	2,9%
Abschreibungen	-234	-227	-7	2,9%
Verwaltungsaufwendungen	-1.924	-1.995	72	-3,6%
Betriebsergebnis	2.535	2.661	-126	-4,7%
Übriges Ergebnis	-407	-450	44	-9,7%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-161	-237	76	-32,2%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-48	-259	211	-81,5%
Ergebnis vor Steuern	1.919	1.715	205	11,9%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-483	-388	-96	24,7%
Ergebnis nach Steuern	1.436	1.327	109	8,2%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-111	-92	-19	20,6%
Konzernergebnis	1.324	1.235	90	7,3%

Betriebserträge

Der Zinsüberschuss stieg im Jahresvergleich um € 146 Millionen auf € 2.895 Millionen. Die Slowakei verzeichnete aufgrund vorwiegend zinssatzbedingt höherer Erträge aus Kundenkrediten an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte einen Zuwachs um € 42 Millionen. In Serbien führten sowohl höhere Marktzinssätze als auch gestiegene Volumina zu einer Erhöhung des Zinsüberschusses um € 25 Millionen, wobei angesichts der hervorragenden Liquiditätsausstattung die Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen beinahe unverändert blieben. Der Anstieg des Zinsüberschusses um € 24 Millionen in Rumänien ist auf volumenbedingt höhere Zinserträge aus der Liquiditätsveranlagung (Staatsanleihen) sowie höhere Marktzinssätze bei Fremdwährungskrediten zurückzuführen. Der Anstieg um € 12 Millionen in Albanien war zum Teil währungsbedingt, aber auch auf höhere Volumina bei Staatsanleihen und Wertpapieren in Fremdwährung zurückzuführen. In Russland stieg der Zinsüberschuss um € 47 Millionen, hervorgerufen durch höhere Marktzinssätze und daraus resultierend höhere Zinserträge aus Interbankveranlagungen. In der Konzernzentrale gab es hingegen einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 54 Millionen aufgrund höherer Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen.

Die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva des Konzerns verringerten sich im Jahresvergleich um 2 Prozent vorwiegend aufgrund von Rückgängen in der Konzernzentrale (Zentralbankguthaben) und in Osteuropa. Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 20 Basispunkte auf 2,94 Prozent, was neben einem Anstieg in Osteuropa - bedingt durch niedrigere durchschnittliche zinstragende Aktiva - auf einen Anstieg um 72 Basispunkte in Serbien und einen Anstieg um 51 Basispunkte in der Slowakei zurückzuführen war. In Serbien sorgten vor allem Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen auf niedrigem Niveau für eine Verbesserung der Nettozinsspanne, in der Slowakei führten neben dem Anstieg des Zinsüberschusses auch die um 5 Prozent niedrigeren durchschnittlichen zinstragenden Aktiva zur positiven Entwicklung der Zinsspanne.

Insgesamt sank der Provisionsüberschuss um € 307 Millionen auf € 1.391 Millionen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Russland zurückzuführen (Abnahme: € 331 Millionen, davon € 106 Millionen aus der Währungsabwertung), die meisten Länder des Konzerns zeigten eine Steigerung. In Folge der volumen- und währungsbedingten Verringerung in Russland reduzierte sich das Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft auf Konzernebene um € 209 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft. Diese Entwicklung war durch gesunkene Volumina aufgrund interner Transaktionslimits sowie geringere Margen aus dem Geschäft mit Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten beeinflusst. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr verzeichnete aufgrund geringerer Volumina einen Rückgang um € 98 Millionen.

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen reduzierte sich im Jahresvergleich um € 58 Millionen auf € 59 Millionen. Verantwortlich dafür war in erster Linie Russland mit einem Rückgang um € 64 Millionen auf € 20 Millionen. Dies resultierte vor allem aus Bewertungen von Fremdwährungspositionen sowie aus reduzierten Kundentransaktionen mit Fremdwährungen. Auch in der Konzernzentrale kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang um € 19 Millionen, was vorwiegend auf ein rückläufiges Handelsergebnis mit Zertifikaten und Aktien zurückzuführen war. Dem entgegen standen Bewertungsgewinne im Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen in Höhe von € 25 Millionen, die vor allem in Tschechien, Ungarn und Albanien erzielt wurden.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um 4 Prozent oder € 72 Millionen auf € 1.924 Millionen. Der Personalaufwand ging um € 96 Millionen auf € 1.073 Millionen zurück. In Russland kam es aufgrund von Rückstellungen für Einmalzahlungen in der Vorjahresperiode sowie aus der Währungsentwicklung zu einem Rückgang um € 153 Millionen. Demgegenüber standen größtenteils inflationsbedingte Gehaltssteigerungen in nahezu allen anderen Ländern des Konzerns insbesondere in der Slowakei (Anstieg: € 13 Millionen), in Rumänien (Anstieg: € 11 Millionen) und in der Konzernzentrale (Anstieg: € 7 Millionen). Haupttreiber des um € 17 Millionen gestiegenen Sachaufwands war der um € 45 Millionen höhere IT-Aufwand überwiegend in der Konzernzentrale. Dem gegenüber stand ein um € 25 Millionen gesunkener Rechts- und Beratungsaufwand. Die Cost/Income Ratio stieg im Jahresabstand von 42,4 Prozent auf 42,7 Prozent.

Die Anzahl der Geschäftsstellen verringerte sich im Jahresabstand um 80 auf 1.490. Der größte Rückgang ergab sich in Serbien aufgrund von Zusammenlegungen im Zuge der Verschmelzung mit der Crédit Agricole Srbija (minus 33) sowie in Rumänien (minus 15) und in Belarus (minus 6). Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter stieg im Jahresabstand um 737 Vollzeitäquivalente auf 44.876.

Übriges Ergebnis

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 407 Millionen nach minus € 450 Millionen in der Vergleichsperiode. Belastend wirkten weiterhin die Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Höhe von € 404 Millionen (Vorjahresperiode: € 429 Millionen). Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominated oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind. Der Aufwand in Polen in Höhe von € 391 Millionen resultierte vorwiegend aus Vorsorgen im Zusammenhang mit dem CHF-Kreditportfolio aufgrund negativer Gerichtsurteile sowie aus der Anpassung der Abzinsungsperiode. Weitere Treiber des Aufwands in Polen waren Dotierungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit drohenden Gerichtsverfahren bei in Euro denominierten Krediten in Höhe von € 84 Millionen sowie Kunden zustehende Verzugszinsen in Höhe von € 82 Millionen. Die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen führte in der Berichtsperiode zu einem Ergebnis von € 11 Millionen.

Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben ging um € 76 Millionen auf € 161 Millionen zurück. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds sanken um € 59 Millionen, da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen wurde. Dies betraf die Konzernzentrale (Rückgang: € 42 Millionen), Tschechien (Rückgang: € 7 Millionen) und die Slowakei (Rückgang: € 6 Millionen). Die Beiträge zur Einlagensicherung reduzierten sich um € 13 Millionen. Dies betraf hauptsächlich die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., die eine Reduktion in Höhe von € 8 Millionen aufwies. In den Vorjahresperioden wurden höhere Beitragszahlungen erbracht, um den Einlagensicherungsfonds nach den Schadensfällen der Commerzialbank Mattersburg im Burgenland AG sowie der Anglo Austrian AAB AG im Jahr 2020 wieder aufzufüllen.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

In der Berichtsperiode lagen die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte mit € 48 Millionen signifikant unter dem Wert der Vergleichsperiode von € 259 Millionen, der überwiegend in Osteuropa gebucht worden war. Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von netto € 170 Millionen (Vorjahresperiode: netto € 53 Millionen) gebildet, davon entfielen € 87 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen (davon Immobilienfinanzierungen: € 62 Millionen) und € 57 Millionen auf Haushalte. Auf Länderebene wurden die Wertminderungen in Stage 3 am stärksten in der Konzernzentrale (€ 63 Millionen) und in Russland (€ 61 Millionen) dotiert. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Nettoauflösungen in Höhe von € 122 Millionen ausgewiesen, vor allem in Russland aufgrund Rückzahlungen vorwiegend von sanktionierten Kunden (Vorjahresperiode: Wertminderungen in Höhe von € 206 Millionen, davon in Russland € 134 Millionen und in der Ukraine € 61 Millionen).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 96 Millionen auf € 483 Millionen war neben Ergebniszuwächsen in den Segmenten Zentraleuropa, Osteuropa und Südosteuropa insbesondere auf Sondersteuern zurückzuführen. Im Segment Zentraleuropa war die Einführung einer Sondersteuer in der Slowakei (€ 40 Millionen) zu Jahresbeginn 2024 vorwiegend für den Anstieg um € 56 Millionen verantwortlich. Im Segment Osteuropa trug die Erhöhung des Steuersatzes von 18 Prozent auf 25 Prozent in der Ukraine zu einem Anstieg um € 32 Millionen bei. Die effektive Steuerquote lag mit 25,2 Prozent um rund 3 Prozentpunkte über der Vergleichsperiode, hauptsächlich aufgrund steuerlich nicht anrechenbarer Aufwendungen für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Polen, Ergebnisbeitrag der Konzernzentrale, sowie der neu eingeführten Sondersteuer in der Slowakei und der Erhöhung des Steuersatzes in der Ukraine.

Ergebnis im Quartalsvergleich

Quartalsergebnisse

in € Millionen	Q2/2023	Q3/2023	Q4/2023	Q1/2024	Q2/2024	Veränderung	
Zinsüberschuss	1.364	1.441	1.494	1.455	1.440	-15	-1,1%
Dividenerträge	7	10	8	6	21	15	253,3%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	21	21	13	17	17	-1	-5,2%
Provisionsüberschuss	732	667	677	669	722	54	8,0%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	30	89	-19	17	42	25	149,6%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-7	5	-16	6	-4	-9	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	51	15	5	32	19	-13	-40,6%
Betriebserträge	2.197	2.247	2.162	2.201	2.257	56	2,5%
Personalaufwand	-606	-491	-548	-525	-548	-24	4,5%
Sachaufwand	-323	-271	-354	-299	-318	-19	6,4%
Abschreibungen	-116	-116	-132	-114	-119	-5	4,2%
Verwaltungsaufwendungen	-1.045	-878	-1.034	-938	-986	-48	5,1%
Betriebsergebnis	1.152	1.369	1.128	1.263	1.271	8	0,6%
Übriges Ergebnis	-354	-138	-317	-147	-260	-113	76,9%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-2	-22	-24	-140	-21	118	-84,7%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	42	8	-142	-25	-23	2	-9,9%
Ergebnis vor Steuern	838	1.216	645	952	967	16	1,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-211	-269	-341	-231	-253	-22	9,5%
Ergebnis nach Steuern	627	947	304	721	715	-6	-0,9%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-49	-68	-32	-57	-54	3	-5,9%
Konzernergebnis	578	879	272	664	661	-3	-0,4%

Veränderung zweites Quartal 2024 versus erstes Quartal 2024

Der Zinsüberschuss reduzierte sich um € 15 Millionen auf € 1.440 Millionen. Den größten Rückgang um € 15 Millionen verzeichnete Ungarn aufgrund sinkender Marktzinssätze und folglich einem stärkeren Druck auf die Margen im Kreditgeschäft. Der Rückgang des Zinsüberschusses in der Konzernzentrale um € 6 Millionen sowie in der Ukraine um € 5 Millionen war ebenfalls zinssatzbedingt und auf einen erhöhten Margendruck aktivseitig zurückzuführen. Der Anstieg des Zinsüberschusses um € 9 Millionen in Russland war vorwiegend währungsbedingt, in lokaler Währung blieb der Zinsüberschuss beinahe unverändert. Die Nettozinsspanne des Konzerns reduzierte sich um 6 Basispunkte auf 2,92 Prozent.

Der Provisionsüberschuss stieg um € 54 Millionen auf € 722 Millionen. Dabei verzeichnete das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr eine Zunahme um € 34 Millionen aufgrund höherer Volumina und der Währungsentwicklung in Russland in Höhe von € 7 Millionen sowie transaktionsgetrieben primär in Ungarn in Höhe von € 3 Millionen. Zusätzlich trugen

Prämienzahlungen von Kreditkartenanbietern in Höhe von € 15 Millionen zum Anstieg bei, vorwiegend in Belarus und Rumänien. Das Ergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft nahm um € 15 Millionen zu, vorrangig aufgrund höherer Erträge in Russland und in Belarus.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen stieg um € 25 Millionen auf € 42 Millionen. Der Anstieg resultierte zu einem wesentlichen Teil aus der Konzernzentrale, wo sich das Handelsergebnis von minus € 13 Millionen um € 30 Millionen auf plus € 17 Millionen erhöhte. Grund dafür war der Rückgang der negativen Effekte aus dem eigenen Credit-Spread im Zusammenhang mit dem Zertifikatsgeschäft. Nach einem Rückgang von 25 Basispunkten mit einem negativen Effekt von € 36 Millionen im ersten Quartal stabilisierten sich die Risikoaufschläge in der laufenden Quartalsperiode, wodurch es daraus zu keinen weiteren Bewertungseffekten kam.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag im zweiten Quartal mit € 19 Millionen deutlich unter dem ersten Quartal mit € 32 Millionen. Im zweiten Quartal wurden Verluste aus dem Verkauf von verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von € 14 Millionen überwiegend in Tschechien und in Ungarn verzeichnet.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Quartalsvergleich um € 48 Millionen auf € 986 Millionen. Dabei stiegen der Personalaufwand um € 24 Millionen auf € 548 Millionen, der Sachaufwand um € 19 Millionen auf € 318 Millionen sowie die Abschreibungen um € 5 Millionen auf € 119 Millionen. Haupttreiber für den Anstieg im zweiten Quartal waren höhere Personalaufwendungen unter anderem in Russland (€ 7 Millionen), in der Konzernzentrale (€ 5 Millionen) und in der Slowakei (€ 3 Millionen) sowie der höhere Sachaufwand insbesondere der Werbe- und Repräsentationsaufwand (€ 7 Millionen) sowie der Rechts- und Beratungsaufwand (€ 6 Millionen).

Das übrige Ergebnis verzeichnete mit minus € 260 Millionen einen Rückgang um € 113 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren im Wesentlichen Dotierungen von Rückstellungen in Höhe von € 282 Millionen, vorwiegend im Zusammenhang mit drohenden Gerichtsverfahren bei in Euro denominierten Krediten sowie Kunden zustehende Verzugszinsen in Polen. Die Bewertung von Anteilen an assoziierten Unternehmen in der Berichtsperiode führte zu einem Ergebnis von € 39 Millionen, was unter anderem auf Wertaufholungen der Prva stavebna sporitelna a.s. sowie der UNIQA Insurance Group AG zurückzuführen war.

Die staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben beliefen sich im zweiten Quartal auf € 21 Millionen gegenüber € 140 Millionen im ersten Quartal, da diese großteils (€ 108 Millionen) aufgrund der zugrunde liegenden Bestimmungen (IFRIC 21) jeweils zur Gänze im ersten Quartal zu buchen sind.

Die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte fielen im zweiten Quartal mit € 23 Millionen um € 2 Millionen niedriger aus, nachdem im ersten Quartal € 25 Millionen vorgesorgt worden waren. Im zweiten Quartal standen Dotierungen in der Konzernzentrale (€ 60 Millionen) überwiegend aufgrund angepasster Sicherheitsbewertungen für Immobilienfinanzierungen, aus dem Kreditgeschäft sowie Exportfinanzierungen Nettoauflösungen in Russland (€ 42 Millionen aufgrund Rückzahlungen vorwiegend von sanktionierten Kunden) gegenüber. Im ersten Quartal betrafen die Dotierungen hauptsächlich Kunden in der Konzernzentrale (€ 35 Millionen).

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 22 Millionen auf € 253 Millionen war überwiegend auf die Ergebniszuwächse im zweiten Quartal zurückzuführen. Die effektive Steuerquote stieg im Quartalsvergleich um 1,0 Prozentpunkte auf 25,2 Prozent bedingt durch höhere, nicht abzugsfähige Rückstellungsdotierungen in Polen im zweiten Quartal. Des Weiteren wirkte sich der negative Ergebnisbeitrag aus der Konzernzentrale, dem keine positive Steuer gegenüberstand, auf die effektive Steuerquote aus.

Bilanz

Die Bilanzsumme stieg seit Jahresbeginn um rund € 12 Milliarden oder 5,9 Prozent, die Effekte aus der Währungsentwicklung waren für einen Anstieg um 0,6 Prozent verantwortlich. Der Aufwertung des US-Dollar um 3 Prozent, des russischen Rubel um 8 Prozent und des Belarus-Rubel um 5 Prozent stand eine Abwertung der ukrainischen Hrywnja um 3 Prozent und des ungarischen Forint um 3 Prozent gegenüber.

Aktiva

in € Millionen	30.6.2023 ¹	30.9.2023 ¹	31.12.2023 ¹	31.3.2024 ¹	30.6.2024	Veränderung	Jahresende
Forderungen an Kreditinstitute	17.358	15.716	14.714	16.414	17.721	3.008	20,4%
Forderungen an Kunden	101.806	101.931	99.434	100.434	101.920	2.487	2,5%
davon Nicht-Finanzunternehmen	47.838	47.317	46.572	46.600	46.663	-386	-0,8%
davon Haushalte	40.525	39.848	39.674	39.404	40.036	362	0,9%
Wertpapiere	28.236	30.803	31.108	34.242	35.926	4.819	15,5%
Barbestände und übrige Aktiva	58.723	55.724	52.986	52.307	54.395	1.409	2,7%
davon Barbestände	48.383	45.286	43.234	41.943	44.283	1.049	2,4%
Gesamt	206.123	204.175	198.241	203.398	209.963	11.722	5,9%

¹ Adaptierung der Vorperioden aufgrund geänderter Zuordnung

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen hauptsächlich durch Anstiege von Repo-Geschäften in Tschechien um € 1.796 Millionen und in Serbien um € 286 Millionen. Zudem gab es Interbankenveranlagungen in Russland in Höhe von € 562 Millionen, hauptsächlich durch Geldmarktgeschäfte in China, sowie kurzfristige Fremdwährungsplatzierungen in Belarus in Höhe von € 240 Millionen. In Rumänien erhöhten sich die Forderungen um € 211 Millionen, überwiegend durch die Platzierung von überschüssiger Liquidität bei der Zentralbank und den Ankauf von Anleihen.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich insgesamt um € 2.487 Millionen. In der Konzernzentrale wurde ein Anstieg von € 2.309 Millionen oder 9 Prozent verzeichnet, der hauptsächlich durch ein höheres Volumen an Repo-Geschäften mit sonstigen Finanzunternehmen entstand.

Der Anstieg im Posten Wertpapiere war vorwiegend auf Veranlagungen, insbesondere in Staatsanleihen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 1.532 Millionen, inklusive Handelswertpapiere), in Tschechien (Anstieg: € 1.490 Millionen), in Ungarn (Anstieg: € 950 Millionen), in der Slowakei (Anstieg: € 616 Millionen) und in Rumänien (Anstieg: € 514 Millionen) zurückzuführen. Demgegenüber gab es in der Ukraine einen Rückgang um € 218 Millionen, bedingt durch die Rückzahlung von Anleihen sowie den Verkauf von US-Staatsanleihen.

Der Anstieg der Barbestände um € 1.049 Millionen wurde überwiegend durch eine Zunahme von kurzfristigen Termingeschäften und Repo-Geschäften in der Konzernzentrale um € 2.897 Millionen sowie durch einen Anstieg der Sichteinlagen bei Kreditinstituten in Russland um € 1.281 Millionen verursacht. In der Slowakei gab es einen Rückgang um € 2.963 Millionen, hauptsächlich aufgrund der Tilgung von TLTRO-Instrumenten und einem Anstieg von Krediten an Kunden, während in Tschechien die Platzierung von überschüssigen Barbeständen als Zentralbankguthaben zu einem Rückgang von € 311 Millionen führte.

Passiva

in € Millionen	30.6.2023	30.9.2023	31.12.2023	31.3.2024	30.6.2024	Veränderung	Jahresende
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.681	29.298	26.144	27.924	28.879	2.735	10,5%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	120.553	121.233	119.353	120.938	125.333	5.980	5,0%
davon Nicht-Finanzunternehmen	45.827	45.813	45.084	45.268	46.749	1.665	3,7%
davon Haushalte	58.427	57.520	58.453	57.990	59.073	621	1,1%
Schuldverschreibungen und übrige Passiva	32.561	33.792	32.894	34.117	34.660	1.767	5,4%
Eigenkapital	19.329	19.851	19.849	20.419	21.090	1.241	6,3%
Gesamt	206.123	204.175	198.241	203.398	209.963	11.722	5,9%

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um € 2.735 Millionen oder 10 Prozent resultierte hauptsächlich aus einem volumenbedingten Anstieg der Repo-Geschäfte und kurzfristigen Einlagen um € 5.474 Millionen in der Konzernzentrale. Im Gegensatz dazu standen Tilgungen von TLTRO-Instrumenten in der Slowakei in Höhe von € 2.200 Millionen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um € 5.980 Millionen im Vergleich zum Jahresresulto war vor allem durch eine Zunahme um € 2.792 Millionen durch Repo-Geschäfte mit der Regierung, kurzfristige Einlagen von Haushalten in Tschechien sowie durch € 595 Millionen höhere Einlagen von sonstigen Finanzunternehmen und Haushalten in Ungarn bedingt. Ebenfalls gab es einen Anstieg der Einlagen in Rumänien um € 568 Millionen von Haushalten, Nicht-Finanzunternehmen und sonstigen Finanzunternehmen in lokaler und Fremdwährung. In der Ukraine stiegen die Einlagen um € 316 Millionen, vor allem

durch Nicht-Finanzunternehmen. Demgegenüber standen Rückgänge in der Slowakei in Höhe von € 367 Millionen, bedingt durch geringere kurzfristige Einlagen von Nicht-Finanzunternehmen, die teilweise durch höhere Einlagen von Regierungen und Haushalten ausgeglichen wurden.

Der Posten Schuldverschreibungen und übrige Passiva erhöhte sich um € 1.767 Millionen. In der Berichtsperiode wurde von der Konzernzentrale eine Senior-Non-Preferred Benchmark-Emission in Höhe von € 500 Millionen begeben. Zudem wurde in der Slowakei ein neuer Green Bond in Höhe von € 350 Millionen im April emittiert. Die Verbindlichkeiten in Russland stiegen um € 513 Millionen, wobei dieser Anstieg hauptsächlich auf offene Transaktionen bezüglich Dividenden und andere Wertpapierzahlungen, die an Kunden überwiesen werden sollten, zurückzuführen ist.

Liquidität und Funding

Die RBI beweist mit ihrer soliden Liquiditätsposition und den etablierten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos kontinuierlich ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Darüber hinaus wurde 2023 eine separate Überwachung der Liquiditätsrisikoposition der RBI ohne russische Tochtergesellschaften eingeführt. Diese zeigt, dass die Liquiditätsrisikoposition der RBI auch ohne das russische Geschäft innerhalb der Zielwerte bleibt. Die Liquiditätsdeckungsquote belief sich zum 30. Juni 2024 auf 210 Prozent (31. Dezember 2023: 189 Prozent), die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) betrug 147 Prozent (31. Dezember 2023: 141 Prozent) bei einem regulatorischen Limit von jeweils 100 Prozent.

Das Konzern-Funding gründet sich auf eine starke Basis an Kundeneinlagen – vor allem aus dem Retail-Geschäft in Zentral- und Südosteuropa – und wird durch Wholesale-Funding – hauptsächlich über die RBI AG und die Tochterbanken – ergänzt. Neben dem Funding durch die Raiffeisen Landesbanken werden auch Finanzierungsdarlehen von Dritten und Interbankenkredite mit Drittbanken genützt. Die Loan/Deposit Ratio lag zum 30. Juni 2024 bei 81,9 Prozent (31. Dezember 2023: 83,3 Prozent).

Bilanzielles Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete seit Jahresbeginn einen Anstieg um € 1.241 Millionen auf € 21.090 Millionen.

Das Gesamtergebnis von € 1.778 Millionen setzte sich aus dem Ergebnis nach Steuern in Höhe von € 1.436 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von € 342 Millionen zusammen. Die Währungsentwicklung wirkte sich mit € 370 Millionen positiv auf das sonstige Ergebnis aus, wobei die Aufwertung des russischen Rubel um 8 Prozent zu einem positiven Beitrag von € 414 Millionen und die des Belarus-Rubel um 5 Prozent zu einem Beitrag von € 25 Millionen führten. Negativ wirkten sich die Abwertungen der tschechischen Krone um 1 Prozent mit € 34 Millionen, des ungarischen Forint um 3 Prozent mit € 33 Millionen und der ukrainischen Hrywnja um 3 Prozent mit € 17 Millionen aus. Positive Effekte ergaben sich auch aus dem sonstigen Ergebnis der at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von € 37 Millionen sowie aus der Absicherung von Nettoinvestitionen, vor allem im ungarischen Forint (€ 10 Millionen) und in der tschechischen Krone (€ 8 Millionen), die zu einem positiven Bewertungsergebnis in Höhe von € 18 Millionen führten. Demgegenüber stand ein negativer Beitrag, vorwiegend in Russland, aus den Anpassungen der Cash-Flow-Hedge-Rücklage in Höhe von € 110 Millionen.

An Dividenden wurden für das Geschäftsjahr 2023 € 553 Millionen ausgeschüttet. Die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von € 1,25 je Aktie an die Aktionäre der RBI betrug € 410 Millionen. Weiters wurden an nicht beherrschende Anteilseigner von Konzerngesellschaften € 88 Millionen ausgezahlt. Auf das zusätzliche Kernkapital entfielen zudem Dividendenzahlungen in Höhe von € 54 Millionen.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Das harte Kernkapital (CET1) betrug nach Abzugsposten € 17.477 Millionen, dies entspricht einer Steigerung um € 1.274 Millionen gegenüber dem Jahresendwert 2023. Haupttreiber für den Anstieg war die Berücksichtigung des Periodenergebnisses nach Abzug etwaiger Dividenden in der Höhe von € 1.045 Millionen.

Das Kernkapital (Tier 1) nach Abzugsposten erhöhte sich um € 1.284 Millionen auf € 19.165 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren die Effekte beim harten Kernkapital. Das Ergänzungskapital (Tier 2) erhöhte sich aufgrund des Auslaufens der IFRS-9-Übergangsbestimmungen um € 141 Millionen auf € 2.428 Millionen. Die gesamten Eigenmittel beliefen sich auf € 21.593 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg um € 1.425 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2023.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) erhöhten sich gegenüber dem Jahresendwert 2023 um € 4.789 Millionen auf € 98.453 Millionen. Wesentlicher Treiber für die Steigerung im Kreditrisiko war organisches Wachstum gegenüber Staaten und Kreditinstituten im Ausmaß von € 3.200 Millionen RWA. Die RWA für das Marktrisiko erhöhten sich aufgrund von Währungsschwankungen um € 1.384 Millionen. Daraus ergab sich eine harte Kernkapitalquote (transitional) von 17,8 Prozent, die Kernkapitalquote (transitional) betrug 19,5 Prozent und die Eigenmittelquote (transitional) 21,9 Prozent.

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf den Risikobericht im Konzernzwischenabschluss verwiesen.

Ausblick

Der folgende Ausblick bezieht sich auf die RBI ohne Russland und Belarus. Der Ausblick für den gesamten RBI-Konzern einschließlich Russland und Belarus wurde angesichts der beschleunigten Reduzierung der Geschäftstätigkeit in Russland ausgesetzt.

Der Zinsüberschuss dürfte im Jahr 2024 bei rund € 4,1 Milliarden und der Provisionsüberschuss bei rund € 1,8 Milliarden liegen.

Wir gehen davon aus, dass die Forderungen an Kunden um 4 bis 5 Prozent wachsen.

Wir erwarten Verwaltungsaufwendungen in Höhe von rund € 3,3 Milliarden, was zu einer Cost/Income Ratio von rund 52 Prozent führen dürfte.

Die Neubildungsquote – vor Berücksichtigung von Overlays – dürfte rund 35 Basispunkte betragen.

Der Konzern-Return-on-Equity dürfte 2024 bei rund 10 Prozent liegen.

Zum Jahresende 2024 erwarten wir eine harte Kernkapitalquote von rund 14,7 Prozent*.

Jegliche Entscheidung über eine Dividendenausschüttung wird von der Kapitalposition des Konzerns ohne Russland abhängen.

*Unter Annahme einer Entkonsolidierung der russischen Einheit zum Kurs-Buchwertverhältnis von Null.

> Segment- und Länderanalyse

Die Segmentberichterstattung der RBI erfolgt gemäß IFRS 8 auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur, wobei als Steuerungseinheit im Konzern jeweils ein Land fungiert. Weitere Informationen zur Segmentierung befinden sich im Kapitel Segmentberichterstattung des Konzernzwischenabschlusses sowie auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investoren → Berichte).

Zentraleuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	Veränderung	Q2/2024	Q1/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	800	753	6,2%	397	404	-1,7%
Dividenderträge	12	6	87,2%	9	2	274,0%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	2	39,4%	1	2	-41,7%
Provisionsüberschuss	296	288	2,5%	152	144	5,5%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-11	-23	-51,5%	3	-14	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	7	-4	-	1	6	-88,2%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6	18	-65,7%	-3	9	-
Betriebserträge	1.112	1.041	6,8%	559	552	1,3%
Verwaltungsaufwendungen	-519	-486	6,6%	-267	-252	5,8%
Betriebsergebnis	593	555	6,9%	293	300	-2,4%
Übriges Ergebnis	-395	-433	-8,9%	-252	-108	132,9%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-84	-128	-34,1%	5	-89	-
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	32	-38	-	-2	34	-
Ergebnis vor Steuern	146	-44	-	44	136	-68,1%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-134	-78	72,2%	-70	-64	9,1%
Ergebnis nach Steuern	12	-122	-	-26	72	-
Return on Equity vor Steuern	6,5%	-	-	0,8%	12,2 %	-11,4 PP
Return on Equity nach Steuern	0,5%	-	-	-	6,5 %	-
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,51%	2,36%	0,15 PP	2,47%	2,52%	-0,05 PP
Cost/Income Ratio	45,0%	44,9%	0,0 PP	45,9%	44,0 %	2,0 PP

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr exkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich war vor allem ein Anstieg der Betriebserträge um € 71 Millionen, hervorgerufen durch die positive Entwicklung des Zinsüberschusses in der Slowakei. Hier sorgten vorwiegend zinssatzbedingt höhere Erträge aus Kundenkrediten an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte für einen Anstieg des Zinsüberschusses um € 42 Millionen. Bewertungsgewinne im Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen vor allem in Tschechien und Ungarn führten zu einem Anstieg des Handelsergebnisses um € 12 Millionen. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 32 Millionen vorwiegend aufgrund höherer Personalkosten in der Slowakei (Anstieg: € 13 Millionen) und in Ungarn (Anstieg: € 4 Millionen) sowie höherer IT- und Beratungsaufwendungen (Anstieg jeweils € 7 Millionen). Belastend wirkten die im übrigen Ergebnis enthaltenen Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Höhe von € 391 Millionen (Vorjahresperiode: € 424 Millionen), die ausschließlich Hypothekarkredite in Polen betrafen. Ursache für die um € 44 Millionen niedrigeren Aufwendungen für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben waren eine niedrigere Bankenabgabe in Ungarn (Rückgang: € 27 Millionen) und ein geringerer Beitrag zum Bankenabwicklungsfonds in Tschechien (Rückgang: € 7 Millionen) und der Slowakei (Rückgang: € 6 Millionen). Die Risikokosten verringerten sich um € 70 Millionen aufgrund niedrigerer Dotierungen in der Slowakei (Rückgang: € 23 Millionen) und Tschechien (Rückgang: € 18 Millionen) sowie Nettoauflösungen in Höhe von € 19 Millionen (Vorjahresperiode: Dotierungen von € 4 Millionen) in Ungarn infolge verbesserter makroökonomischer Rahmenbedingungen. Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag war vorwiegend auf die Einführung einer neuen Sondersteuer in der Slowakei (€ 40 Millionen) zurückzuführen.

in € Millionen	Polen		Slowakei	
	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	17	8	232	190
Dividenerträge	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	3	2
Provisionsüberschuss	0	0	101	94
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	1	1	6	6
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	4	0	2	1
Betriebserträge	22	8	344	293
Verwaltungsaufwendungen	-39	-31	-149	-131
Betriebsergebnis	-18	-23	195	162
Übriges Ergebnis	-391	-424	-2	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-1	-2	-1	-7
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	17	11	-4	-27
Ergebnis vor Steuern	-393	-438	189	128
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-72	-29
Ergebnis nach Steuern	-393	-438	117	99

in € Millionen	Tschechien		Ungarn	
	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	301	312	250	245
Dividenerträge	2	2	9	4
Provisionsüberschuss	86	95	108	98
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	4	-3	-22	-26
Ergebnis aus Hedge Accounting	1	-3	6	-1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	5	14	-5	3
Betriebserträge	399	417	347	323
Verwaltungsaufwendungen	-193	-196	-138	-129
Betriebsergebnis	206	222	209	194
Übriges Ergebnis	0	-1	-3	-8
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-14	-23	-68	-95
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-1	-19	19	-4
Ergebnis vor Steuern	192	179	158	87
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-39	-39	-23	-10
Ergebnis nach Steuern	153	139	135	77

Südosteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	Veränderung	Q2/2024	Q1/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	693	617	12,3%	350	344	1,8%
Dividenerträge	4	1	369,8%	4	0	>500,0%
Provisionsüberschuss	236	215	9,8%	125	111	12,3%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	10	5	82,2%	2	8	-72,3%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	-69,6%	0	0	-26,5%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	14	5	209,1%	9	5	70,3%
Betriebserträge	957	843	13,5%	490	468	4,7%
Verwaltungsaufwendungen	-384	-352	9,1%	-200	-184	8,4%
Betriebsergebnis	573	492	16,6%	290	283	2,3%
Übriges Ergebnis	0	-6	-93,6%	0	0	353,3%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-37	-24	52,8%	-16	-20	-19,7%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	18	40	-55,1%	5	13	-63,1%
Ergebnis vor Steuern	554	501	10,6%	278	276	0,8%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-87	-83	5,5%	-42	-45	-7,2%
Ergebnis nach Steuern	467	419	11,6%	236	231	2,3%
Return on Equity vor Steuern	32,4%	32,0%	0,4 PP	32,6%	32,3%	0,3 PP
Return on Equity nach Steuern	27,4%	26,7%	0,6 PP	27,7%	27,0%	0,7 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	4,26%	4,16%	0,10 PP	4,25%	4,26%	-0,01 PP
Cost/Income Ratio	40,1%	41,7%	-1,6 PP	40,8%	39,4%	1,4 PP

Die Zunahme im Ergebnis nach Steuern war vorwiegend auf einen Zuwachs des Zinsüberschusses zurückzuführen. Die Haupttreiber dafür waren ein gestiegenes Zinsniveau und höhere Kreditvolumina durch Repo-Geschäfte mit Kreditinstituten sowie Kredite an Haushalte. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um € 76 Millionen oder 12 Prozent, wobei € 25 Millionen aus Serbien stammten, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs des Referenzzinssatzes zusätzlich zu dem volumenbedingten Wachstum. In Rumänien gab es ebenfalls einen Anstieg um € 24 Millionen oder 9 Prozent, hauptsächlich durch höhere Zinssätze und höhere Einkünfte aus Liquiditätsplatzierungen und Anleihen. In Albanien stieg der Zinsüberschuss um € 12 Millionen oder 23 Prozent, vor allem durch höhere Investitionen in Fremdwährungswertpapiere und Staatsanleihen sowie durch höhere Kreditvergaben an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte. Ebenso erhöhte sich der Provisionsüberschuss im Segment um € 21 Millionen, davon € 8 Millionen in Serbien, getrieben durch eine höhere Anzahl von Fremdwährungstransaktionen der Kunden. In Rumänien gab es einen Anstieg um € 5 Millionen, der auf höhere Einnahmen aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten und auf das höhere Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr zurückzuführen ist. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um € 32 Millionen, wobei die Personalaufwendungen mit € 19 Millionen den größten Anteil hatten, hervorgerufen vorwiegend durch inflationsbedingte Zuwächse in Rumänien. Darüber hinaus gab es erhöhte IT-, Kommunikations- und Werbeaufwendungen für das Segment in Höhe von € 6 Millionen, die ebenfalls überwiegend aus Rumänien stammten. Bei den Risikokosten wurden um € 22 Millionen geringere Nettoauflösungen verzeichnet, die vor allem auf Rumänien mit € 17 Millionen zurückzuführen sind, hervorgerufen durch große Auflösungen im Vorjahr durch die Anpassung der Parameter, und auf Kroatien mit € 15 Millionen, bedingt durch die Aktualisierung der Parameter für Haushalte. Im Gegensatz dazu wurden in Serbien Auflösungen von € 6 Millionen (Vorjahresperiode: Dotierungen von € 9 Millionen) verzeichnet, überwiegend in Stage 2 und Stage 3 der Nicht-Finanzunternehmen. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen vorwiegend ergebnisbedingt um € 5 Millionen auf € 87 Millionen.

in € Millionen	Albanien		Bosnien und Herzegowina		Kosovo	
	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	64	52	45	40	36	31
Dividenerträge	1	0	2	0	0	0
Provisionsüberschuss	12	9	29	26	8	8
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	2	-5	1	1	0	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	0	1	-2	4	2
Betriebserträge	80	57	77	66	48	43
Verwaltungsaufwendungen	-30	-24	-32	-29	-23	-18
Betriebsergebnis	51	33	45	37	25	24
Übriges Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-5	-4	-3	-3	-1	-1
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	5	11	1	0	-3	-2
Ergebnis vor Steuern	51	40	44	34	21	21
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7	-6	-4	-3	-3	-2
Ergebnis nach Steuern	44	34	40	31	19	19

in € Millionen	Kroatien		Rumänien		Serbien	
	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	91	85	307	283	150	125
Dividenerträge	0	0	1	1	0	0
Provisionsüberschuss	38	35	90	85	59	51
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-2	-6	2	7	6	7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6	2	0	-1	3	2
Betriebserträge	133	117	401	375	218	186
Verwaltungsaufwendungen	-63	-60	-179	-161	-57	-59
Betriebsergebnis	70	57	221	214	161	127
Übriges Ergebnis	-1	-5	0	-1	1	0
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-2	0	-20	-10	-6	-6
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	8	23	0	18	6	-9
Ergebnis vor Steuern	75	75	202	220	161	112
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14	-14	-37	-41	-23	-17
Ergebnis nach Steuern	62	61	165	179	138	95

Osteuropa

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	Veränderung	Q2/2024	Q1/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	999	945	5,7%	503	496	1,2%
Dividenerträge	0	0	358,8%	0	0	-
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	1	2	-34,1%	1	0	322,8%
Provisionsüberschuss	529	872	-39,3%	277	252	9,8%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	45	125	-63,9%	15	30	-51,6%
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	-2	-	0	0	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4	-31	-88,6%	-2	-2	10,1%
Betriebserrträge	1.571	1.911	-17,8%	794	777	2,1%
Verwaltungsaufwendungen	-424	-565	-24,9%	-220	-205	7,4%
Betriebsergebnis	1.146	1.345	-14,8%	574	573	0,2%
Übriges Ergebnis	-23	-4	450,7%	-13	-10	34,9%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-24	-30	-20,1%	-12	-12	2,0%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	28	-273	-	44	-17	-
Ergebnis vor Steuern	1.127	1.038	8,6%	593	534	10,9%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-249	-217	14,7%	-131	-118	10,6%
Ergebnis nach Steuern	878	821	7,0%	462	416	11,0%
Return on Equity vor Steuern	44,6%	53,5%	-8,8 PP	46,9%	45,8%	1,1 PP
Return on Equity nach Steuern	34,8%	42,3%	-7,5 PP	36,6%	35,7%	0,9 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	7,73%	6,29%	1,44 PP	7,64%	7,78%	-0,14 PP
Cost/Income Ratio	27,0%	29,6%	-2,6 PP	27,7%	26,3%	1,4 PP

Das Ergebnis nach Steuern war schon wie in den Vorperioden von Währungsvolatilitäten (Abwertung im Jahresvergleich: russischer Rubel 14 Prozent, Belarus-Rubel 11 Prozent und ukrainische Hrywnja 7 Prozent) beeinflusst. Der Anstieg des Zinsüberschusses um € 54 Millionen war von Russland getrieben, hervorgerufen durch höhere Marktzinssätze und daraus resultierend höhere Zinserträge aus Interbankveranlagungen. Der Rückgang im Provisionsüberschuss um € 343 Millionen ist im Wesentlichen ebenso auf Russland und die gezielte Reduktion der Transaktionen zurückzuführen (Abnahme: € 331 Millionen, davon € 106 Millionen aus der Währungsabwertung). In Folge der volumen- und währungsbedingten Verringerung in Russland reduzierte sich das Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft um € 210 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft. Diese Entwicklung war durch gesunkene Volumina aufgrund interner Transaktionslimits sowie geringere Margen aus dem Geschäft mit Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten beeinflusst. Ebenso reduzierte sich der Provisionsüberschuss aus dem Zahlungsverkehr volumenbedingt um € 99 Millionen. Auch das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft fiel durch niedrigere Volumina um € 18 Millionen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen verzeichnete einen Rückgang um € 80 Millionen primär in Russland. Diese Reduktion war vor allem währungsbedingt bzw. resultierte aus reduzierten Kundentransaktionen mit Fremdwährungen. Dem gegenüber verbesserte sich das sonstige betriebliche Ergebnis um € 27 Millionen, nachdem es im Vorjahr in Russland zur Dotierung von Rückstellungen für offene Rechtsfälle in Höhe von € 16 Millionen sowie in Belarus zu einem Verlust aus dem Verkauf von Schuldverschreibungen in Höhe von € 14 Millionen gekommen war. Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich deutlich in Russland aufgrund von Rückstellungen für einmalige Gehaltszahlungen in der Vergleichsperiode sowie teilweise aus der Währungsentwicklung. Ebenso sank das übrige Ergebnis primär in Belarus, hervorgerufen durch eine Rückstellungsdotierung in Höhe von € 13 Millionen für aufgrund der Sanktionen eingefrorene Vermögenswerte. Die Risikokosten verbesserten sich um € 301 Millionen, nachdem es in der Berichtsperiode zu Auflösungen von € 28 Millionen kam (Vorjahresperiode: Dotierungen von € 273 Millionen), davon € 20 Millionen in Russland und € 13 Millionen in Belarus. Die Auflösungen für Stage 2 betragen in Russland € 77 Millionen (primär Nicht-Finanzunternehmen und Sonstige Finanzunternehmen), vor allem aufgrund Rückzahlungen vorwiegend sanktionierter Kunden. Dem gegenüber standen Dotierungen für Stage 3 in Höhe von € 61 Millionen (vorwiegend Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte). In Belarus wurden Auflösungen von € 12 Millionen in Stage 2 gebucht (überwiegend sonstige Sichteinlagen). Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag gegenüber der Vergleichsperiode resultierte aus der positiven Ergebnisentwicklung vor allem in der Ukraine und in Belarus, wobei es in der Ukraine durch die Übergewinnsteuer zusätzlich zu einer Erhöhung des Steuersatzes auf 25 Prozent (Vergleichsperiode: 18 Prozent) kam.

in € Millionen	Belarus		Russland		Ukraine	
	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	54	47	745	698	200	200
Dividendenerträge	0	0	0	0	0	0
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	1	2	0	0
Provisionsüberschuss	67	68	428	760	34	44
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	13	15	22	90	10	20
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	-2	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2	-12	-6	-17	1	-2
Betriebserträge	136	118	1.191	1.531	244	262
Verwaltungsaufwendungen	-38	-37	-293	-446	-94	-82
Betriebsergebnis	98	81	897	1.085	151	179
Übriges Ergebnis	-13	0	-8	-6	-2	2
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-1	-1	-18	-24	-5	-5
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	13	-6	20	-188	-5	-79
Ergebnis vor Steuern	97	74	892	867	138	97
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-26	-18	-187	-182	-36	-18
Ergebnis nach Steuern	71	56	705	685	102	80

Group Corporates & Markets

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	Veränderung	Q2/2024	Q1/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	452	464	-2,4%	219	233	-6,2%
Dividendenerträge	3	2	13,2%	2	1	109,8%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	8	7	10,6%	4	4	-9,6%
Provisionsüberschuss	287	287	0,2%	140	147	-4,9%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	47	94	-50,5%	34	13	160,3%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	-7	-58,7%	0	-3	-85,7%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	62	64	-2,2%	30	32	-7,2%
Betriebserträge	856	910	-6,0%	428	428	-0,1%
Verwaltungsaufwendungen	-457	-417	9,7%	-237	-221	7,2%
Betriebsergebnis	398	493	-19,2%	191	207	-7,8%
Übriges Ergebnis	-5	2	-	-3	-2	76,2%
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-11	-26	-57,6%	4	-15	-
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-136	9	-	-73	-63	16,8%
Ergebnis vor Steuern	247	478	-48,4%	119	127	-6,4%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-52	-109	-52,2%	-25	-28	-11,2%
Ergebnis nach Steuern	194	368	-47,2%	95	100	-5,1%
Return on Equity vor Steuern	11,3%	25,0%	-13,7 PP	10,9%	11,8%	-0,9 PP
Return on Equity nach Steuern	8,9%	19,3%	-10,4 PP	8,7%	9,3%	-0,6 PP
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	1,46%	1,46%	0,00 PP	1,38%	1,52%	-0,14 PP
Cost/Income Ratio	53,4%	45,8%	7,6 PP	55,3%	51,6%	3,7 PP

Für den Rückgang des Ergebnisses nach Steuern im Jahresvergleich waren im Wesentlichen die Nettodotierungen von Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte von € 136 Millionen (Vorjahresperiode: Auflösungen von € 9 Millionen) sowie das um € 48 Millionen niedrigere Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen in der Konzernzentrale verantwortlich. Die Nettodotierungen von Risikovorsorgen betrafen in der Berichtsperiode überwiegend angepasste Sicherheitsbewertungen für Immobilienfinanzierungen, Kreditgeschäfte sowie Exportfinanzierungen in Stage 2 und 3 in der Konzernzentrale sowie Vorsorgen im Zusammenhang mit Bauspardarlehen. Der Rückgang im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen ist vor allem auf den Bereich Corporate Customers zurückzuführen, wo in der Vergleichsperiode bei von zum Zeitwert bewerteten Krediten positive Bewertungsergebnisse verzeichnet wurden. Darüber hinaus kam es in der Berichtsperiode bei gehaltenen Staatsanleihen im Handelsbestand zu Bewertungsverlusten, die vor allem auf höhere Volatilitäten und höhere Risikoaufschläge zurückzuführen waren. Der Rückgang im Zinsüberschuss um € 11 Millionen auf € 452 Millionen resultierte aus der Konzernzentrale aufgrund geringerer Margen und Volumina sowie aus dem Bausparkassengeschäft aufgrund der Zinsanpassung bei variablen Sparverträgen. Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um € 40 Millionen, überwiegend hervorgerufen durch höhere Personalaufwendungen (Anstieg: € 13 Millionen) vorwiegend aufgrund kollektivvertraglicher Gehaltsanpassungen sowie eines Anstiegs der Mitarbeiteranzahl und durch höhere IT-Aufwendungen. Der Rückgang bei den staatlichen Maßnahmen und Pflichtabgaben resultierte überwiegend aus geringeren

Beiträgen zur Einlagensicherung in der Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. In der Vorjahresperiode wurden höhere Beitragszahlungen erbracht, um den Einlagensicherungsfonds nach den Schadensfällen der Commerzialbank Mattersburg im Burgenland AG sowie der Anglo Austrian AAB AG im Jahr 2020 wieder aufzufüllen.

Corporate Center

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	Veränderung	Q2/2024	Q1/2024	Veränderung
Zinsüberschuss	-57	-34	64,5%	-32	-25	25,1%
Dividenerträge	1.009	427	136,1%	551	458	20,2%
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	23	41	-43,7%	11	12	-4,1%
Provisionsüberschuss	49	38	30,0%	32	17	89,7%
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-48	-93	-48,1%	-22	-26	-14,9%
Ergebnis aus Hedge Accounting	-1	-3	-57,7%	0	-2	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	64	68	-5,5%	36	28	30,5%
Betriebserträge	1.039	443	134,4%	577	462	25,1%
Verwaltungsaufwendungen	-236	-255	-7,5%	-119	-116	2,5%
Betriebsergebnis	803	188	326,4%	458	345	32,7%
Übriges Ergebnis	15	-11	-	42	-27	-
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-5	-29	-83,7%	-2	-2	-8,5%
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	17	9	81,5%	5	11	-52,8%
Ergebnis vor Steuern	830	157	428,4%	503	327	53,8%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	39	104	-62,9%	15	24	-38,5%
Ergebnis nach Steuern	869	261	232,6%	518	351	47,5%

Aus höheren, überwiegend konzerninternen Dividenerträgen resultierte ein Ergebnisanstieg um € 582 Millionen. Die Verbesserung im Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen um € 45 Millionen auf minus € 48 Millionen resultierte überwiegend aus der Konzernzentrale. Grund dafür war der Rückgang von zinssatzbedingt negativen Bewertungseffekten aus Devisentermingeschäften aus Net-Investment-Hedges in tschechischer Krone, ungarischem Forint und russischem Rubel. Der Rückgang der Verwaltungsaufwendungen um € 19 Millionen ergab sich überwiegend in der Konzernzentrale aus geringeren Rechts- und Beratungsaufwendungen. Dem gegenüber standen höhere Personalaufwendungen aufgrund kollektivvertraglicher Gehaltsanpassungen sowie ein Anstieg der Mitarbeiteranzahl in der Konzernzentrale. Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf € 15 Millionen (Vergleichsperiode: minus € 11 Millionen). Dabei führte die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen zu einem Ergebnis von € 11 Millionen. Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben ging um € 24 Millionen auf € 5 Millionen zurück, vor allem aufgrund des Wegfalls der Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds in der Konzernzentrale, da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen wurde. Der Zinsüberschuss sank um € 22 Millionen vorwiegend aufgrund höherer Refinanzierungskosten in der Konzernzentrale.

> Konzernzwischenabschluss

(Verkürzter Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2024)

Unternehmen

Die Raiffeisen Bank International AG (RBI AG) ist beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch unter FN 122119m registriert. Die Firmenanschrift lautet Am Stadtpark 9, 1030 Wien.

Die RBI ist in Österreich als führende Kommerz- und Investmentbank tätig sowie in Zentral- und Osteuropa (CEE) präsent. 12 Märkte der Region werden durch Tochterbanken abgedeckt. Darüber hinaus umfasst der Konzern zahlreiche andere Finanzdienstleistungsunternehmen beispielsweise in den Bereichen Leasing, Vermögensverwaltung, Factoring und M&A. Die RBI bietet österreichischen und internationalen Unternehmen nicht nur ein breites Produktangebot im Corporate und Investment Banking, sondern auch eine nahezu flächendeckende Betreuung in CEE. Über ein engmaschiges Filialnetz werden auch lokale Unternehmen aller Größenordnungen sowie Privatkunden mit hochqualitativen Finanzprodukten versorgt. Zur Unterstützung ihrer Geschäftsaktivitäten unterhält die RBI Repräsentanzen sowie Service-Zweigstellen an ausgewählten asiatischen und westeuropäischen Standorten. Insgesamt betreuen rund 45.000 Mitarbeiter der RBI 18,6 Millionen Kunden in rund 1.500 Geschäftsstellen, der überwiegende Teil davon in CEE.

Da Aktien der Gesellschaft an einem geregelten Markt gemäß § 1 Abs 2 BörseG (prime market der Wiener Börse) gehandelt werden sowie zahlreiche Emissionen der RBI AG an einer geregelten Börse in der EU zugelassen sind, hat die RBI AG gemäß § 59a BWG einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Die RBI hat keinen Mehrheitsaktionär, jedoch halten die acht Raiffeisen-Landesbanken als Kernaktionäre über einen Syndikatsvertrag rund 61 Prozent der Aktien, der Rest befindet sich im Streubesitz.

Als Kreditinstitut gemäß § 1 BWG unterliegt die RBI AG der behördlichen Aufsicht durch die Finanzmarktaufsicht, Otto-Wagner-Platz 5, A-1090 Wien (www.fma.gv.at) sowie durch die Europäische Zentralbank, Sonnemannstrasse 22, D-60314 Frankfurt am Main (www.bankingsupervision.europa.eu).

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2024 wurde einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH unterzogen.

Gesamtergebnisrechnung

Erfolgsrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	[1]	2.895	2.749
Zinserträge nach Effektivzinsmethode		4.198	4.026
Zinserträge übrige		1.190	1.031
Zinsaufwendungen		-2.493	-2.308
Dividenerträge	[2]	27	17
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	34	51
Provisionsüberschuss	[4]	1.391	1.698
Provisionserträge		1.923	2.174
Provisionsaufwendungen		-532	-477
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	[5]	59	116
Ergebnis aus Hedge Accounting	[5]	2	-17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[6]	51	43
Betriebserträge		4.458	4.656
Personalaufwand		-1.073	-1.169
Sachaufwand		-617	-600
Abschreibungen		-234	-227
Verwaltungsaufwendungen	[7]	-1.924	-1.995
Betriebsergebnis		2.535	2.661
Übriges Ergebnis	[8]	-407	-450
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	[9]	-161	-237
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[10]	-48	-259
Ergebnis vor Steuern		1.919	1.715
Steuern vom Einkommen und Ertrag	[11]	-483	-388
Ergebnis nach Steuern		1.436	1.327
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-111	-92
Konzernergebnis		1.324	1.235

Sonstiges Ergebnis und Gesamtergebnis

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Ergebnis nach Steuern		1.436	1.327
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		-4	20
Neubewertungen von leistungsorientierten Vorsorgeplänen	[27]	0	9
Fair-Value-Änderungen von Eigenkapitalinstrumenten	[17]	13	19
Fair-Value-Änderungen aufgrund der Veränderung des Ausfallrisikos von finanziellen Verbindlichkeiten	[19]	-9	-3
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	-4	-2
Latente Steuern auf Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	-3	-4
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden		346	-722
Währungsdifferenzen		370	-829
Absicherung von Nettoinvestitionen bei Auslandsaktivitäten	[22]	18	1
Anpassungen der Cash-Flow Hedge-Rücklage	[22]	-110	48
Fair-Value-Änderungen von finanziellen Vermögenswerten	[17]	10	40
Anteil sonstiges Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	[24]	41	31
Latente Steuern auf Posten, die möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden	[11]	17	-14
Sonstiges Ergebnis		342	-702
Gesamtergebnis		1.778	625
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	[29]	-105	-94
davon Erfolgsrechnung	[29]	-111	-92
davon sonstiges Ergebnis		6	-2
Konzerngesamtergebnis		1.673	531

Ergebnis je Aktie

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Konzernergebnis	1.324	1.235
Dividendenanspruch auf zusätzliches Kernkapital	-55	-54
Auf Stammaktien entfallendes Ergebnis	1.270	1.180
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Stammaktien in Millionen	328	328
Ergebnis je Aktie in €	3,87	3,59

Es waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf, eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie fand daher nicht statt. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital ist kalkulatorisch, die tatsächliche Auszahlung basiert auf dem Beschluss des Vorstands zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt.

Bilanz

Aktiva

in € Millionen	Anhang	30.6.2024	31.12.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	[12]	44.283	43.234
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	147.964	139.302
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	3.775	2.992
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	940	949
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	174	185
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	6.570	5.783
Hedge Accounting	[22]	1.075	1.160
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-447	-365
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	[24]	886	820
Sachanlagen	[25]	1.748	1.672
Immaterielle Vermögenswerte	[25]	994	970
Laufende Steuerforderungen	[11]	112	69
Latente Steuerforderungen	[11]	182	218
Sonstige Aktiva	[26]	1.705	1.253
Gesamt		209.963	198.241

Passiva

in € Millionen	Anhang	30.6.2024	31.12.2023
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	175.040	164.711
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	1.096	1.088
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	8.632	8.463
Hedge Accounting	[22]	1.366	1.466
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	[22]	-551	-514
Rückstellungen	[27]	1.756	1.644
Laufende Steuerverpflichtungen	[11]	172	242
Latente Steuerverpflichtungen	[11]	43	43
Sonstige Passiva	[28]	1.318	1.248
Eigenkapital	[29]	21.090	19.849
Konzern-Eigenkapital		18.227	17.009
Kapital nicht beherrschender Anteile		1.247	1.231
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		1.616	1.610
Gesamt		209.963	198.241

Eigenkapital-Veränderungsrechnung

in € Millionen	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Konzern-Eigenkapital	Kapital nicht beherrschender Anteile	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	Gesamt
Eigenkapital 1.1.2024	1.002	4.988	15.600	-4.580	17.009	1.231	1.610	19.849
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-54	0	-54	0	54	0
Dividendenzahlungen	0	0	-410	0	-410	-88	-54	-553
Eigene Anteile	0	1	0	0	1	0	7	8
Sonstige Veränderungen	0	0	8	0	8	0	0	8
Gesamtergebnis	0	0	1.324	348	1.673	105	0	1.778
Eigenkapital 30.6.2024	1.002	4.989	16.467	-4.232	18.227	1.247	1.616	21.090
Eigenkapital 1.1.2023¹	1.002	4.990	13.494	-3.444	16.042	1.126	1.610	18.779
Kapitaleinzahlungen/ -auszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuteilung Dividende AT1	0	0	-54	0	-54	0	54	0
Dividendenzahlungen	0	0	0	0	0	-24	-54	-79
Eigene Anteile	0	0	0	0	0	0	-3	-3
Sonstige Veränderungen	0	0	7	0	7	0	0	7
Gesamtergebnis	0	0	1.235	-704	531	94	0	625
Eigenkapital 30.6.2023	1.002	4.989	14.682	-4.148	16.525	1.197	1.607	19.329

¹ Das Eigenkapital zum 1.1.2023 beinhaltet den zum 31.3.2023 veröffentlichten Kapitaleffekt durch die Einführung von IFRS 17.

Kapitalflussrechnung

in € Millionen	Anhang	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 1.1.	[12]	43.234	53.683
Operative Geschäftstätigkeit:			
Ergebnis vor Steuern		1.919	1.715
Anpassungen für die Überleitung des Ergebnisses nach Steuern auf den Kapitalfluss aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertminderungen, Zuschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	[7, 8]	234	233
Auflösung/Dotierung von Rückstellungen sowie Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	[6, 10, 27]	377	690
Gewinn/Verlust aus der Bewertung und Veräußerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	[5, 8]	13	197
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[3]	-34	-51
Sonstige Anpassungen (per Saldo) ¹		-2.743	-2.666
Zwischensumme		-234	118
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	[13]	-4.887	-3.463
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	[17, 23]	-789	327
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	[18, 23]	-16	27
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	11	2
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	[20, 23]	-851	-1.459
Sonstige Aktiva	[26]	-362	-65
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	[15]	9.455	687
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	[19, 23]	36	165
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	[21, 23]	281	741
Rückstellungen	[27]	-241	-308
Sonstige Passiva	[28]	97	50
Erhaltene Zinsen	[1]	5.087	4.479
Gezahlte Zinsen	[1]	-2.304	-1.727
Erhaltene Dividenden	[2]	57	46
Ertragsteuerzahlungen	[11]	-519	-513
Kapitalflüsse aus operativer Geschäftstätigkeit		4.822	-894
Investitionstätigkeit:			
Kassenbestand aus dem Zu- und Abgang von Tochterunternehmen aufgrund Wesentlichkeit		0	-6
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 16, 18, 24]	-5.409	-5.008
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	-211	-268
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Unternehmensanteilen	[13, 16, 18, 24]	2.142	1.406
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	[25]	20	40
Kapitalflüsse aus Investitionstätigkeit		-3.459	-3.836
Finanzierungstätigkeit:			
Kapitalauszahlungen		8	-3
Einzahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	0	0
Auszahlungen nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	[15, 19]	-13	-4
Dividendenzahlungen		-553	-77
Zahlungsmittelabflüsse für Leasingverhältnisse		-33	-32
Einzahlungen aus Veränderungen im Kapital nicht beherrschender Anteile		0	0
Kapitalflüsse aus Finanzierungstätigkeit		-590	-117
Effekte aus Wechselkursänderungen		277	-453
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen zum 30.6.	[12]	44.283	48.383

¹ Sonstige Anpassungen (per Saldo) enthält im Wesentlichen den Abzug des Zinsüberschusses und der Dividendenerträge, die entsprechenden Zahlungsflüsse sind unter dem Posten erhaltene Zinsen, gezahlte Zinsen und erhaltene Dividenden dargestellt.

Segmentberichterstattung

In der RBI erfolgt die interne Management-Berichterstattung grundsätzlich auf Basis der bestehenden Organisationsstruktur. Diese ist matrixförmig aufgebaut, d. h. Vorstände sind sowohl für einzelne Länder als auch für bestimmte Geschäftsfelder verantwortlich. Steuerungseinheit im Konzern ist ein Land. Die Darstellung der Länder umfasst die operativen Einheiten der RBI in den jeweiligen Ländern (neben den Tochterbanken z. B. auch Leasingunternehmen). Die obersten Entscheidungsgremien der RBI – Vorstand und Aufsichtsrat – treffen demnach wesentliche Entscheidungen über die Allokation der Ressourcen zu einem Segment auf Basis der jeweiligen Finanz- und Ertragskraft, weshalb diese Berichtskriterien als wesentlich beurteilt wurden. Entsprechend sind auch die Segmente nach IFRS 8 abgebildet. Für die Zuteilung der Länder zu den einzelnen berichtspflichtigen Segmenten werden neben wirtschaftlichen langfristigen Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel Eigenkapitalrisikoprämien, potenzielles Marktwachstum und Nettozinsmargen, auch das erwartete Risiko und Ertragsniveau bei der Ressourcenallokation berücksichtigt. Gemäß IFRS 8.12 ist es weiters erforderlich, dass die folgenden wirtschaftlichen Merkmale bei der Zusammensetzung der berichtspflichtigen Segmente berücksichtigt werden. Die Länder werden zu einem berichtspflichtigen Segment zusammengefasst, wenn die angebotenen Produkte und Dienstleistungen gleich sind. Neben den einheitlichen Produktionsprozessen und Vertriebswegen sind auch die Zielgruppen wie Firmenkunden, Privatkunden und institutionelle Kunden in den jeweiligen einzelnen Segmenten gleichartig. Die Bankenregulierungen werden in den einzelnen Ländern hauptsächlich von Zentralbanken überwacht. In allen Ländern ist die Zentralbank für die Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik, die Aufrechterhaltung der Finanzstabilität sowie die Regulierung des Bankensektors verantwortlich. Die Überleitungsrechnung enthält im Wesentlichen Beträge aus der Eliminierung von Zwischenergebnissen und aus segmentübergreifenden Konsolidierungen.

Daraus ergeben sich die folgenden Segmente:

- Zentraleuropa: Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn
- Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Rumänien und Serbien
- Osteuropa: Belarus, Russland und Ukraine
- Group Corporates & Markets (in Österreich gebuchtes Geschäft): Operatives Geschäft der Konzernzentrale, unterteilt in Subsegmente: Österreichische und internationale Firmenkunden, Financial Institutions & Sovereigns, der Handel mit Eigenkapitalinstrumenten und Kapitalmarktfinanzierungen sowie das Geschäft mit Instituten der Raiffeisen Bankengruppe (RBG). Weiters beinhaltet dieses Segment das kapitalmarktbezogene Kunden- und Eigengeschäft in Österreich sowie Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften wie z. B. Raiffeisen Digital Bank AG (digitale Retailbanking-Aktivitäten), Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, Raiffeisen Leasing-Gruppe, Raiffeisen Factor Bank AG, Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., Valida-Gruppe (Pensionskassengeschäft) und Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Darüber hinaus sind diesem Segment at-equity bewertete Unternehmen mit Banktätigkeit zugeordnet.
- Corporate Center: Zentrale Konzernsteuerungsfunktionen in der Konzernzentrale (z. B. Treasury) sowie sonstige Konzerneinheiten (Beteiligungsunternehmen und gemeinsame Serviceunternehmen), Minderheitsbeteiligungen sowie at-equity bewertete Unternehmen des Nichtbankenbereichs.

1.1.-30.6.2024 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	800	693	999	452
Dividendenerträge	12	4	0	3
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	0	1	8
Provisionsüberschuss	296	236	529	287
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-11	10	45	47
Ergebnis aus Hedge Accounting	7	0	0	-3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6	14	-4	62
Betriebserträge	1.112	957	1.571	856
Verwaltungsaufwendungen	-519	-384	-424	-457
Betriebsergebnis	593	573	1.146	398
Übriges Ergebnis	-395	0	-23	-5
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-84	-37	-24	-11
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	32	18	28	-136
Ergebnis vor Steuern	146	554	1.127	247
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-134	-87	-249	-52
Ergebnis nach Steuern	12	467	878	194
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-62	0	-41	-17
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	-51	467	837	177
Return on Equity vor Steuern	6,5%	32,4%	44,6%	11,3%
Return on Equity nach Steuern	0,5%	27,4%	34,8%	8,9%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,51%	4,26%	7,73%	1,46%
Cost/Income Ratio	45,0%	40,1%	27,0%	53,4%
Loan/Deposit Ratio	83,8%	67,4%	36,3%	156,5%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-0,16%	-0,20%	1,11%	0,73%
NPE Ratio	1,2%	1,8%	2,0%	2,9%
NPE Coverage Ratio	58,6%	67,2%	73,8%	38,3%
Aktiva	66.427	35.417	30.020	64.763
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	24.286	16.988	23.864	25.469
Eigenkapital	4.547	3.872	6.700	4.682
Forderungen an Kunden	37.555	18.824	7.941	38.113
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50.721	27.703	20.595	28.275
Geschäftsstellen	335	655	482	18
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.886	12.570	16.591	3.617
Kunden in Millionen	4,0	5,0	7,1	2,5

1.1.-30.6.2024 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Zinsüberschuss	-57	6	2.895
Dividenerträge	1.009	-1.000	27
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	23	0	34
Provisionsüberschuss	49	-6	1.391
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-48	17	59
Ergebnis aus Hedge Accounting	-1	-1	2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	64	-92	51
Betriebserträge	1.039	-1.076	4.458
Verwaltungsaufwendungen	-236	96	-1.924
Betriebsergebnis	803	-980	2.535
Übriges Ergebnis	15	1	-407
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-5	0	-161
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	17	-6	-48
Ergebnis vor Steuern	830	-984	1.919
Steuern vom Einkommen und Ertrag	39	0	-483
Ergebnis nach Steuern	869	-984	1.436
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	9	-111
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	869	-975	1.324
Return on Equity vor Steuern	-	-	19,5%
Return on Equity nach Steuern	-	-	14,6%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,94%
Cost/Income Ratio	-	-	42,7%
Loan/Deposit Ratio	-	-	81,9%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,25%
NPE Ratio	-	-	1,8%
NPE Coverage Ratio	-	-	53,3%
Aktiva	37.026	-23.691	209.963
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	18.057	-10.212	98.453
Eigenkapital	7.846	-6.556	21.090
Forderungen an Kunden	1.016	-1.528	101.920
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.646	-3.608	125.333
Geschäftsstellen	-	-	1.490
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	2.173	-	44.837
Kunden in Millionen	0,0	-	18,6

1.1.-30.6.2023 in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa ¹	Group Corporates & Markets
Zinsüberschuss	753	617	945	464
Dividenerträge	6	1	0	2
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	0	2	7
Provisionsüberschuss	288	215	872	287
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-23	5	125	94
Ergebnis aus Hedge Accounting	-4	0	-2	-7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	18	5	-31	64
Betriebserträge	1.041	843	1.911	910
Verwaltungsaufwendungen	-486	-352	-565	-417
Betriebsergebnis	555	492	1.345	493
Übriges Ergebnis	-433	-6	-4	2
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-128	-24	-30	-26
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-38	40	-273	9
Ergebnis vor Steuern	-44	501	1.038	478
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-78	-83	-217	-109
Ergebnis nach Steuern	-122	419	821	368
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-57	0	-32	-4
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	-179	419	789	364
Return on Equity vor Steuern	-	32,0%	53,5%	25,0%
Return on Equity nach Steuern	-	26,7%	42,3%	19,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	2,36%	4,16%	6,29%	1,46%
Cost/Income Ratio	44,9%	41,7%	29,6%	45,8%
Loan/Deposit Ratio ¹	85,7%	71,7%	38,5%	174,6%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	0,18%	-0,44%	4,06%	-0,05%
NPE Ratio	1,3%	1,9%	2,3%	1,6%
NPE Coverage Ratio	58,1%	67,2%	68,3%	43,0%
Aktiva	65.558	32.606	30.161	63.751
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	26.339	17.298	21.192	29.352
Eigenkapital	4.509	3.604	4.958	4.230
Forderungen an Kunden	38.139	18.485	9.076	36.657
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47.644	25.726	23.140	27.027
Geschäftsstellen	339	706	502	23
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	9.713	12.600	16.699	3.440
Kunden in Millionen	3,9	5,0	7,1	2,4

¹ Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr exkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

1.1.-30.6.2023 in € Millionen	Corporate Center	Überleitung	Gesamt ¹
Zinsüberschuss	-34	4	2.749
Dividendenerträge	427	-420	17
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	41	0	51
Provisionsüberschuss	38	-2	1.698
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	-93	7	116
Ergebnis aus Hedge Accounting	-3	-1	-17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	68	-81	43
Betriebserträge	443	-492	4.656
Verwaltungsaufwendungen	-255	80	-1.995
Betriebsergebnis	188	-412	2.661
Übriges Ergebnis	-11	3	-450
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-29	0	-237
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	9	-5	-259
Ergebnis vor Steuern	157	-415	1.715
Steuern vom Einkommen und Ertrag	104	-5	-388
Ergebnis nach Steuern	261	-420	1.327
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	0	1	-92
Ergebnis nach Abzug nicht beherrschender Anteile	261	-419	1.235
Return on Equity vor Steuern	-	-	18,5%
Return on Equity nach Steuern	-	-	14,3%
Nettozinsspanne (Ø zinstragende Aktiva)	-	-	2,74%
Cost/Income Ratio	-	-	42,4%
Loan/Deposit Ratio ¹	-	-	84,8%
Neubildungsquote (Ø Forderungen an Kunden)	-	-	0,37%
NPE Ratio	-	-	1,5%
NPE Coverage Ratio	-	-	57,6%
Aktiva	39.879	-25.832	206.123
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	15.502	-10.475	99.207
Eigenkapital	8.682	-6.653	19.329
Forderungen an Kunden	1.011	-1.562	101.806
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.149	-4.134	120.553
Geschäftsstellen	-	-	1.570
Mitarbeiter zum Stichtag (Vollzeitäquivalente)	2.107	-	44.559
Kunden in Millionen	0,0	-	18,3

¹ Adaptierung der Vorperiode aufgrund geänderter Zuordnung

Mit 1. Jänner 2024 wurde die Kalkulation der Cost/Income Ratio geringfügig angepasst, die Berechnung erfolgt nunmehr exkl. Finanztransaktionssteuer (die Werte der Vorperioden wurden adaptiert). Weitere Informationen befinden sich im Anhang im Kapitel Kennzahlen.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss wird in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den auf Basis der IAS Verordnung (EG) 1606/2002 durch die EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards einschließlich der anzuwendenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC/SIC) erstellt. Für die Erstellung des Konzernzwischenabschlusses kommen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zur Anwendung wie im Konzernjahresabschluss zum 31. Dezember 2023 im Detail beschrieben. Weiters berücksichtigt der Konzernzwischenabschluss die Anforderungen des IAS 34 an den Zwischenbericht. Angaben hinsichtlich zyklischer Aufwendungen und Erträge werden im Konzernzwischenlagebericht adressiert.

Einige außerhalb des Anhangs gemachte IFRS-Angaben sind wesentliche Bestandteile des Konzernabschlusses. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Erläuterungen zu den Segmentergebnissen, die in den Angaben zur Segmentberichterstattung dargestellt werden. Angaben gemäß IFRS 7 zu Themen wie Kreditrisiko, Marktrisiko und Liquiditätsrisikomanagement werden insbesondere im Kapitel Risikobericht ausführlich dargestellt.

Wesentliche bilanzielle Ermessensspielräume und Hauptquellen von Schätzungsunsicherheiten

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Sie basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und nach heutigem Ermessen wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung. Änderungen von Schätzungen werden, sofern sie nur eine Periode betreffen, nur in dieser berücksichtigt. Falls auch nachfolgende Berichtsperioden betroffen sind, werden die Änderungen in der aktuellen und den folgenden Perioden berücksichtigt. Die Annahmen, Schätzungen und Ermessensentscheidungen betreffen im Wesentlichen die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, den beizulegenden Zeitwert und die Wertminderung von Finanzinstrumenten, die latenten Steuern, Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen, Rückstellungen für Rechtsfälle sowie die Berechnungen zur Ermittlung der Werthaltigkeit von Firmenwerten und die im Zuge der Erstkonsolidierung aktivierten immateriellen Vermögenswerte. Darüber hinaus unterliegen die Werthaltigkeitstests von assoziierten Unternehmen Annahmen und Schätzungen.

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI zudem erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Details dazu finden sich im Abschnitt Währungen.

Anwendung von neuen und geänderten Standards

Soweit nicht anders angegeben, ergaben sich durch die Anwendung der folgenden Standards und Interpretationen keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der RBI.

Änderung IAS 1 (Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Die Änderungen stellen die Kriterien zur Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig klar. Aufgrund dieser Änderung sind ausschließlich Rechte, die am Ende der Berichtsperiode bestehen, maßgeblich für die Klassifizierung einer Schuld. Darüber hinaus wurden ergänzende Leitlinien für die Auslegung des Kriteriums Recht, die Erfüllung der Schuld um mindestens zwölf Monate zu verschieben, sowie Erläuterungen zum Merkmal Erfüllung aufgenommen.

Änderung IAS 1 (Langfristige Schulden mit Nebenbedingungen; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Durch die Änderungen wird hinsichtlich der Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig klargestellt, dass nur Nebenbedingungen, die ein Unternehmen am oder vor dem Abschlussstichtag erfüllen muss, diese Klassifizierung beeinflussen.

Änderung IFRS 16 (Leasingverbindlichkeit in einer Sale-and-Leaseback-Transaktion; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Die Änderung beinhaltet Vorgaben für die Folgebewertung bei Leasingverhältnissen im Rahmen eines Sale-and-Leaseback für den Verkäufer bzw. Leasingnehmer. Hierdurch soll vor allem die Folgebewertung von Leasingverbindlichkeiten vereinheitlicht werden, um so unangemessene Gewinnrealisierungen zu verhindern. Grundsätzlich führt die Änderung dazu, dass bei der Folgebewertung von Leasingverbindlichkeiten im Rahmen eines Sale-and-Leaseback die zu Laufzeitbeginn erwarteten

Zahlungen zu berücksichtigen sind. In jeder Periode wird die Leasingverbindlichkeit um die erwarteten Zahlungen reduziert und die Differenz zu den tatsächlichen Zahlungen erfolgswirksam erfasst.

Änderungen IAS 7 und IFRS 7 (Supplier Finance Arrangements; Inkrafttreten 1. Jänner 2024)

Durch die Änderung soll die Transparenz im Hinblick auf die Auswirkungen von Lieferfinanzierungsvereinbarungen auf Verbindlichkeiten, Zahlungsströme und Liquiditätsrisiko eines Unternehmens verbessert werden. Zu diesem Zweck werden bestehende Angabevorschriften um zusätzliche und verpflichtende qualitative und quantitative Angaben ergänzt. Die Angabevorschriften sind im ersten Jahr nur für das Jahresende verpflichtend und können in den Zwischenberichten unterbleiben.

Noch nicht anzuwendende Standards und Interpretationen

Informationen dazu sind im Geschäftsbericht 2023, Kapitel Grundlagen und Grundsätze der Konzernrechnungslegung, ersichtlich. Darüber hinaus veröffentlichte das IASB im ersten Halbjahr 2024 noch folgende Standards, zu denen das EU-Endorsement noch nicht erfolgt ist:

IFRS 18 (Darstellung und Angaben im Abschluss; Inkrafttreten 1. Jänner 2027)

IFRS 18 soll die Berichterstattung über die finanzielle Leistung eines Unternehmens verbessern und die Vergleichbarkeit von Finanzberichten erhöhen, im Zuge dessen wird der bisherige Standard IAS 1 abgelöst. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Gewinn- und Verlustrechnung, für die vordefinierte Zwischensummen eingeführt und neue Vorschriften zur Kategorisierung und Zusammenfassung bzw. Aufgliederung von Positionen gelten werden. Zusätzlich werden Angaben zu bestimmten, von der Unternehmensleitung definierten und verwendeten, Erfolgskennzahlen eingeführt. Derzeit geht die RBI davon aus, dass IFRS 18 rechtzeitig von der EU übernommen wird und es daher ab spätestens 1. Jänner 2027 zu Änderungen bei der Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie zu Ergänzungen im Anhang kommen wird.

IFRS 19 (Tochterunternehmen ohne öffentliche Rechenschaftspflicht: Angaben; Inkrafttreten 1. Jänner 2027)

Mit der Einführung von IFRS 19 wird es bestimmten Tochterunternehmen ermöglicht, die Angaben im Geschäftsbericht zu reduzieren, falls es neben seinem Status als Tochterunternehmen gleichzeitig keiner Rechenschaftspflicht unterliegt und das Mutterunternehmen einen Konzernabschluss veröffentlicht, der im Einklang mit IFRS erstellt wird. Die Einführung des Standards wird zu keinen Auswirkungen im Konzernabschluss der RBI führen.

Änderungen IFRS 9 und IFRS 7 (Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten; Inkrafttreten 1. Jänner 2026)

Durch die Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7 wird insbesondere die Behandlung von spezifischen Fragestellungen betreffend die Klassifizierung finanzieller Vermögenswerte klargestellt. Neben Erläuterungen zu Vertragsbedingungen, die den Zeitpunkt oder die Höhe der vertraglichen Zahlungsströme ändern, wurden die Behandlung von nicht rückgriffsberechtigten finanziellen Vermögenswerten, vertraglich verknüpften Instrumenten, die Ausbuchung einer durch elektronischen Zahlungsverkehr erfüllten finanziellen Verbindlichkeit sowie die Angaben zu Eigenkapitalinstrumenten, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, klargestellt. Die RBI leitete erste Schritte zur Analyse der möglichen Auswirkungen dieser Änderungen ein, weitere Informationen werden in Abhängigkeit von Signifikanz und EU-Übernahmefortschritte zeitgerecht erfolgen.

Währungen

Kurse in Währung pro €	2024		2023	
	Stichtag	Durchschnitt	Stichtag	Durchschnitt
	30.6.	1.1.-30.6.	31.12.	1.1.-30.6.
Albanischer Lek (ALL)	100,310	102,350	103,880	112,326
Belarus-Rubel (BYN)	3,382	3,473	3,536	3,075
Bosnische Marka (BAM)	1,956	1,956	1,956	1,956
Bulgarische Lewa (BGN)	1,956	1,956	1,956	1,956
Polnischer Zloty (PLN)	4,309	4,314	4,340	4,618
Rumänischer Leu (RON)	4,977	4,975	4,976	4,943
Russischer Rubel (RUB)	91,744	97,789	99,137	84,206
Serbischer Dinar (RSD)	117,049	117,133	117,174	117,296
Tschechische Krone (CZK)	25,025	25,022	24,724	23,697
Ukrainische Hrywnja (UAH)	43,355	42,375	42,208	39,549
Ungarischer Forint (HUF)	395,100	390,150	382,800	380,789
US-Dollar (USD)	1,071	1,083	1,105	1,079

Im Rahmen der geopolitischen Lage ist die RBI erhöhten Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungsumrechnungen ausgesetzt. Die EZB stellte die Veröffentlichung eines offiziellen EUR/RUB-Wechselkurses ein und neben dem theoretischen, offiziellen Umrechnungskurs (von der russischen Zentralbank ermittelter Kurs: On-Shore-Kurs) bildete sich ein tatsächlich und faktisch erreichbarer Umrechnungskurs (z. B. von Refinitiv oder Electronic Broking Service (EBS) ermittelter Kurs: Off-Shore-Kurs). Die RBI ist diesen Risiken insbesondere bei der Umrechnung monetärer Fremdwährungspositionen und bei der Umrechnung vollkonsolidierter ausländischer Geschäftsbetriebe ausgesetzt. Die RBI verwendet den Off-Shore-Kurs sowohl für die Umrechnung monetärer Posten außerhalb von Russland als auch für die Umrechnung des vollkonsolidierten Geschäftsbetriebs in Russland. Zum 30. Juni 2024 betrug der von der RBI verwendete EUR/RUB-Kurs 91,74 und jener der russischen Zentralbank 92,42. Für den Belarus-Rubel und die ukrainische Hrywnja wurden die von der jeweiligen Zentralbank veröffentlichten Kurse von der RBI weiterhin als geeignetste Kurse angesehen.

Im Zusammenhang mit ähnlichen Sachverhalten wies das IFRIC im September 2018 (IFRIC Update 09-18) ausdrücklich darauf hin, dass Unternehmen in einem solchen Marktumfeld laufend zu untersuchen haben, ob der verwendete Währungskurs den korrekten Kurs gemäß IAS 21 darstellt. Für nähere Informationen zu den von der RBI getroffenen Schätzungen und Annahmen wird auf den Geschäftsbericht 2023 verwiesen.

Konsolidierungskreis

Anzahl Einheiten	Vollkonsolidierung	
	30.6.2024	31.12.2023
Stand Beginn der Periode	192	192
In der Berichtsperiode erstmals einbezogen	1	8
In der Berichtsperiode verschmolzen	-1	-2
In der Berichtsperiode ausgeschieden	-2	-6
Stand Ende der Periode	190	192

Erstkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Inkludiert	Grund
Sonstige Unternehmen			
W 3 Errichtungs- und Betriebs-Aktiengesellschaft, Wien (AT)	100,0%	27.6.	Kauf

Entkonsolidierungen

Unternehmen, Sitz (Land)	Anteil	Exkludiert	Grund
Finanzholdings			
RBI Invest GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.6.	Verschmelzung
Anbieter von Nebenleistungen			
Vindalo Properties Limited, Limassol (CY)	100,0%	1.1.	Wesentlichkeit
RBI Retail Innovation GmbH, Wien (AT)	100,0%	1.5.	Wesentlichkeit

Konsequenzen und Analysen der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine

Unternehmensfortführung (Going Concern)

Der Vorstand der RBI hat den Konzernabschluss zum 30. Juni 2024 basierend auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung erstellt, da er nicht beabsichtigt, die RBI zu liquidieren, und dies auf Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen als realistische Absicht angesehen wird.

Die Planung zeigt weiterhin, dass die RBI über die erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen verfügt, um die laufenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen und den Geschäfts- und Liquiditätsbedarf finanzieren zu können, die unter anderem das Liquiditäts- und Finanzierungsprofil, einschließlich Prognosen der internen Liquiditätskennzahlen und der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquoten umfassen. Die jüngsten intern durchgeführten Stresstest-Szenarien für den Liquiditäts- und Kapitalbedarf zeigten, dass die RBI über angemessene Ressourcen verfügt, um möglichen Abwärtsszenarien standzuhalten. Zusätzlich verfügt die RBI über robuste Systeme, um die Unterbrechung des Geschäftsbetriebs in einem Kriegsgebiet, einschließlich der Gefahr von Cyberangriffen, abzufedern.

Der Vorstand der RBI sieht keine wesentlichen Unsicherheiten im Hinblick auf die Annahme einer positiven Fortbestehensprognose. Diese Annahme ist mit Datum der Genehmigung des zu veröffentlichenden Halbjahres-Finanzberichts am 29. Juli 2024 für mindestens ein Jahr gültig.

Kontrollatbestand

Das wirtschaftliche und politische Umfeld infolge des Kriegs könnte darauf hindeuten, dass sich die Fähigkeit des Investors zur Beherrschung des Tochterunternehmens gemäß IFRS 10 in den betroffenen Gebieten verändert hat. In der RBI sind davon die Ukraine, Russland und Belarus betroffen.

Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, überprüft die RBI entsprechend den Anforderungen von IFRS 10 unter anderem, ob sie schwankenden Renditen aus ihrem Engagement in den Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist, bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über das Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht die RBI ein Unternehmen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Möglichkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Ähnlich beurteilt die RBI das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen sie nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Möglichkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Dies kann der Fall sein, wenn die RBI aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten besitzt. Wenn Tatsachen und Umstände darauf hindeuten, dass sich ein oder mehrere Elemente der Beherrschung geändert haben, wird neu beurteilt, ob die Kontrolle über das Beteiligungsunternehmen noch besteht.

Bei der Beurteilung der Tatsachen und Umstände hat die RBI sorgfältig geprüft, ob es aufgrund des Kriegs oder der verhängten Sanktionen zu Veränderungen gekommen ist, welche die Fähigkeit zur Ausübung ihrer Rechte oder zur Einhaltung der Governance-Bestimmungen in Bezug auf das Tochterunternehmen erheblich einschränkt. Die RBI ist zu dem Schluss gelangt, dass keine Änderungen in Hinblick auf die Bewertung der Beherrschung erforderlich sind und es zu keinem Beherrschungsverlust über die Tochterunternehmen in den betroffenen Gebieten kam.

Pro-forma-Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz exklusive Russland

Die folgenden Tabellen zeigen die Pro-Forma-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz der RBI exklusive der russischen Geschäftseinheiten. Aufgrund der von Russland auferlegten Kapitalbeschränkungen kann der Überhang des regulatorischen Kapitals in Russland nicht für regulatorische Kapitalzwecke im restlichen Konzern verwendet werden. Die Pro-Forma-CET-1-Quote ohne russische Geschäftstätigkeiten unter der Annahme, dass die Entkonsolidierung mit einem Preis-Buchwert von null erfolgt, beträgt 14,7 Prozent im Vergleich zu 17,8 Prozent bei Einbeziehung der russischen Geschäftstätigkeiten und des Periodenergebnisses.

in € Millionen	RBI		Beitrag Russland ¹		RBI exklusive Russland	
	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	2.895	2.749	680	665	2.215	2.084
Dividendenerträge	27	17	0	0	27	17
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	34	51	0	2	34	49
Provisionsüberschuss	1.391	1.698	437	782	954	916
Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	59	116	18	85	40	31
Ergebnis aus Hedge Accounting	2	-17	0	-2	2	-15
Sonstiges betriebliches Ergebnis	51	43	-7	-17	58	60
Betriebserträge	4.458	4.656	1.129	1.514	3.329	3.142
Personalaufwand	-1.073	-1.169	-226	-381	-847	-788
Sachaufwand	-617	-600	-38	-38	-579	-561
Abschreibungen	-234	-227	-22	-21	-212	-206
Verwaltungsaufwendungen	-1.924	-1.995	-286	-440	-1.637	-1.556
Betriebsergebnis	2.535	2.661	843	1.074	1.692	1.587
Übriges Ergebnis	-407	-450	-8	0	-399	-450
Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben	-161	-237	-18	-24	-143	-213
Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte	-48	-259	20	-188	-68	-71
Ergebnis vor Steuern	1.919	1.715	837	863	1.082	852
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-483	-388	-187	-182	-296	-206
Ergebnis nach Steuern	1.436	1.327	650	681	786	646
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-111	-92	0	0	-111	-92
Konzernergebnis	1.324	1.235	650	681	674	554

¹ Der Beitrag Russlands definiert sich als Beitrag zum Konzern und weicht somit vom in den Segmenten dargestellten Länderergebnis ab.

Aktiva in € Millionen	RBI		Beitrag Russland ¹		RBI exklusive Russland	
	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	44.283	43.234	8.326	6.695	35.957	36.540
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	147.964	139.302	10.563	10.305	137.401	128.998
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.775	2.992	5	3	3.771	2.988
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	940	949	0	1	940	948
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	174	185	0	0	174	185
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.570	5.783	97	48	6.473	5.735
Hedge Accounting	1.075	1.160	20	10	1.055	1.150
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-447	-365	-53	-65	-393	-300
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	886	820	1	1	885	819
Sachanlagen	1.748	1.672	208	185	1.540	1.486
Immaterielle Vermögenswerte	994	970	87	70	907	900
Laufende Steuerforderungen	112	69	5	5	107	64
Latente Steuerforderungen	182	218	89	111	93	107
Sonstige Aktiva	1.705	1.253	98	102	1.607	1.151
Gesamt	209.963	198.241	19.445	17.471	190.518	180.769

¹ Der Beitrag Russlands definiert sich als Beitrag zum Konzern und weicht somit vom in den Segmenten dargestellten Länderergebnis ab.

Passiva in € Millionen	RBI		Beitrag Russland ¹		RBI exklusive Russland	
	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	175.040	164.711	13.466	12.656	161.574	152.054
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	1.096	1.088	0	1	1.096	1.088
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	8.632	8.463	82	24	8.549	8.439
Hedge Accounting	1.366	1.466	139	39	1.227	1.426
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-551	-514	-37	-45	-514	-469
Rückstellungen	1.756	1.644	230	248	1.527	1.396
Laufende Steuerverpflichtungen	172	242	42	35	130	207
Latente Steuerverpflichtungen	43	43	7	6	36	37
Sonstige Passiva	1.318	1.248	21	57	1.298	1.192
Eigenkapital	21.090	19.849	5.496	4.450	15.594	15.400
Konzern-Eigenkapital	18.227	17.009	5.496	4.450	12.730	12.559
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.247	1.231	0	0	1.247	1.231
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.616	1.610	0	0	1.616	1.610
Gesamt	209.963	198.241	19.445	17.471	190.518	180.769

¹ Der Beitrag Russlands definiert sich als Beitrag zum Konzern und weicht somit vom in den Segmenten dargestellten Länderergebnis ab.

Konzentrationsrisiko

Infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine sind die Aktivitäten der RBI in Russland, der Ukraine und Belarus einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Das erhöhte Risiko ergibt sich aus einer Reihe von Faktoren wie die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Infrastruktur in der Ukraine, den Verlust und die Blockierung von Häfen, gegen Russland verhängte Sanktionen, die Ungewissheit über die Dauer des Kriegs sowie die Preisinstabilität und den wirtschaftlichen Rückgang in Osteuropa. Die ausstehenden Forderungen in Russland, der Ukraine und Belarus werden in den folgenden Tabellen dargestellt.

Die erste Tabelle zeigt eine Aufteilung des Nettobuchwerts nach IFRS-Bewertungskategorien sowie das Nominale der außerbilanziellen Geschäfte abzüglich der darauf entfallenden Wertminderungen. Die zweite Tabelle zeigt das Konzentrationsrisiko anhand von Gegenparteien, wobei Derivate separat dargestellt werden. Beide Tabellen basieren auf der Ländersegmentierung nach IFRS 8.

in € Millionen	30.6.2024				31.12.2023			
	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	12.811	2.620	1.257	16.687	12.431	3.049	871	16.351
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	5	495	1	501	3	400	1	404
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	2	0	0	3	3	0	0	3
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	126	126	0	253	70	178	0	249
Bilanzposten	12.944	3.242	1.258	17.444	12.508	3.628	872	17.008
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.593	891	358	3.842	2.587	807	391	3.785
Gesamt	15.537	4.133	1.616	21.286	15.095	4.435	1.263	20.793

in € Millionen	30.6.2024				31.12.2023			
	Russland	Ukraine	Belarus	Gesamt	Russland ¹	Ukraine	Belarus	Gesamt ¹
Derivate	118	2	0	121	62	4	0	66
Zentralbanken	368	501	140	1.009	250	823	0	1.073
Regierungen	870	1.017	139	2.026	665	1.229	133	2.027
Kreditinstitute	6.296	460	146	6.901	5.855	269	46	6.169
Sonstige Finanzunternehmen	176	19	10	205	210	56	10	275
Nicht-Finanzunternehmen	2.550	1.098	571	4.219	2.903	1.121	466	4.491
Haushalte	2.567	144	252	2.962	2.564	126	216	2.906
Bilanzposten	12.944	3.242	1.258	17.444	12.508	3.628	872	17.008
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	2.593	891	358	3.842	2.587	807	391	3.785
Gesamt	15.537	4.133	1.616	21.286	15.095	4.435	1.263	20.793

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Ukraine

Die Bestimmung des Marktwerts von Sicherheiten in der Ukraine gestaltete sich seit Kriegsbeginn als sehr schwierig. Gründe dafür sind beispielsweise physische Einschränkungen bei Vor-Ort-Überprüfungen, um die potenzielle Schadenshöhe zu bestimmen oder die Unsicherheit der Marktentwicklungen und Transaktionen in einigen Regionen. Aus diesen Gründen wurden in den besetzten Regionen Sicherheiten für die Bewertung nicht mehr berücksichtigt. In jenen Regionen, welche einem hohen Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzungen ausgesetzt waren, wurden hohe Abschläge berücksichtigt. In anderen Gebieten der Ukraine finden weiterhin Vor-Ort-Prüfungen statt, und die Bewertung von Immobilien wird durchgeführt. Die ukrainische Wirtschaft passt sich so weit wie möglich den Anforderungen des herrschenden Kriegsumfeldes an.

Werthaltigkeitstest für das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte

Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine wurde in beiden Ländern das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögenswerte gemäß IAS 36 auf Indikatoren überprüft, die zu einer Wertminderung führen könnten.

In der Ukraine wurde jenes Sachanlagevermögen, welches sich in den besetzten Gebieten befindet, im Jahr 2022 auf null abgeschrieben. Alle anderen Sachanlagevermögenswerte werden einzeln begutachtet und wenn es zu Schädigungen kommt, wertberichtigt. Daraus ergaben sich im ersten Halbjahr 2024, sowie in der Vorjahresperiode Wertminderungen unter € 1 Million.

Durch veränderte Marktpreise, Zinssätze, Mietpreise und leerstehende Immobilien aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage und einer detaillierteren Bewertung ergaben sich in Russland aus dem Werthaltigkeitstest für Sachanlagen Wertminderungen unter € 1 Million (Vorjahresperiode: unter € 1 Million). Aus dem Werthaltigkeitstest für immaterielle Vermögenswerte ergaben sich weder in der Berichtsperiode noch der Vergleichsperiode Wertminderungen.

Zu den Auswirkungen auf die Modelle zur Berechnung der Wertminderungen gemäß IFRS 9 wird auf Punkt (31) Zukunftsorientierte Informationen verwiesen.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

(1) Zinsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinserträge nach Effektivzinsmethode	4.198	4.026
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	69	65
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	4.129	3.960
Zinserträge übrige	1.190	1.031
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	143	147
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	19	15
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	5	2
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	181	218
Sonstige Aktiva	841	647
Zinserträge aus finanziellen Verbindlichkeiten	1	1
Zinsaufwendungen	-2.493	-2.308
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	-1.991	-1.705
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	-118	-169
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	-19	-18
Derivative - Hedge Accounting, Zinssatzrisiko	-354	-403
Sonstige Passiva	-8	-8
Zinsaufwendungen aus finanziellen Vermögenswerten	-3	-5
Gesamt	2.895	2.749

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zinsüberschuss	2.895	2.749
Durchschnittliche zinstragende Aktiva	196.631	200.338
Nettozinsspanne	2,94%	2,74%

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von € 236 Millionen (Vorjahresperiode: € 230 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Vermögenswerten und Zinsaufwendungen in Höhe von € 137 Millionen (Vorjahresperiode: € 187 Millionen) von marktbeurteilten finanziellen Verbindlichkeiten enthalten.

Der Zinsüberschuss stieg im Jahresvergleich um € 146 Millionen auf € 2.895 Millionen. Die Slowakei verzeichnete aufgrund vorwiegend zinssatzbedingt höherer Erträge aus Kundenkrediten an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte einen Zuwachs um € 42 Millionen. In Serbien führten sowohl höhere Marktzinssätze als auch gestiegene Volumina zu einer Erhöhung des Zinsüberschusses um € 25 Millionen, wobei angesichts der hervorragenden Liquiditätsausstattung die Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen beinahe unverändert blieben. Der Anstieg des Zinsüberschusses um € 24 Millionen in Rumänien ist auf volumenbedingt höhere Zinserträge aus der Liquiditätsveranlagung (Staatsanleihen) sowie höhere Marktzinssätze bei Fremdwährungskrediten zurückzuführen. Der Anstieg um € 12 Millionen in Albanien war zum Teil währungsbedingt, aber auch auf höhere Volumina bei Staatsanleihen und Wertpapieren in Fremdwährung zurückzuführen. In Russland stieg der Zinsüberschuss um € 47 Millionen, hervorgerufen durch höhere Marktzinssätze und daraus resultierend höhere Zinserträge aus Interbankveranlagungen. In der Konzernzentrale gab es hingegen einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 54 Millionen aufgrund höherer Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen. Die Nettozinsspanne verbesserte sich um 20 Basispunkte auf 2,94 Prozent, was neben einem Anstieg in Osteuropa - bedingt durch niedrigere durchschnittliche zinstragende Aktiva - auf einen Anstieg um 72 Basispunkte in Serbien und einen Anstieg um 51 Basispunkte in der Slowakei zurückzuführen war.

(2) Dividendenerträge

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	0	1
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	0	1
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	7	5
Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	20	10
Gesamt	27	17

(3) Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Laufendes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	34	51

(4) Provisionsüberschuss

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Zahlungsverkehr	521	619
Kredit- und Garantiegeschäft	103	113
Wertpapiere	89	94
Vermögensverwaltung	139	124
Depot- und Treuhandgeschäft	47	41
Vermittlungsprovisionen	29	28
Fremdwährungsgeschäft	400	608
Sonstige	64	71
Gesamt	1.391	1.698

Insgesamt sank der Provisionsüberschuss um € 307 Millionen auf € 1.391 Millionen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Russland zurückzuführen (Abnahme: € 331 Millionen, davon € 106 Millionen aus der Währungsabwertung), die meisten Länder des Konzerns zeigten eine Steigerung. In Folge der volumen- und währungsbedingten Verringerung in Russland reduzierte sich das Provisionsergebnis aus dem Fremdwährungsgeschäft auf Konzernebene um € 209 Millionen, vorwiegend im Devisenkassageschäft. Diese Entwicklung war durch gesunkene Volumina aufgrund interner Transaktionslimits sowie geringere Margen aus dem Geschäft mit Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten beeinflusst. Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr verzeichnete aufgrund geringerer Volumina einen Rückgang um € 98 Millionen.

Der Provisionsüberschuss aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, betrug € 933 Millionen (Vorjahresperiode: € 927 Millionen).

1.1.-30.6.2024							
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	410	334	717	454	75	-68	1.923
Zahlungsverkehr	193	203	311	99	52	-49	809
Clearing und Abwicklung	24	26	184	0	13	-9	238
Kreditkarten	29	24	7	29	4	0	94
Debitkarten und sonstige Bankkarten	31	61	60	0	20	-19	154
Übrige Zahlungsdienste	109	92	60	70	13	-21	324
Kredit- und Garantiegeschäft	31	21	13	58	7	-3	128
Wertpapiere	24	2	45	59	8	-9	130
Vermögensverwaltung	11	14	14	176	0	0	216
Depot- und Treuhandgeschäft	8	3	27	19	3	-2	57
Vermittlungsprovisionen	19	17	13	0	0	0	50
Fremdwährungsgeschäft	109	69	221	32	4	-4	432
Sonstige	14	4	72	11	1	-1	102
Provisionsaufwendungen	-115	-98	-189	-167	-26	63	-532
Gesamt	296	236	529	287	49	-6	1.391

1.1.-30.6.2023							
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets	Corporate Center	Überleitung	Gesamt
Provisionserträge	392	303	1.046	439	67	-73	2.174
Zahlungsverkehr	180	182	396	116	47	-55	866
Clearing und Abwicklung	22	21	265	0	12	-8	312
Kreditkarten	28	23	11	22	3	0	88
Debitkarten und sonstige Bankkarten	28	53	66	0	16	-15	149
Übrige Zahlungsdienste	102	84	54	93	16	-32	317
Kredit- und Garantiegeschäft	30	19	20	59	7	-3	132
Wertpapiere	21	3	63	50	7	-10	134
Vermögensverwaltung	11	13	9	164	0	0	198
Depot- und Treuhandgeschäft	6	3	25	16	2	-2	50
Vermittlungsprovisionen	16	12	20	0	0	0	48
Fremdwährungsgeschäft	114	65	431	29	4	-2	641
Sonstige	13	7	82	6	0	-2	106
Provisionsaufwendungen	-103	-88	-174	-153	-29	71	-477
Gesamt	288	215	872	287	38	-2	1.698

(5) Handelsergebnis, Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen und Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Held For Trading	-10	-196
Derivate	107	-66
Eigenkapitalinstrumente	42	29
Schuldverschreibungen	12	40
Kredite und Forderungen	6	14
Short-Positionen	0	1
Einlagen	-13	17
Verbriefte Verbindlichkeiten	-171	-224
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	7	-6
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-1	24
Eigenkapitalinstrumente	0	0
Schuldverschreibungen	3	-6
Kredite und Forderungen	-4	30
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	10	0
Schuldverschreibungen	-3	1
Einlagen	1	-3
Verbriefte Verbindlichkeiten	12	2
Währungsumrechnung (netto)	59	288
Gesamt	59	116

Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen betrug im ersten Halbjahr € 59 Millionen (Vorjahresperiode: € 116 Millionen). Die Konzernzentrale verzeichnete einen leicht positiven Beitrag in Höhe von € 2 Millionen. Darin enthalten ist ein negatives Bewertungsergebnis aus dem Rückgang des eigenen Credit Spreads im Zusammenhang mit den Zertifikats-emissionen in Höhe von minus € 35 Millionen. Dem standen Bewertungsgewinne aus der Absicherung von strategischen Zinspositionen sowie aus dem Devisenhandel gegenüber. Die Handelstätigkeiten in Russland verzeichneten einen Gewinn von € 22 Millionen. Das Ergebnis resultierte vorwiegend aus positiven Effekten aus der Währungsumrechnung vorwiegend von US-Dollar- und chinesischen Renminbi-Beständen sowie aus dem Devisenhandel. In Ungarn beliefen sich die Bewertungsverluste im Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen auf minus € 16 Millionen. Diesen standen jedoch währungsbedingte Bewertungsgewinne, vor allem in Belarus, Serbien, Tschechien und der Slowakei in Höhe von in Summe € 41 Millionen gegenüber. Darüber hinaus erzielte hauptsächlich die Ukraine positive Bewertungsgewinne aus Handelsbeständen von Schuldverschreibungen in Höhe von € 9 Millionen.

Ergebnis aus Hedge Accounting

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Fair-Value-Änderungen aus Absicherungsinstrumenten	149	134
Fair-Value-Änderungen aus abgesicherten Grundgeschäften im Hedge Accounting	-148	-151
Erfolgswirksamer, ineffektiver Teil aus Cash-Flow Hedge	1	0
Gesamt	2	-17

(6) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Ergebnis aus der Ausbuchung nicht modifizierter, nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-13	-12
Schuldverschreibungen	0	-10
Kredite und Forderungen	2	-3
Verbriefte Verbindlichkeiten	-16	2
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0
Ergebnis aus der Ausbuchung von zur Veräußerung gehaltenen nichtfinanziellen Vermögenswerten	3	2
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Sonstige Aktiva	3	2
Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten	14	11
Umsatzerlöse aus bankfremden Tätigkeiten	52	66
Aufwendungen aus bankfremden Aktivitäten	-38	-55
Ergebnis aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	13	12
Umsatzerlöse aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	24	26
Aufwendungen aus zusätzlichen Leasing-Dienstleistungen	-11	-15
Ergebnis aus Versicherungsverträgen	2	6
Ergebnis aus Investment Property inkl. Operating Leasing (Immobilien)	31	30
Ergebnis aus Investment Property	10	10
Erträge aus Operating Leasing von Immobilien	12	10
Aufwendungen aus Operating Leasing von Immobilien	-2	-1
Erträge aus sonstigem Operating Leasing	13	15
Aufwendungen aus sonstigem Operating Leasing	-2	-3
Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen	-13	-24
Übrige betriebliche Erträge/Aufwendungen	13	17
Gesamt	51	43
Sonstige Betriebserträge	183	193
Sonstige Betriebsaufwendungen	-137	-151

(7) Verwaltungsaufwendungen

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Personalaufwand	-1.073	-1.169
Sachaufwand	-617	-600
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-234	-227
Gesamt	-1.924	-1.995

Personalaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Löhne und Gehälter	-832	-898
Soziale Abgaben	-195	-225
Freiwilliger Sozialaufwand	-30	-27
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	-8	-7
Aufwendungen/Erträge für leistungsorientierte Pensionspläne	-4	0
Aufwendungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-5	-6
Aufwendungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer excl. zukünftiger Bonusprogramme	7	-2
Personalaufwand unter Berücksichtigung zukünftiger Bonusprogramme	-7	-3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	-1
Gesamt	-1.073	-1.169

Der Personalaufwand ging um € 96 Millionen auf € 1.073 Millionen zurück. In Russland kam es aufgrund von Rückstellungen für Einmalzahlungen in der Vorjahresperiode sowie aus der Währungsentwicklung zu einem Rückgang um € 153 Millionen. Demgegenüber standen größtenteils inflationsbedingte Gehaltssteigerungen in nahezu allen anderen Ländern des Konzerns insbesondere in der Slowakei (Anstieg: € 13 Millionen), in Rumänien (Anstieg: € 11 Millionen) und in der Konzernzentrale (Anstieg: € 7 Millionen).

Sachaufwand

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Raumaufwand	-52	-56
IT-Aufwand	-225	-180
Rechts- und Beratungsaufwand	-89	-114
Werbe- und Repräsentationsaufwand	-57	-52
Kommunikationsaufwand	-42	-41
Büroaufwand	-9	-10
Kfz-Aufwand	-6	-6
Sicherheitsaufwand	-12	-14
Reiseaufwand	-8	-8
Ausbildungsaufwand	-8	-8
Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern	-41	-41
davon Finanztransaktionssteuer	-34	-34
Sonstiger Sachaufwand	-68	-70
Gesamt	-617	-600
davon Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse	-8	-8
davon Aufwendungen für Leasingverhältnisse geringwertiger Vermögenswerte	-2	-2

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Sachanlagen	-119	-117
davon Nutzungsrechte	-40	-41
Immaterielle Vermögenswerte	-115	-110
Gesamt	-234	-227

(8) Übriges Ergebnis

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Gewinne/Verluste aus modifizierten Vertragskonditionen	-9	-7
Ergebnis aus Barwertänderungen unwesentlich modifizierter Vertragskonditionen	-8	-7
Ergebnis aus der Ausbuchung aufgrund wesentlich modifizierter Vertragskonditionen	0	0
Wertminderungen/-aufholungen auf Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen	11	-9
Wertminderungen/-aufholungen von nichtfinanziellen Vermögenswerten	0	-6
Firmenwerte	0	0
Andere	0	-6
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen sowie Entkonsolidierungen	-4	0
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verkaufgruppen	4	0
Ergebnis aus Entkonsolidierungen	-8	0
Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen	-404	-429
Gesamt	-407	-450

Das übrige Ergebnis belief sich in der Berichtsperiode auf minus € 407 Millionen nach minus € 450 Millionen in der Vergleichsperiode. Belastend wirkten weiterhin die Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Höhe von € 404 Millionen (Vorjahresperiode: € 429 Millionen). Diese betrafen im Wesentlichen Hypothekarkredite in Polen, die in Fremdwährungen denominated oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind. Der Aufwand in Polen in Höhe von € 391 Millionen resultierte vorwiegend aus Vorsorgen im Zusammenhang mit dem CHF-Kreditportfolio aufgrund negativer Gerichtsurteile sowie aus der Anpassung der Abzinsungsperiode. Weitere Treiber des Aufwandes in Polen waren Dotierungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit drohenden Gerichtsverfahren bei in Euro denominierten Krediten in Höhe von € 84 Millionen sowie Kunden zustehende Verzugszinsen in Höhe von € 82 Millionen. Die Bewertung von Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen führte in der Berichtsperiode zu einem Ergebnis von € 11 Millionen.

(9) Staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Staatliche Maßnahmen	-89	-94
Bankenabgaben	-89	-94
Pflichtabgaben	-72	-144
Bankenabwicklungsfonds	-15	-74
Beiträge zur Einlagensicherung	-56	-70
Sonstige Pflichtabgaben	0	0
Gesamt	-161	-237

Der Aufwand für staatliche Maßnahmen und Pflichtabgaben ging um € 76 Millionen auf € 161 Millionen zurück. Die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds sanken um € 59 Millionen, da die Aufbauphase des Fonds nahezu abgeschlossen wurde. Dies betraf die Konzernzentrale (Rückgang: € 42 Millionen), Tschechien (Rückgang: € 7 Millionen) und die Slowakei (Rückgang: € 6 Millionen). Die Beiträge zur Einlagensicherung reduzierten sich um € 13 Millionen. Dies betraf hauptsächlich die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., die eine Reduktion in Höhe von € 8 Millionen aufwies. In den Vorjahresperioden wurden höhere Beitragszahlungen erbracht, um den Einlagensicherungsfonds nach den Schadensfällen der Commercialbank Mattersburg im Burgenland AG sowie der Anglo Austrian AAB AG im Jahr 2020 wieder aufzufüllen.

(10) Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Forderungen	-112	-216
Schuldverschreibungen	74	-64
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	-10	21
Gesamt	-48	-259
davon finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	-5	-1
davon finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	-33	-278

In der Berichtsperiode lagen die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte mit € 48 Millionen signifikant unter dem Wert der Vergleichsperiode von € 259 Millionen, der überwiegend in Osteuropa gebucht worden war. Für ausgefallene Kredite (Stage 3) wurden in der Berichtsperiode Wertminderungen von netto € 170 Millionen (Vorjahresperiode: netto € 53 Millionen) gebildet, davon entfielen € 87 Millionen auf Nicht-Finanzunternehmen (davon Immobilienfinanzierungen: € 62 Millionen) und € 57 Millionen auf Haushalte. Auf Länderebene wurden die Wertminderungen in Stage 3 vor allem in der Konzernzentrale (€ 63 Millionen) und in Russland (€ 61 Millionen) dotiert. In Stage 1 und Stage 2 wurden in der Berichtsperiode Nettoauflösungen in

Höhe von € 122 Millionen ausgewiesen, vor allem in Russland aufgrund von Rückzahlungen überwiegend von sanktionierten Kunden (Vorjahresperiode: Wertminderungen in Höhe von € 206 Millionen, davon in Russland € 134 Millionen und in der Ukraine € 61 Millionen).

Weitere Details sind unter Punkt (13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost enthalten.

(11) Steuern

in € Millionen	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-429	-476
davon Inland	-13	-11
davon Ausland	-416	-465
Latente Steuern	-54	89
Gesamt	-483	-388
Effektive Steuerquote	25,2%	22,6%

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um € 96 Millionen auf € 483 Millionen resultierte neben Ergebniszuwächsen in den Segmenten Zentraleuropa, Osteuropa und Südosteuropa insbesondere aus Sondersteuern. Im Segment Zentraleuropa (Anstieg € 56 Millionen) war neben dem Ergebniszuwachs vor allem die Einführung einer neuen Steuer in der Slowakei (€ 40 Millionen) für den Anstieg verantwortlich. Die Erhöhung des Steuersatzes auf 25 Prozent (Vergleichsperiode: 18 Prozent) in der Ukraine trug im Segment Osteuropa zu einem Anstieg um € 32 Millionen bei. Die effektive Steuerquote lag mit 25,2 Prozent um rund 3 Prozentpunkte über der Vergleichsperiode. Dies war vor allem durch die steuerlich nicht anrechenbaren Aufwände für kreditbezogene, portfolio-basierte Rechtsstreitigkeiten und Annullierungen von Kreditverträgen in Polen in Höhe von € 404 Millionen (Vorjahresperiode: € 429 Millionen), dem Ergebnisbeitrag der Konzernzentrale sowie die neu eingeführte Sondersteuer in der Slowakei und der Erhöhung des Steuersatzes in der Ukraine begründet.

Die per 1. Jänner 2024 eingeführte globale Mindeststeuer für Unternehmensgruppen (MindBestG) in Höhe von 15 Prozent führte zu einem zusätzlichen steuerlichen Aufwand im Ausmaß von € 3 Millionen. In den meisten Ländern, in denen die RBI tätig ist, werden die Safe Harbour Rules erfüllt.

Steuerforderungen

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Laufende Steuerforderungen	112	69
Latente Steuerforderungen	182	218
Steueransprüche aus temporären Differenzen	177	206
Verlustvorträge	5	12
Gesamt	294	287

Steuerverpflichtungen

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Laufende Steuerverpflichtungen	172	242
Latente Steuerverpflichtungen	43	43
Gesamt	215	285

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente - Amortized Cost

(12) Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Kassenbestand	4.415	4.126
Guthaben bei Zentralbanken	24.776	24.581
Sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	15.092	14.527
Gesamt	44.283	43.234

Der Anstieg im Posten Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen um € 1.049 Millionen war hauptsächlich auf den leichten Anstieg bei sonstigen Sichteinlagen bei Kreditinstituten (Anstieg: € 565 Millionen) zurückzuführen, wobei dieser hauptsächlich mit € 770 Millionen aus der Konzernzentrale stammte. Der Anstieg in der Position Guthaben bei Zentralbanken aus der Konzernzentrale in Höhe von € 1.763 Millionen und Russland in Höhe von € 2.007 Millionen wurde durch die Reduktion in der Slowakei in Höhe von € 2.958 Millionen kompensiert. Der starke Rückgang in der Slowakei war dem Auslaufen der TLTRO-III im März geschuldet. Weiters beinhaltet diese Position auch eingeschränktes Guthaben bei Zentralbanken in Höhe von € 74 Millionen (Vorjahr: € 21 Millionen), welches nicht unmittelbar zur Verfügung steht.

Unter dem Posten Kassenbestand zeigen die Ukraine, Russland und Belarus insgesamt € 2.226 Millionen, wobei der größte Teil aus Russland kam.

Zum Berichtsstichtag wurden von der Ukraine, von Russland und Belarus Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von € 1.432 Millionen ausgewiesen, die derzeit rechtlichen Beschränkungen unterliegen und daher nicht zur allgemeinen Verwendung durch die Muttergesellschaft zur Verfügung stehen.

(13) Finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost

in € Millionen	30.6.2024			31.12.2023 ¹		
	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert	Brutto-buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Buchwert
Schuldverschreibungen	29.027	-137	28.890	25.936	-214	25.723
Zentralbanken	5	0	5	5	0	5
Regierungen	24.338	-78	24.260	21.319	-86	21.233
Kreditinstitute	3.042	-1	3.042	2.855	-1	2.854
Sonstige Finanzunternehmen	995	-55	940	974	-69	905
Nicht-Finanzunternehmen	647	-3	644	783	-57	726
Kredite und Forderungen	122.032	-2.958	119.074	116.468	-2.889	113.580
Zentralbanken	9.801	-1	9.800	7.860	0	7.860
Regierungen	3.282	-6	3.275	2.628	-6	2.621
Kreditinstitute	7.922	-2	7.919	6.855	-3	6.852
Sonstige Finanzunternehmen	12.076	-155	11.922	10.699	-157	10.542
Nicht-Finanzunternehmen	48.307	-1.721	46.586	48.092	-1.596	46.496
Haushalte	40.644	-1.072	39.571	40.335	-1.125	39.209
Gesamt	151.059	-3.095	147.964	142.405	-3.102	139.302

¹Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Der Buchwert des Postens finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2023 um € 8.661 Millionen.

Der Anstieg der Schuldverschreibungen um € 3.167 Millionen resultierte überwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen (Anstieg: € 3.027 Millionen), vor allem in Tschechien (Anstieg: € 1.461 Millionen), in der Konzernzentrale (Anstieg: € 774 Millionen), in der Slowakei (Anstieg: € 543 Millionen) und in Rumänien (Anstieg: € 431 Millionen), während es in der Ukraine einen Rückgang um € 265 Millionen gab, bedingt durch die Rückzahlung von Anleihen sowie den Verkauf von US-Staatsanleihen.

Im Kreditgeschäft wurde ein Anstieg um € 5.494 Millionen verzeichnet, der vorwiegend aus dem kurzfristigen Geschäft resultierte (Anstieg: € 5.042 Millionen), vor allem in der Konzernzentrale (Anstieg: € 2.000 Millionen) und in Tschechien (Anstieg: € 1.721 Millionen), überwiegend aus Repo-Geschäften. Bei den Krediten an Haushalte kam es zu einem Anstieg um € 362 Millionen, größtenteils in Tschechien (Anstieg: € 118 Millionen), insbesondere bei unbesicherten Krediten an Haushalte, und in der Slowakei (Anstieg: € 109 Millionen), zum Großteil bei Hypothekarkrediten. Bei den Krediten an Nicht-Finanzunternehmen wurde

ein leichter Anstieg um € 90 Millionen verzeichnet. Dem Anstieg in der Konzernzentrale (Anstieg: € 206 Millionen), im Wesentlichen durch neue Kreditfazilitäten, und in der Slowakei (Anstieg: € 118 Millionen), hier durch Anstieg der Kredite an Firmenkunden, stand ein Rückgang in Russland um € 299 Millionen gegenüber, hauptsächlich durch Rückgang der Working-Capital-Finanzierungen.

In Russland bestehen finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost in Höhe von € 670 Millionen aus Zahlungen von Emittenten lokaler Schuldtitel, die derzeit aufgrund der bestehenden US- und EU-Sanktionen nicht an ausländische Investoren weitergeleitet werden können, und daher bei der russischen Agentur für Einlagensicherung (Deposit Insurance Agency) deponiert werden müssen. Sie stehen der Muttergesellschaft zur allgemeinen Verwendung nicht zur Verfügung. Im zweiten Quartal erfolgte eine Reklassifizierung dieser Vermögenswerte von der Kategorie Kredite an Nicht-Finanzunternehmen in Kredite an Regierungen, welche dem kurzfristigen Geschäft zugeordnet sind, um eine bessere Darstellung des Kreditportfolios zu ermöglichen. Die Vergleichswerte zum 31.12.2023 wurden entsprechend angepasst.

Das Kreditportfolio der RBI ist nach Art des Kunden, geografischer Region und Industrie diversifiziert. In den folgenden Aufteilungen der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Gegenpartei ist ersichtlich, dass der Fokus auf Kunden im Bereich der Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte liegt.

Bruttobuchwert

in € Millionen	30.6.2024				31.12.2023 ¹			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	9.298	508	0	0	7.615	250	0	0
Regierungen	26.117	1.333	169	0	22.696	1.073	178	0
Kreditinstitute	10.081	881	2	0	8.823	883	4	0
Sonstige Finanzunternehmen	11.122	1.619	235	95	9.073	2.208	286	106
Nicht-Finanzunternehmen	39.401	7.495	1.953	105	38.499	8.516	1.741	120
Haushalte	32.242	7.255	1.041	106	30.999	8.215	1.007	115
davon Hypothekar	21.344	5.255	344	65	20.729	6.257	361	76
Gesamt	128.260	19.092	3.401	306	117.704	21.144	3.217	340

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Kumulierte Wertminderungen

in € Millionen	30.6.2024				31.12.2023			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0	-1	0	0	0	0	0	0
Regierungen	-51	-30	-4	0	-57	-31	-5	0
Kreditinstitute	-1	-1	-1	0	-1	-2	-2	0
Sonstige Finanzunternehmen	-11	-91	-94	-13	-11	-100	-89	-26
Nicht-Finanzunternehmen	-194	-451	-1.036	-44	-179	-497	-926	-52
Haushalte	-110	-272	-665	-26	-123	-324	-649	-29
davon Hypothekar	-17	-100	-156	-14	-20	-132	-173	-17
Gesamt	-366	-847	-1.800	-83	-371	-954	-1.670	-107

ECL Coverage Ratio

	30.6.2024				31.12.2023 ¹			
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI
Zentralbanken	0,0%	0,2%	-	-	0,0%	0,1%	-	-
Regierungen	0,2%	2,2%	2,3%	1,1%	0,2%	2,9%	2,7%	1,2%
Kreditinstitute	0,0%	0,2%	45,3%	-	0,0%	0,2%	34,4%	-
Sonstige Finanzunternehmen	0,1%	5,6%	40,1%	13,7%	0,1%	4,5%	31,0%	24,7%
Nicht-Finanzunternehmen	0,5%	6,0%	53,0%	41,8%	0,5%	5,8%	53,2%	43,2%
Haushalte	0,3%	3,8%	63,8%	24,4%	0,4%	3,9%	64,5%	25,6%
davon Hypothekar	0,1%	1,9%	45,3%	22,1%	0,1%	2,1%	47,8%	22,8%
Gesamt	0,3%	4,4%	52,9%	27,1%	0,3%	4,5%	51,9%	31,5%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Entwicklung der Wertminderungen

Entwicklung der Wertminderungen auf Forderungen und Schuldverschreibungen der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Amortized Cost, der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income sowie auf sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2024	372	978	1.673	107	3.130
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	128	75	7	0	210
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-49	-166	-106	-33	-354
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-58	-65	274	9	160
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	0	0	1
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-1	-66	-2	-70
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Wechselkurse und andere	-16	35	19	1	39
Stand 30.6.2024	376	857	1.802	83	3.117
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	9	5	2	0	16
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	5	0	0	6

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2023	333	1.026	1.673	117	3.150
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	143	74	6	0	222
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-40	-92	-171	-7	-310
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-101	225	158	9	291
Änderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchungen (Netto)	0	0	2	0	2
Verminderung aufgrund von Abschreibungen (Write-offs)	0	-2	-99	-2	-103
Änderung Konsolidierungskreis	0	4	1	-4	1
Wechselkurse und andere	-16	-23	-41	6	-75
Stand 30.6.2023	318	1.212	1.529	119	3.177
davon Fair Value Through Other Comprehensive Income	1	14	1	0	16
davon sonstige Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	15	1	0	17

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost nach Rating-Kategorien und Stages

Die Kreditwürdigkeitsanalyse von finanziellen Vermögenswerten ist eine zeitliche Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Vermögenswerte.

- Exzellente sind Risikopositionen, die eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit vernachlässigbarer oder keiner Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>0,0000 \leq 0,0300$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,00 \leq 0,17$ Prozent).
- Sehr gute Risikopositionen weisen eine starke Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen auf, wobei die Ausfallwahrscheinlichkeit vernachlässigbar oder gering ist (Non-Retail PD-Skala $>0,0300 \leq 0,1878$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,17 \leq 0,35$ Prozent).
- Gut sind Risikopositionen, die eine gute Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit geringem Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>0,1878 \leq 1,1735$ Prozent und Retail PD-Skala $>0,35 \leq 1,37$ Prozent).
- Zufriedenstellend sind Risikopositionen, die einer genaueren Überwachung bedürfen und eine durchschnittliche bis angemessene Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verpflichtungen mit einem moderaten Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>1,1735 \leq 7,3344$ Prozent und Retail PD-Skala $>1,37 \leq 7,28$ Prozent).
- Unterdurchschnittlich sind Risikopositionen, die unterschiedliche Stärken spezieller Aufmerksamkeit erfordern und ein besorgniserregendes Ausfallrisiko aufweisen (Non-Retail PD-Skala $>7,3344 < 100,0$ Prozent und Retail PD-Skala $>7,28 < 100,0$ Prozent).
- Beeinträchtigte Bonität haben Risikopositionen, die als wertgemindert eingestuft werden (PD-Skala 100,0 Prozent sowohl für Non-Retail als auch für Retail).

Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen Rating-Kategorien und Stages nach IFRS 9. Dabei ist zu beachten, dass es bei finanziellen Vermögenswerten in Stage 1 und Stage 2 aufgrund des relativen Charakters einer erheblichen Erhöhung des Kreditrisikos nicht zwingend erforderlich ist, dass Vermögenswerte der Stage 2 eine niedrigere Bonität besitzen als Stage 1, obwohl dies in der Regel der Fall ist.

30.6.2024	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	20.893	983	0	0	21.876
Sehr gut	41.972	3.045	0	2	45.019
Gut	41.248	5.838	0	7	47.093
Zufriedenstellend	15.977	5.476	0	14	21.468
Unterdurchschnittlich	5.529	2.649	0	10	8.188
Wertgemindert	0	0	3.320	250	3.570
Nicht geratet	2.641	1.100	82	22	3.845
Bruttobuchwert	128.260	19.092	3.401	306	151.059
Kumulierte Wertminderungen	-366	-847	-1.800	-83	-3.095
Buchwert	127.894	18.245	1.602	223	147.964

31.12.2023	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellent	15.951	807	0	0	16.758
Sehr gut	35.954	3.344	0	1	39.299
Gut	41.001	7.000	0	7	48.008
Zufriedenstellend	19.653	6.110	0	15	25.778
Unterdurchschnittlich	2.602	2.949	0	10	5.560
Wertgemindert	0	0	3.153	290	3.443
Nicht geratet	2.544	935	63	17	3.560
Bruttobuchwert	117.704	21.144	3.217	340	142.405
Kumulierte Wertminderungen	-371	-954	-1.670	-107	-3.102
Buchwert	117.333	20.190	1.547	233	139.302

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet vor allem finanzielle Vermögenswerte für Haushalte (vorwiegend in Serbien und Kroatien), für die noch keine Ratings verfügbar sind und deren Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

(14) Modifizierte Vermögenswerte

Die Netto-Modifikationseffekte beliefen sich im ersten Halbjahr 2024 auf minus € 8 Millionen (Vorjahresperiode: plus € 3 Millionen). Zum 31. Dezember 2023 beliefen sich die Netto-Modifikationseffekte auf minus € 27 Millionen.

30.6.2024	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen					
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-4	-3	-1	-1	-8
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	1.114	260	74	-4	1.444
Bruttobuchwert zum 30.6. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	35	0	0	35

31.12.2023	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen					
Netto-Modifikationseffekt aus finanziellen Vermögenswerten	-9	-8	-8	-1	-27
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikation von finanziellen Vermögenswerten	3.039	1.163	148	3	4.353
Bruttobuchwert zum 31.12. der modifizierten Vermögenswerte, die während des Jahres zu Stage 1 zurückwechselten	0	0	0	0	0

(15) Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.858	26.124
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	14.764	13.613
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	7.818	9.969
Rückkaufvereinbarung	6.277	2.542
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	125.311	119.331
Kurzfristige Beträge/Tagesgeldeinlagen	83.175	84.111
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	38.577	34.451
Rückkaufvereinbarung	3.559	769
Verbriefte Verbindlichkeiten	19.168	17.772
Gedeckte Schuldverschreibungen	3.752	3.881
Hybride Verträge	599	499
Sonstige verbiefte Verbindlichkeiten	14.817	13.391
davon wandelbare zusammengesetzte Finanzinstrumente	2.228	1.926
davon nicht wandelbar	12.589	11.465
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.702	1.484
Gesamt	175.040	164.711
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	2.156	2.167
davon Leasingverbindlichkeiten	368	371

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten war im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit im Wesentlichen auf die Tilgung von TLTRO-Instrumenten in der Slowakei zurückzuführen. Im Berichtsjahr wurde hier ein Volumen in Höhe von € 2.200 Millionen getilgt. Bei den kurzfristigen Beträgen/Tagesgeldeinlagen kam es in der Konzernzentrale zu einem Anstieg um € 872 Millionen, welcher größtenteils aus Einlagen von anderen Kreditinstituten resultierte. Die Gesamtposition erhöhte sich hier um € 1.151 Millionen. Weiters erhöhten sich die Rückkaufvereinbarungen geschäftsbedingt um € 3.735 Millionen.

Im Bereich der kurzfristigen Beträge/Tagesgeldeinlagen gegenüber Kunden kam es zu Rückgängen in Höhe von € 936 Millionen. Ein gegensätzlicher Trend zeichnete sich in den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit ab, die konzernweit eine Erhöhung um € 4.126 Millionen aufwiesen. Die Rückkaufvereinbarungen erhöhten sich um € 2.790 Millionen, wobei der größte Zuwachs auf Tschechien entfiel.

Die sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich insbesondere aufgrund von Emissionen in der Konzernzentrale (Anstieg: € 733 Millionen) und in der Slowakei (Anstieg: € 349 Millionen), was zu einem Anstieg in der Gesamtposition in Höhe von € 1.426 Millionen beitrug.

Die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten erhöhten sich im Jahresvergleich um € 219 Millionen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden nach Asset-Klassen:

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Zentralbanken	592	2.987
Regierungen	6.356	3.698
Kreditinstitute	28.266	23.137
Sonstige Finanzunternehmen	13.134	12.097
Nicht-Finanzunternehmen	46.749	45.084
Haushalte	59.072	58.452
Gesamt	154.170	145.455

(16) Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

30.6.2024						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	44.283	0	44.283	44.283	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	24.625	1.945	118.647	145.217	147.964	-2.747
Schuldverschreibungen	24.625	1.945	1.968	28.538	28.890	-352
Kredite und Forderungen	0	0	116.679	116.679	119.074	-2.395
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	833	16.867	156.473	174.173	174.673	-499
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	153.205	153.205	153.802	-596
Verbriefte Verbindlichkeiten	833	16.867	1.565	19.266	19.168	97
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.702	1.702	1.702	0

1 Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

31.12.2023						
in € Millionen	Level I	Level II	Level III	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	0	43.234	0	43.234	43.234	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	21.474	2.246	113.497	137.217	139.302	-2.085
Schuldverschreibungen	21.474	2.246	1.862	25.582	25.723	-141
Kredite und Forderungen	0	0	111.636	111.636	113.580	-1.944
Passiva						
Finanzielle Verbindlichkeiten - Amortized Cost	834	15.398	147.236	163.468	164.339	-871
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ¹	0	0	144.287	144.287	145.084	-797
Verbriefte Verbindlichkeiten	834	15.398	1.465	17.697	17.772	-75
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.484	1.484	1.484	0

1 Gemäß IFRS 7 sind Leasingverbindlichkeiten nicht enthalten.
Level I Notierte Marktpreise
Level II Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden
Level III Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethoden

Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

(17) Finanzielle Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income

30.6.2024				
in € Millionen	Brutto- buchwert	Kumulierte Wertminderungen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis	Buchwert
Eigenkapitalinstrumente	186	-	-	186
Kreditinstitute	0	-	-	0
Sonstige Finanzunternehmen	115	-	-	115
Nicht-Finanzunternehmen	71	-	-	71
Schuldverschreibungen	3.638	-16	-32	3.590
Zentralbanken	758	0	1	759
Regierungen	2.039	-13	-23	2.003
Kreditinstitute	709	-1	-8	700
Sonstige Finanzunternehmen	3	0	0	3
Nicht-Finanzunternehmen	130	-2	-2	125
Gesamt	3.824	-16	-32	3.775

31.12.2023	Brutto-	Kumulierte	Kumuliertes	Buchwert
in € Millionen	buchwert	Wertminderungen	sonstiges Ergebnis	
Eigenkapitalinstrumente	182	-	-	182
Kreditinstitute	0	-	-	0
Sonstige Finanzunternehmen	101	-	-	101
Nicht-Finanzunternehmen	81	-	-	81
Schuldverschreibungen	2.864	-12	-42	2.810
Zentralbanken	0	0	0	0
Regierungen	1.981	-9	-33	1.939
Kreditinstitute	748	-1	-8	740
Sonstige Finanzunternehmen	3	0	0	3
Nicht-Finanzunternehmen	132	-3	-1	128
Gesamt	3.045	-12	-42	2.992

Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income ohne Eigenkapitalinstrumente nach Rating-Kategorien und Stages:

30.6.2024	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	349	0	0	0	349
Sehr gut	1.693	8	0	0	1.701
Gut	1.300	158	0	0	1.457
Zufriedenstellend	3	4	0	0	7
Unterdurchschnittlich	54	51	0	0	105
Wertgemindert	0	0	2	0	2
Nicht geratet	17	0	0	0	17
Bruttobuchwert	3.416	220	2	0	3.638
Kumulierte Wertminderungen	-9	-5	-2	0	-16
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-34	2	0	0	-32
Buchwert	3.372	217	1	0	3.590

31.12.2023	Stage 1	Stage 2	Stage 3	POCI	Gesamt
in € Millionen	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Exzellente	371	4	0	0	375
Sehr gut	1.005	8	0	0	1.013
Gut	1.215	170	0	0	1.385
Zufriedenstellend	2	3	0	0	6
Unterdurchschnittlich	0	64	0	0	64
Wertgemindert	0	0	2	0	2
Nicht geratet	18	0	0	0	18
Bruttobuchwert	2.611	250	2	0	2.864
Kumulierte Wertminderungen	-1	-9	-2	0	-12
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-46	4	0	0	-42
Buchwert	2.564	244	1	0	2.810

(18) Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Eigenkapitalinstrumente	1	8
Sonstige Finanzunternehmen	1	7
Nicht-Finanzunternehmen	0	1
Schuldverschreibungen	371	374
Regierungen	141	146
Kreditinstitute	23	25
Sonstige Finanzunternehmen	190	185
Nicht-Finanzunternehmen	18	18
Kredite und Forderungen	568	567
Regierungen	1	1
Kreditinstitute	2	2
Sonstige Finanzunternehmen	24	24
Nicht-Finanzunternehmen	77	76
Haushalte	464	464
Gesamt	940	949

(19) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – Designated Fair Value Through Profit/Loss

Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Schuldverschreibungen	174	185
Regierungen	152	155
Kreditinstitute	15	22
Nicht-Finanzunternehmen	8	8
Gesamt	174	185

Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20	20
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	20	20
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22	22
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit	22	22
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.054	1.046
Hybride Verträge	0	1
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	1.054	1.046
davon nicht wandelbar	1.054	1.046
Gesamt	1.096	1.088
davon nachrangige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0

(20) Finanzielle Vermögenswerte – Held For Trading

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Derivate	3.670	3.774
Zinssatzverträge	2.649	2.719
Eigenkapitalverträge	367	201
Wechselkurs- und Goldverträge	580	797
Kreditverträge	40	26
Waretermingeschäfte	1	1
Andere	33	31
Eigenkapitalinstrumente	511	426
Kreditinstitute	57	50
Sonstige Finanzunternehmen	170	126
Nicht-Finanzunternehmen	284	250
Schuldverschreibungen	2.389	1.583
Zentralbanken	58	64
Regierungen	2.022	1.210
Kreditinstitute	215	224
Sonstige Finanzunternehmen	24	22
Nicht-Finanzunternehmen	69	64
Gesamt	6.570	5.783

Innerhalb des Postens finanzielle Vermögenswerte – Held for Trading betragen die als Sicherheit gestellten Wertpapiere, zu deren Verkauf oder Verpfändung der Empfänger berechtigt ist, € 45 Millionen (Vorjahr: € 46 Millionen). Der Anstieg der Schuldverschreibungen resultierte vorwiegend aus Zukäufen von Staatsanleihen in der Konzernzentrale.

Derivative Finanzinstrumente

30.6.2024	Nominalwert	Marktwert	
in € Millionen		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	189.765	3.430	-3.054
Zinssatzverträge	135.063	2.456	-2.514
Eigenkapitalverträge	4.060	367	-101
Wechselkurs- und Goldverträge	46.898	533	-409
Kreditverträge	2.404	40	-26
Waretermingeschäfte	26	1	0
Andere	1.314	33	-5
Bankbuch	16.742	240	-169
Zinssatzverträge	10.682	193	-96
Wechselkurs- und Goldverträge	6.040	47	-49
Kreditverträge	20	0	-24
Gesamt	206.507	3.670	-3.223
OTC-Produkte	202.150	3.645	-3.151
Börsengehandelte Produkte	4.357	25	-72

31.12.2023	Nominalwert	Marktwert	
in € Millionen		Aktiva	Passiva
Handelsbuch	186.235	3.467	-3.168
Zinssatzverträge	131.196	2.552	-2.598
Eigenkapitalverträge	5.057	201	-2
Wechselkurs- und Goldverträge	47.559	656	-541
Kreditverträge	1.341	26	-20
Waretermingeschäfte	21	1	0
Andere	1.061	31	-7
Bankbuch	17.106	307	-211
Zinssatzverträge	11.945	167	-88
Wechselkurs- und Goldverträge	5.141	140	-109
Kreditverträge	20	0	-15
Gesamt	203.341	3.774	-3.379
OTC-Produkte	199.937	3.759	-3.366
Börsengehandelte Produkte	3.404	15	-13

(21) Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Derivate	3.223	3.379
Zinssatzverträge	2.610	2.686
Eigenkapitalverträge	101	2
Wechselkurs- und Goldverträge	458	650
Kreditverträge	50	35
Andere	5	7
Short-Positionen	484	567
Eigenkapitalinstrumente	11	11
Schuldverschreibungen	473	556
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.923	4.517
Hybride Verträge	4.923	4.517
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	1
Gesamt	8.632	8.463

(22) Hedge Accounting und Fair-Value Anpassungen aus Portfolio-Fair-Value-Hedges

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	372	392
Zinssatzverträge	372	392
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	1	1
Zinssatzverträge	1	1
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	1	5
Positive Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	701	762
Cash-Flow Hedge	146	151
Fair Value Hedge	555	611
Gesamt	1.075	1.160

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-447	-365
Gesamt	-447	-365

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Fair-Value-Hedge	402	491
Zinssatzverträge	402	491
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Mikro-Cash-Flow-Hedge	0	0
Zinssatzverträge	0	0
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Net Investment Hedge	3	13
Negative Fair Values derivativer Finanzinstrumente aus Portfolio Hedge	960	962
Cash-Flow Hedge	198	107
Fair Value Hedge	763	854
Gesamt	1.366	1.466

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Fair-Value-Anpassungen des abgesicherten Zinsrisikos aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	-551	-514
Gesamt	-551	-514

30.6.2024 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	65.063	1.075	-1.366
Zinssatzverträge	63.958	1.074	-1.362
Wechselkurs- und Goldverträge	1.105	1	-3
Gesamt	65.063	1.075	-1.366

31.12.2023 in € Millionen	Nominalwert	Marktwert	
		Aktiva	Passiva
Absicherungsinstrumente	62.055	1.160	-1.466
Zinssatzverträge	60.285	1.152	-1.445
Wechselkurs- und Goldverträge	1.771	8	-20
Gesamt	62.055	1.160	-1.466

(23) Erläuterungen Fair Value von Finanzinstrumenten

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den folgenden Tabellen nach Bilanzposten gegliedert dargestellt.

Aktiva in € Millionen	30.6.2024			31.12.2023		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	2.583	3.974	13	1.629	4.140	14
Derivate	3	3.667	0	3	3.771	0
Eigenkapitalinstrumente	489	22	0	410	12	4
Schuldverschreibungen	2.091	285	13	1.216	357	10
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	286	39	615	295	38	616
Eigenkapitalinstrumente	1	0	0	1	6	1
Schuldverschreibungen	285	39	48	294	32	48
Kredite und Forderungen	0	0	568	0	0	567
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	156	18	0	160	25	0
Schuldverschreibungen	156	18	0	160	25	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.072	446	257	2.238	495	259
Eigenkapitalinstrumente	20	0	165	20	0	162
Schuldverschreibungen	3.052	446	92	2.218	495	97
Hedge Accounting	0	1.075	0	0	1.160	0

Passiva in € Millionen	30.6.2024			31.12.2023		
	Level I	Level II	Level III	Level I	Level II	Level III
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	482	8.150	0	559	7.904	0
Derivate	1	3.222	0	3	3.376	0
Short-Positionen	480	4	0	556	11	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	4.923	0	0	4.517	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	1	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten - Designated Fair Value Through Profit/Loss	0	1.096	0	0	1.088	0
Einlagen	0	42	0	0	42	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	1.054	0	0	1.046	0
Hedge Accounting	0	1.366	0	0	1.466	0

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten zwischen Level I und Level II

Bei den Verschiebungen von Level II zu Level I handelte es sich um Anleihen in Höhe von € 5 Millionen, für die zum Zeitpunkt des Transfers Marktwerte zur Verfügung standen. Es kam zu keinen Umgliederungen von Level I auf Level II.

Bewegungen von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Level III

Der Gesamtbestand an Level-III-Vermögenswerten reduzierte sich in der Berichtsperiode um netto € 4 Millionen. Bei den Finanzinstrumenten, die verpflichtend zum Fair Value bilanziert werden müssen, kam es zu einer Reduktion um netto € 1 Million, im Wesentlichen durch Abgänge in Ungarn und Österreich. In der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income kam es zu einer Reduktion um netto € 2 Millionen, hauptsächlich durch Abgänge in Österreich. In der Bewertungskategorie finanzielle Vermögenswerte - Held for Trading reduzierte sich das Volumen der Staatsanleihen um netto € 1 Million, vorwiegend aufgrund von Verkäufen in Albanien und Bewertungsverlusten. In der Gesamtnettoveränderung von € 4 Millionen waren netto rund € 1 Million Wechselkursschwankungen enthalten.

Aktiva in € Millionen	Stand 1.1.2024	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	14	0	2	26	-27
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	616	0	-2	42	-41
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	259	-6	0	7	-7
Gesamt	889	-6	1	76	-75

Aktiva in € Millionen	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2024
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	-2	0	0	0	13
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	-1	0	0	0	615
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	3	0	0	257
Gesamt	-3	3	0	0	886

Passiva in € Millionen ¹	Stand 1.1.2024	Änderung Konsolidierungskreis	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

Passiva in € Millionen ¹	Erfolg in GuV	Erfolg im sonstigen Ergebnis	Transfer in Level III	Transfer aus Level III	Stand 30.6.2024
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Qualitative Informationen zur Bewertung von Level-III-Finanzinstrumenten

Aktiva	Marktwert in € Millionen ¹	Bewertungsmethode	Wesentliche nicht beobachtbare Input-Faktoren	Umfang der nicht beobachtbaren Input-Faktoren
30.6.2024				
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	13			
Ergänzungskapital	0	Indicative Prices (Richtpreise)	Indikationen	-
Staatsanleihen, festverzinsliche Anleihen	13	DCF-Verfahren	Kreditspanne	2,28 - 51,74%
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinssatz	10 - 30%
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	615			
Sonstige Beteiligungen	0	Vereinfachte Kapitalwertmethode Expertenmeinung	-	-
Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	48	Nettovermögen Finanzierungsauktion/Transaktionskosten Marktpreisindikation	(Auktions-) Preis	
Kredite	568	Retail: DCF-Verfahren (Black-Scholes, Vorfälligkeitsoptionen, Widerrufsmöglichkeit usw.) Non-Retail: DCF-Verfahren/ Optionsbewertung (Black-Scholes (shifted) Model; Hull-White Trinominal Tree)	Spanne (Neugeschäft) Funding-Kurven (Liquiditätskosten) Kreditrisikoprämie (CDS-Kurven)	1,08 - 3,42% über alle Währungen -0,15 - 3,47% über alle Währungen 0,11 - 10,08% (abhängig vom rating: von A bis CCC)
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	257			
Sonstige Beteiligungen	48	Dividend Discount Model Vereinfachte Ertragswertmethode DCF-Verfahren	Kreditspanne Cash-Flow Diskontierungszinssatz Dividenden Beta-Faktor	-
Sonstige Beteiligungen	61	Adjustierte Nettoinventarwertmethode	Angepasstes Eigenkapital	-
Sonstige Beteiligungen	56	Multiplikatormethode Transaktionspreis Anschaffungskosten Kostenannäherung Bewertungsgutachten (Expertenmeinung) Kostenansatz abzüglich Wertminderung	EV/Sales EV/EBIT P/E P/B	-
Staatsanleihen, Kommunalschuldverschreibungen	92	DCF-Verfahren	Zinssatz	-
Gesamt	886			
Passiva				
30.6.2024				
Finanzielle Verbindlichkeiten - Held For Trading	0			
Devisentermingeschäfte	0	DCF-Verfahren	Zinssatz	10 - 30%
Gesamt	0			

¹ Werte, die mit 0 angegeben werden, enthalten Marktwerte unter einer halben Million €.

Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Eigenkapital

(24) Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Anteile an verbundenen Unternehmen	205	187
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	681	632
Gesamt	886	820

(25) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Sachanlagen	1.748	1.672
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude	503	454
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Sachanlagen	337	341
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	415	412
Sonstige vermietete Leasinganlagen	116	108
Nutzungsrechte	377	357
Immaterielle Vermögenswerte	994	970
Software	876	843
Firmenwerte	38	38
Marke	1	2
Kundenbeziehungen	11	13
Kerneinlagen	47	51
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	21	23
Gesamt	2.742	2.641

(26) Sonstige Aktiva

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Rechnungsabgrenzungen	347	340
Vorräte und Aufwendungen für noch nicht abrechenbare Leistungen	210	157
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	15	12
Übrige Aktiva	1.133	743
Gesamt	1.705	1.253

(27) Rückstellungen

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	219	206
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IFRS 9	218	204
Sonstige erteilte Zusagen und Garantien gemäß IAS 37	1	2
Personalarückstellungen	429	507
Pensionen und andere Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	185	182
Andere langfristig fällige Leistungen an Mitarbeiter	38	47
Bonuszahlungen	204	275
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3
Andere Rückstellungen	1.109	931
Anhängige Rechts- und Steuerfälle	846	636
Restrukturierung	5	6
Belastende Verträge	61	60
Sonstige Rückstellungen	196	229
Gesamt	1.756	1.644

Details zu den Rückstellungen für anhängige Rechts- und Steuerfälle sind unter Punkt (38) Offene Rechtsfälle ersichtlich.

(28) Sonstige Passiva

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Verbindlichkeiten für unverbrauchte Urlaube	93	74
Verbindlichkeiten aus Versicherungsaktivitäten	290	280
Rechnungsabgrenzungsposten	598	564
Übrige Passiva	338	330
Gesamt	1.318	1.248

(29) Eigenkapital und nicht beherrschende Anteile

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Konzern-Eigenkapital	18.227	17.009
Gezeichnetes Kapital	1.002	1.002
Kapitalrücklagen	4.989	4.988
Gewinnrücklagen	16.467	15.600
davon Konzernergebnis	1.324	2.386
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-4.232	-4.580
Kapital nicht beherrschender Anteile	1.247	1.231
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.616	1.610
Gesamt	21.090	19.849

Zum 30. Juni 2024 betrug das Grundkapital der RBI AG gemäß Satzung € 1.003 Millionen und bestand aus 328.939.621 nennwertlosen Stückaktien (Inhaberaktien). Nach Abzug der im Eigenbestand befindlichen 532.478 Aktien betrug das ausgewiesene gezeichnete Kapital € 1.002 Millionen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(30) Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Erteilte Kreditzusagen	37.149	36.601
Erteilte Finanzgarantien	9.240	9.761
Sonstige erteilte Zusagen	5.598	4.939
Gesamt	51.987	51.301
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-218	-204

Zusätzlich zu den dargestellten Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9 wurden Rückstellungen für sonstige erteilte Zusagen gemäß IAS 37 in Höhe von € 1 Million gebildet (Vorjahr: € 2 Millionen).

Nominalwert und Rückstellungen für die außerbilanziellen Verbindlichkeiten aus Zusagen und Finanzgarantien nach IFRS 9 nach Gegenparteien und Stages – in Übereinstimmung mit § 51 Abs 13 BWG:

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
	30.6.2024								
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,1%	-	-
Regierungen	285	13	20	0	0	-1	0,0%	0,4%	5,0%
Kreditinstitute	2.240	204	0	0	0	0	0,0%	0,1%	-
Sonstige Finanzunternehmen	6.188	486	0	-4	-12	0	0,1%	2,4%	-
Nicht-Finanzunternehmen	31.661	4.169	100	-54	-85	-33	0,2%	2,0%	33,0%
Haushalte	5.752	851	18	-10	-7	-13	0,2%	0,8%	70,9%
Gesamt	46.126	5.723	138	-67	-103	-47	0,1%	1,8%	34,0%

in € Millionen	Nominalwert			Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9			ECL Coverage Ratio		
	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Stage 1	Stage 2	Stage 3
	31.12.2023								
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0,2%	-	-
Regierungen	219	4	20	0	0	0	0,0%	3,8%	0,0%
Kreditinstitute	2.142	260	0	0	-1	0	0,0%	0,5%	-
Sonstige Finanzunternehmen	5.999	511	4	-10	-5	-3	0,2%	0,9%	68,7%
Nicht-Finanzunternehmen	30.883	4.915	109	-38	-82	-36	0,1%	1,7%	33,2%
Haushalte	5.334	886	15	-11	-8	-10	0,2%	0,9%	66,9%
Gesamt	44.577	6.576	149	-58	-96	-49	0,1%	1,5%	33,2%

Entwicklung der Rückstellungen auf erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen:

in € Millionen	Stage 1	Stage 2	Stage 3	Gesamt
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	
Stand 1.1.2024	58	96	49	204
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	25	12	1	39
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-10	-8	-5	-24
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-5	1	2	-3
Wechselkurse und andere	0	3	0	2
Stand 30.6.2024	67	103	47	218

	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
in € Millionen				
Stand 1.1.2023	64	115	56	236
Erhöhung aufgrund von Entstehung und Anschaffung	22	23	3	48
Verminderung aufgrund von Ausbuchungen (Derecognition)	-9	-29	-6	-44
Änderungen im Kreditrisiko (Netto)	-16	0	-6	-22
Wechselkurse und andere	-2	-4	-1	-7
Stand 30.6.2023	59	106	45	210

Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen nach Rating-Kategorien und Stages:

	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
30.6.2024				
in € Millionen				
Exzellente	935	160	0	1.094
Sehr gut	18.125	1.281	0	19.406
Gut	19.895	2.401	0	22.296
Zufriedenstellend	4.711	1.486	0	6.196
Unterdurchschnittlich	105	247	0	352
Wertgemindert	0	0	137	137
Nicht geratet	2.356	148	1	2.506
Nominalwert	46.126	5.723	138	51.987
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-67	-103	-47	-218
Nominalwert nach Rückstellungen	46.058	5.619	91	51.769

	Stage 1 Erwarteter 12- Monats-Verlust	Stage 2 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Stage 3 Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Gesamt
31.12.2023				
in € Millionen				
Exzellente	415	73	0	488
Sehr gut	18.297	1.320	0	19.616
Gut	18.929	3.009	0	21.938
Zufriedenstellend	4.969	1.687	0	6.656
Unterdurchschnittlich	92	414	0	506
Wertgemindert	0	0	148	148
Nicht geratet	1.875	73	0	1.948
Nominalwert	44.577	6.576	149	51.301
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken gemäß IFRS 9	-58	-96	-49	-204
Nominalwert nach Rückstellungen	44.518	6.480	99	51.098

Die Kategorie nicht geratet beinhaltet außerbilanzielle Verpflichtungen für einige Privatkunden, für die keine Ratings verfügbar sind und die Einstufung daher auf qualitativen Faktoren basiert.

(31) Zukunftsorientierte Informationen

Nachstehend sind die wichtigsten makroökonomischen Annahmen der wesentlichsten Länder, die für Schätzungen der erwarteten Kreditverluste am Ende des Quartals verwendet wurden, angegeben. (Quelle: Raiffeisen Research, Mai 2024)

Da weder in der Ukraine noch in Belarus 10-jährige Staatsanleihen begeben werden, gibt es bei diesen Ländern keine Angaben zum langfristigen Anleihezinssatz. Aufgrund der aktuellen Umstände in der Ukraine werden zurzeit keine makroökonomischen Annahmen zu den Immobilienpreisen getroffen. In Belarus gibt es momentan auch kein reguläres Finanzinstrument für den kurzfristigen Zinssatz.

		Reales BIP			Arbeitslosigkeit		
		2024	2025	2026	2024	2025	2026
Kroatien	Positives Szenario	4,5%	4,8%	3,3%	5,3%	4,8%	5,5%
	Basis	3,0%	2,6%	2,6%	6,0%	5,9%	5,9%
	Negatives Szenario	0,7%	-0,8%	1,5%	7,6%	8,4%	6,7%
Ukraine	Positives Szenario	7,8%	10,8%	7,4%	11,5%	8,3%	7,8%
	Basis	4,9%	6,5%	6,0%	12,0%	9,0%	8,0%
	Negatives Szenario	0,5%	-0,1%	3,8%	13,1%	10,7%	8,6%
Belarus	Positives Szenario	3,5%	4,2%	2,7%	3,8%	3,8%	3,9%
	Basis	2,0%	2,0%	2,0%	4,0%	4,0%	4,0%
	Negatives Szenario	-0,2%	-1,3%	0,9%	4,4%	4,5%	4,2%
Österreich	Positives Szenario	1,0%	2,6%	1,8%	5,3%	5,0%	4,7%
	Basis	0,2%	1,4%	1,4%	5,4%	5,2%	4,8%
	Negatives Szenario	-1,0%	-0,4%	0,8%	5,7%	5,7%	5,0%
Polen	Positives Szenario	3,8%	4,9%	3,9%	4,3%	3,9%	5,2%
	Basis	3,1%	3,8%	3,5%	5,2%	5,3%	5,7%
	Negatives Szenario	2,0%	2,2%	3,0%	7,3%	8,4%	6,7%
Russland	Positives Szenario	3,8%	2,9%	1,6%	2,2%	2,5%	3,3%
	Basis	2,5%	0,9%	0,9%	2,5%	3,0%	3,5%
	Negatives Szenario	0,5%	-2,1%	-0,1%	3,3%	4,1%	3,9%
Rumänien	Positives Szenario	3,7%	5,4%	3,6%	5,2%	4,8%	4,7%
	Basis	2,4%	3,5%	3,0%	5,4%	5,2%	4,9%
	Negatives Szenario	0,4%	0,6%	2,0%	6,0%	6,0%	5,1%
Slowakei	Positives Szenario	3,2%	3,8%	3,2%	5,0%	4,5%	4,4%
	Basis	2,1%	2,1%	2,6%	5,8%	5,8%	5,5%
	Negatives Szenario	0,4%	-0,5%	1,8%	7,8%	8,7%	6,5%
Tschechien	Positives Szenario	2,5%	4,4%	3,3%	3,5%	3,1%	3,2%
	Basis	1,5%	2,9%	2,8%	3,8%	3,6%	3,4%
	Negatives Szenario	0,0%	0,6%	2,0%	4,5%	4,6%	3,7%
Ungarn	Positives Szenario	3,2%	5,0%	4,5%	3,4%	3,1%	3,4%
	Basis	2,2%	3,4%	4,0%	3,9%	3,8%	3,7%
	Negatives Szenario	0,6%	1,1%	3,2%	4,9%	5,3%	4,2%

		Langfristiger Anleihezinssatz			Immobilienpreise		
		2024	2025	2026	2024	2025	2026
Kroatien	Positives Szenario	2,1%	1,5%	2,6%	9,1%	8,8%	4,9%
	Basis	3,2%	3,1%	3,2%	4,8%	2,4%	2,8%
	Negatives Szenario	4,2%	4,6%	3,6%	1,6%	-2,4%	1,2%
Ukraine	Positives Szenario	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
	Basis	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
	Negatives Szenario	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
Belarus	Positives Szenario	n/a	n/a	n/a	16,1%	19,7%	10,6%
	Basis	n/a	n/a	n/a	7,0%	6,0%	6,0%
	Negatives Szenario	n/a	n/a	n/a	0,2%	-4,2%	2,6%
Österreich	Positives Szenario	1,8%	1,1%	2,0%	-5,9%	4,2%	2,1%
	Basis	2,8%	2,6%	2,5%	-8,0%	1,0%	1,0%
	Negatives Szenario	3,7%	3,9%	2,9%	-9,6%	-1,4%	0,2%
Polen	Positives Szenario	4,1%	3,0%	3,3%	13,0%	9,5%	5,5%
	Basis	5,4%	5,0%	4,0%	10,0%	5,0%	4,0%
	Negatives Szenario	6,6%	6,8%	4,6%	7,8%	1,6%	2,9%
Russland	Positives Szenario	11,8%	9,2%	7,8%	9,6%	15,4%	5,8%
	Basis	12,7%	10,5%	8,3%	0,0%	1,0%	1,0%
	Negatives Szenario	13,5%	11,8%	8,3%	-7,1%	-9,7%	-2,6%
Rumänien	Positives Szenario	5,5%	4,5%	4,9%	7,3%	9,0%	5,2%
	Basis	6,7%	6,2%	5,5%	4,0%	4,0%	3,5%
	Negatives Szenario	7,8%	7,8%	6,0%	1,5%	0,3%	2,3%
Slowakei	Positives Szenario	2,6%	1,7%	2,6%	9,2%	12,8%	6,1%
	Basis	3,5%	3,2%	3,1%	3,0%	3,5%	3,0%
	Negatives Szenario	4,4%	4,5%	3,5%	-1,6%	-3,4%	0,7%
Tschechien	Positives Szenario	2,8%	1,9%	2,8%	7,1%	9,1%	5,0%
	Basis	3,8%	3,3%	3,3%	3,0%	3,0%	3,0%
	Negatives Szenario	4,6%	4,7%	3,7%	0,0%	-1,5%	1,5%
Ungarn	Positives Szenario	4,9%	4,0%	5,2%	8,0%	11,0%	6,0%
	Basis	6,1%	5,9%	5,8%	3,0%	3,5%	3,5%
	Negatives Szenario	7,2%	7,6%	6,4%	-0,7%	-2,1%	1,6%

		Verbraucherpreisindex			Kurzfristiger Zinssatz		
		2024	2025	2026	2024	2025	2026
Kroatien	Positives Szenario	2,4%	1,2%	1,5%	2,7%	1,4%	1,8%
	Basis	3,3%	2,6%	2,0%	3,7%	2,8%	2,2%
	Negatives Szenario	4,2%	3,9%	2,4%	4,4%	3,9%	2,6%
Ukraine	Positives Szenario	2,4%	2,3%	4,7%	18,3%	11,5%	10,6%
	Basis	6,1%	7,8%	6,5%	20,8%	15,4%	11,9%
	Negatives Szenario	9,5%	12,9%	8,2%	22,9%	18,5%	12,9%
Belarus	Positives Szenario	1,0%	-1,3%	4,2%	n/a	n/a	n/a
	Basis	7,6%	8,6%	7,5%	n/a	n/a	n/a
	Negatives Szenario	13,8%	17,9%	10,6%	n/a	n/a	n/a
Österreich	Positives Szenario	3,2%	1,8%	2,2%	2,7%	1,4%	1,8%
	Basis	3,9%	2,8%	2,5%	3,7%	2,8%	2,2%
	Negatives Szenario	4,5%	3,7%	2,8%	4,4%	3,9%	2,6%
Polen	Positives Szenario	2,7%	1,5%	2,3%	3,5%	1,6%	2,1%
	Basis	4,0%	3,5%	3,0%	5,8%	5,0%	3,2%
	Negatives Szenario	5,2%	5,3%	3,6%	7,7%	7,8%	4,2%
Russland	Positives Szenario	5,1%	4,5%	4,0%	13,5%	7,2%	6,5%
	Basis	7,0%	5,0%	4,2%	15,1%	9,5%	7,3%
	Negatives Szenario	8,7%	7,6%	5,1%	16,4%	11,5%	7,3%
Rumänien	Positives Szenario	3,8%	1,9%	2,6%	4,1%	2,5%	3,6%
	Basis	5,1%	3,9%	3,3%	6,0%	5,4%	4,6%
	Negatives Szenario	6,3%	5,8%	3,9%	7,5%	7,7%	5,3%
Slowakei	Positives Szenario	1,9%	1,9%	1,7%	2,7%	1,4%	1,8%
	Basis	3,3%	3,9%	2,4%	3,7%	2,8%	2,2%
	Negatives Szenario	4,5%	5,8%	3,0%	4,4%	3,9%	2,6%
Tschechien	Positives Szenario	1,3%	0,6%	1,5%	3,6%	1,8%	2,7%
	Basis	2,5%	2,4%	2,1%	4,6%	3,3%	3,3%
	Negatives Szenario	3,6%	4,1%	2,7%	5,4%	4,6%	3,7%
Ungarn	Positives Szenario	2,3%	1,3%	2,5%	5,0%	2,4%	3,8%
	Basis	3,8%	3,5%	3,3%	7,3%	5,8%	4,9%
	Negatives Szenario	5,2%	5,6%	3,9%	9,1%	8,5%	5,8%

Den einzelnen Szenarien wurden per Quartalsende folgende Gewichtungen zugeteilt: Positives Szenario 25 Prozent, Basis-Szenario 50 Prozent, negatives Szenario 25 Prozent.

Overlays und sonstige Risikofaktoren

In Situationen, in denen die bestehenden Input-Parameter, Annahmen und Modellierungen nicht alle relevanten Risikofaktoren abdecken, sind Post-Model-Adjustments und spezielle Risikofaktoren die wichtigsten Arten von Overlays. Dies ist grundsätzlich dann der Fall, wenn vorübergehende Umstände, zeitliche Engpässe, um relevante neue Informationen angemessen in das Rating einzubeziehen, vorliegen und wenn sich einzelne Kredite innerhalb eines Kreditportfolios anders als ursprünglich erwartet entwickeln. Durch die gegebene Situation, insbesondere dem Krieg in der Ukraine, und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Verwerfungen ist es notwendig, zusätzliche Risiken in den Wertminderungen abzubilden. All diese Anpassungen werden lokal von den Tochterunternehmen beschlossen und zentral durch das Group Risk Committee (GRC) freigegeben. Es kommt zu portfoliospezifischen Anpassungen aufgrund des Krieges und der damit einhergehenden Sanktionen, die in der Kategorie geopolitisches Risiko dargestellt werden.

Für die zentralen Modelle im Bereich der Firmenkunden wurde das zusätzliche Risiko über Risikofaktoren abgebildet, während im lokalen Retail-Portfolio die Risiken zusätzlich zu den Modellen angewendet wurden. Für Retail-Forderungen sind Post-Model-Adjustments die wichtigsten Arten von Overlays, die für die Berechnung der erwarteten Kreditverluste angewendet werden. Generell sind Post-Model-Adjustments nur eine temporäre Lösung. Um potenzielle Verzerrungen durch Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments zu vermeiden, sind diese temporär und typischerweise nicht länger als ein bis zwei Jahre gültig. Im Vergleich zu den Post-Model-Adjustments haben die sonstigen Risikofaktoren einen etwas längeren Zeithorizont, da zum Beispiel Sanktionsrisiken länger bestehen können. Deshalb kommt es bei den Retail relevanten ECL-Overlays, aufgrund eines kürzeren Zeithorizontes zu früheren In-Modell-Anpassungen.

Die Overlays sind in nachfolgender Tabelle nach den relevanten Kategorien dargestellt.

30.6.2024	Modellierter ECL	Sonstige Risikofaktoren		Post-Model-Adjustments		Gesamt
in € Millionen		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
Zentralbanken	1	0	0	0	0	1
Regierungen	83	1	10	0	0	94
Kreditinstitute	3	0	5	0	0	9
Sonstige Finanzunternehmen	118	0	0	0	0	118
Nicht-Finanzunternehmen	113	315	343	9	5	784
Haushalte	297	0	0	91	10	398
Gesamt	616	315	358	100	15	1.404

31.12.2023	Modellierter ECL	Sonstige Risikofaktoren		Post-Model-Adjustments		Gesamt
in € Millionen		Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	Makroökonomisches Risiko	Geopolitisches Risiko	
Zentralbanken	0	0	0	0	0	0
Regierungen	86	1	10	0	0	97
Kreditinstitute	5	0	15	0	0	20
Sonstige Finanzunternehmen	126	0	0	0	0	126
Nicht-Finanzunternehmen	163	239	382	10	4	797
Haushalte	360	0	0	96	9	466
Gesamt	740	239	407	106	13	1.505

Overlays führten zu zusätzlichen Risikovorsorgen in Stage 1 und Stage 2 in Höhe von € 788 Millionen (Vorjahr: € 765 Millionen). Davon entfielen € 372 Millionen (Vorjahr: € 420 Millionen) auf geopolitische Risiken und € 415 Millionen (Vorjahr: € 345 Millionen) auf makroökonomische Risiken (Spill-Over-Effekte und sonstige). In den Spill-Over Effekten wurde ein Betrag in Höhe von € 17 Millionen (Vorjahr € 13 Millionen) aufgrund von Klimarisiken gebucht. Davon betreffen € 10 Millionen (Vorjahr: € 4 Millionen) Firmenkunden und € 7 Millionen (Vorjahr: € 9 Millionen) Retail-Kunden.

Sonstige Risikofaktoren

Für Firmenkunden wurden zusätzliche Wertminderungen in Höhe von € 315 Millionen (Vorjahr: € 239 Millionen) für makroökonomische Effekte gebildet. Per Ende Juni 2024 beinhalteten diese Effekte nur noch die sogenannten Spill-Over-Effekte. Dabei handelt es sich um Risiken, welche über die länderspezifische Branchenmatrix hinausgehen. Unter den makroökonomischen Risiken subsumieren sich erwartete Herabstufungen von Unternehmen z. B. aufgrund höherer Energiepreise, einer erhöhten Inflation, von Engpässen in Lieferketten sowie geringerer Umsätze und höherer Kosten als Folge erhöhter Energiepreise, sogenannte Spill-Over-Effekte. Für EU- und US-Sanktionen (€ 283 Millionen) gegenüber Russland und Belarus sowie für die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine (€ 75 Millionen) wurden in Summe € 358 Millionen (Vorjahr: € 407 Millionen) vorgesorgt. Die Wertminderungen wurden unter Berücksichtigung des Kriegs, der Sanktionen und den daraus resultierenden Unsicherheiten sowie auf Basis der internen Überwachte Länder und Kontrollansätze der RBI gebildet. Für sonstige Risikofaktoren, die eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos darstellen, wurden auch die Exposures in Stage 2 übergeführt. Die zusätzlich gebildeten Vorsorgen in der Ukraine in Höhe von € 75 Millionen (Vorjahr: € 64 Millionen) ergaben sich aus der Modellierung einer anhaltenden Zerstörung (unter anderem der elektrischen Energieversorgung und den daraus resultierenden Blackouts) und einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten.

Um Klima- und Umweltrisiken zu berücksichtigen wurde für Firmenkunden die Möglichkeit eines kurzfristigen außerplanmäßigen Szenarios in Betracht gezogen, in dem CO2 Emissionen teurer werden und die Preise für fossile Energieträger höher sind. Bei einem diversifizierten Portfolio, wie dem der RBI, gleichen sich die Auswirkungen zwar weitgehend aus, in einigen Sektoren besteht jedoch ein erhöhtes Risiko. Dabei handelt es sich um Sektoren mit Kunden, die ein niedriges Umwelt Score in den ESG Scoring Modellen aufweisen, wie z. B. die Öl- und Gasindustrie und das Baugewerbe. Höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten in diesen Sektoren können zu einem Anstieg der erwarteten Kreditverluste führen.

Post-Model-Adjustments

Während des letzten Jahres waren die Retail-Kunden einem zunehmenden Inflationsdruck ausgesetzt, der ihre Fähigkeit zur Deckung ihrer Kreditverpflichtungen beeinträchtigt hatte. Als Teil der IFRS-9-Regelungen gibt es sowohl auf Länder- als auch auf Produktebene, PD- und LGD-Modelle, die der Notwendigkeit dienen, diese hohen Risiken, die sich aus dem makroökonomischen Umfeld ergeben, zu adressieren. Für bestimmte Länder und Portfolios, bei denen die makroökonomischen Modelle den wichtigsten makroökonomischen Variablen (Inflation, Zinssätze, Arbeitslosigkeit usw.) entweder hinterherhinken oder die nicht Teil des Modells sind, werden für bestimmte Kundengruppen mit hohem Risiko zusätzliche Post-Model-Adjustments gebildet. Diese beinhalten eine qualitative Beurteilung der Kreditobligos im Hinblick auf einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos und ihre Übertragung von Stage 1 auf Stage 2, sowie in bestimmten Fällen eine Erhöhung der PD- und/oder LGD-Schätzungen. Die Kriterien für die Identifizierung solcher Kreditobligos basierten auf Informationen des Kreditantrags sowie des historischen Zahlungsverhaltens und wurden in weiterer Folge durch gestresste makroökonomische Variablen verfeinert. Die

Auflösung der Post-Model-Adjustments erfolgt entweder nach Materialisierung der Risiken durch Transfer der betroffenen Forderungen nach Stage 3 oder dem Nichteintritt der erwarteten Risiken.

Für das ukrainische Retail-Kundenportfolio, das seit Kriegsbeginn vollständig in Stage 2 verschoben wurde, basiert die Bildung der Wertminderungen auf dem Urteil lokaler Experten, welches aus dem regelmäßigen Kontakt mit den einzelnen Kunden durch die Inkassoabteilung gewonnen wird. Des Weiteren finden strukturierte Kundengespräche statt, um über die Bedürfnisse und potenziellen Probleme, die die Rückzahlungsfähigkeit der Kunden beeinflussen könnten, auf dem Laufenden zu bleiben. Für Vermögenswerte und Kunden aus besetzten Regionen oder Gebieten, welche einem hohen Risiko von Feindseligkeiten oder Besetzungen ausgesetzt sind, wurden die Risikoparameter weiter nach oben angepasst, um die erwarteten künftigen Verluste auf der Grundlage der oben angeführten Erhebungen zu berücksichtigen. Zusätzlich wurde auch für das Retail-Portfolio der oben erwähnte Szenario-basierte Ansatz zur Quantifizierung potenzieller künftiger Verluste aus der sehr dynamischen Situation des Kriegs in der Ukraine angewandt, der zu zusätzlichen Wertminderungen in Höhe von € 15 Millionen (Vorjahr: € 13 Millionen) führte.

Derzeit werden die PD-, LGD -und Makromodelle für das Retail-Portfolio weiterentwickelt (voraussichtliche Umsetzung in Q3 2024), die zum einen die gestiegenen Ausfallraten der letzten zwei Jahre und zum anderen das neue Kundenverhalten widerspiegeln sollen. Des Weiteren wurde eine Top-Down-Beurteilung von Hypothekensicherheiten für Privatkunden vorgenommen, die ein sehr hohes physisches Risiko darstellen (Überschwemmungen, Erdbeben, Waldbrände) um Klima- und Umweltrisiken zu berücksichtigen. Insbesondere Land in der Nähe großer Flüsse, wie der Donau, führt zu einem höheren Risiko für Hypothekensicherheiten. Auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Daten wurden Hypothekarkredite, die ein erhöhtes Risiko aufweisen, kollektiv in Stage 2 übertragen, was zu einem höheren erwarteten Kreditverlust führt. In den nächsten Jahren werden die oben genannten klimabezogenen Aspekte weiterentwickelt und in die Parameter für die erwarteten Kreditverluste aufgenommen.

Sensitivitätsanalyse

Um eine Bandbreite für potenzielle Schätzungsänderungen und daraus geänderte Wertminderungen zu simulieren, wurden folgende Sensitivitätsanalysen der wichtigsten Annahmen, die sich auf die erwarteten Wertminderungen auswirken, wie folgt durchgeführt.

Die Sensitivitätsanalyse wurde durchgeführt, indem die Wertminderungen für erwartete Kreditverluste in den vorhandenen Modellen neu berechnet wurden. Die Risikofaktoren und Post-Model-Adjustments sind, bis auf die Stage-1-Simulationen, in allen Szenarien in vollem Umfang inkludiert und unterliegen keinen weiteren Anpassungen. Aufgrund der Komplexität des Modells schließen sich viele Treiber nicht gegenseitig aus.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen den ausgewiesenen kumulierten Wertminderungen für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 1 und Stage 2 (gewichtet mit 25 Prozent optimistischen, 50 Prozent Basis und 25 Prozent pessimistischen Szenarien) und den jeweils mit 100 Prozent gewichteten Szenarien. Optimistisches und pessimistisches Szenario stellen keine Extremfälle aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent optimistischsten und pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus. Das bedeutet, dass sich diese Szenarien auf der Verteilungskurve um circa 25 Prozent respektive 75 Prozent befinden. Grundsätzlich werden bei den IFRS-9-spezifischen Schätzungen der Risikoparameter neben historischen Ausfallinformationen insbesondere das aktuelle wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt. Die Auswirkungen der Schätzungen aufgrund von makroökonomischen Prognosen werden in der zukunftsbezogenen Komponente dargestellt. Die Informationen dienen der Veranschaulichung.

30.6.2024		Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
in € Millionen	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente	
100% Optimistisch	1.290	1.346	-56	
100% Basis	1.393	1.346	47	
100% Pessimistisch	1.542	1.346	196	
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.404	1.346	58	

31.12.2023		Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)		
in € Millionen	Simuliertes Szenario	Point-in-Time-Komponente	Zukunftsbezogene Komponente	
100% Optimistisch	1.389	1.386	2	
100% Basis	1.491	1.386	104	
100% Pessimistisch	1.648	1.386	262	
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.505	1.386	118	

Insgesamt sind die makroökonomischen Szenarien im Moment schlechter als der langjährige Durchschnitt, was zu einer Erhöhung der zukunftsbezogenen Komponente um € 58 Millionen führt.

Das positive Szenario, welches in der unten folgenden Tabelle dargestellt wird, folgt der Prämisse, dass alle Forderungen als Stage 1 klassifiziert werden und alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken nicht relevant sind.

Anbei werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der erwarteten Zwölf-Monats-Verluste bewertet werden (Stage 1), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.6.2024	31.12.2023
Kumulierte Wertminderungen wenn 100% in Stage 1	568	647
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.404	1.505
Zusätzliche Beträge in Stage 2 aufgrund von Staging und Overlays	836	857

Die Darstellung des Negativ-Szenarios geht davon aus, dass alle Forderungen als Stage 2 eingestuft werden. Folglich werden alle makroökonomischen und geopolitischen Risiken in dieser Analyse berücksichtigt.

In der folgenden Tabelle werden die Auswirkungen des Stage-Transfers auf die kumulierte Wertminderung für finanzielle Vermögenswerte unter der Annahme, dass alle kumulierten Wertminderungen auf der Grundlage der gesamten Restlaufzeit bewertet werden (Stage 2), ausgewiesen.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 1 und 2)	
	30.6.2024	31.12.2023
Kumulierte Wertminderungen wenn 100% in Stage 2	2.041	2.151
Gewichteter Durchschnitt (25/50/25%)	1.404	1.505
Zusätzliche Beträge in Stage 2	638	646

Die folgende Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen der ausgewiesenen kumulierten Wertminderung für erwartete Kreditverluste für finanzielle Vermögenswerte in Stage 3 und dem pessimistischen Szenario gewichtet mit 100 Prozent. Das pessimistische Szenario stellt keinen Extremfall aus dem Ergebnisraum der 25 Prozent pessimistischsten Szenarien dar, sondern einen ökonomisch plausiblen Repräsentanten daraus.

in € Millionen	Kumulierte Wertminderungen (Stage 3)	
	30.6.2024	31.12.2023
Pessimistisches Szenario	2.180	2.115
Gewichteter Durchschnitt	1.848	1.721
Erhöhung der Wertminderungen im pessimistischen Szenario	332	394

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag des Bruttobuchwerts und der Wertminderungen jener finanziellen Vermögenswerte – Amortized Cost und finanziellen Vermögenswerte – Fair Value Through Other Comprehensive Income, die sich in der Berichtsperiode von erwarteten Zwölf-Monats-Verlusten (Stage 1) hin zu erwarteten Verlusten über die Restlaufzeit (Stage 2 und 3) oder umgekehrt bewegt haben:

30.6.2024	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Verlust über die Restlaufzeit
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit						
	-4.418	4.418	-38	228	0,9%	5,2%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	-113	113	0	1	0,1%	0,7%
Kreditinstitute	-162	162	-1	1	0,7%	0,4%
Sonstige Finanzunternehmen	-376	376	-1	17	0,2%	4,5%
Nicht-Finanzunternehmen	-2.130	2.130	-18	97	0,9%	4,5%
Haushalte	-1.638	1.638	-18	113	1,1%	6,9%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
	4.920	-4.920	22	-134	0,4%	2,7%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	77	-77	0	-1	0,2%	1,9%
Kreditinstitute	57	-57	0	0	0,0%	0,3%
Sonstige Finanzunternehmen	697	-697	2	-18	0,3%	2,6%
Nicht-Finanzunternehmen	2.202	-2.202	12	-48	0,6%	2,2%
Haushalte	1.887	-1.887	8	-66	0,4%	3,5%

Der Anstieg der Wertminderungen aus der Bewegung vom erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit betrug € 190 Millionen (Vorjahr: € 390 Millionen). Der Rückgang der Wertminderungen aus der Bewegung

vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten Zwölf-Monats-Kreditverlust betrug € 112 Millionen (Vorjahr: € 92 Millionen).

31.12.2023	Bruttobuchwert		Wertminderungen		ECL Coverage Ratio	
	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit	Erwarteter 12-Monats-Verlust	Erwarteter Verlust über die Restlaufzeit
in € Millionen						
Bewegung vom erwarteten 12-Monats-Verlust zum erwarteten Verlust über die Restlaufzeit						
	-10.261	10.261	-66	721	0,6%	7,0%
Zentralbanken	-47	47	0	0	0,0%	0,0%
Regierungen	-103	103	-1	1	0,9%	1,2%
Kreditinstitute	-826	826	0	2	0,0%	0,3%
Sonstige Finanzunternehmen	-713	713	-4	49	0,5%	6,9%
Nicht-Finanzunternehmen	-3.306	3.306	-29	405	0,9%	12,2%
Haushalte	-5.266	5.266	-32	265	0,6%	5,0%
Bewegung vom erwarteten Verlust über die Restlaufzeit zum erwarteten 12-Monats-Verlust						
	4.688	-4.688	22	-159	0,5%	3,4%
Zentralbanken	0	0	0	0	-	-
Regierungen	97	-97	0	0	0,1%	0,3%
Kreditinstitute	24	-24	0	0	0,0%	0,1%
Sonstige Finanzunternehmen	168	-168	0	-1	0,1%	0,5%
Nicht-Finanzunternehmen	2.316	-2.316	13	-74	0,6%	3,2%
Haushalte	2.083	-2.083	8	-84	0,4%	4,0%

(32) Sicherheiten und maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle enthält Angaben zum maximalen Obligo als Grundlage für die nachfolgenden Angaben zu Sicherheiten:

30.6.2024	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	151.059	122.032
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	3.638	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	939	0	568
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	174	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.058	0	0
Bilanzposten	7.172	154.697	122.599
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	51.987	51.987
Gesamt	7.172	206.684	174.586

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

31.12.2023	Maximales Kreditrisikovolumen		
	Den Wertminderungs-vorschriften nicht unterliegend	Den Wertminderungs-vorschriften unterliegend	davon Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen
in € Millionen			
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	0	142.405	116.468
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income ¹	0	2.864	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	941	0	567
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	185	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	5.357	0	0
Bilanzposten	6.483	145.268	117.036
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	0	51.301	51.301
Gesamt	6.483	196.569	168.337

¹ Der Bruttobuchwert folgt der Definition nach FINREP in Annex V 1,34(b).

Um das Kreditrisiko zu mindern, wendet die RBI eine Reihe von Verfahren an, deren häufigstes die Hereinnahme von Sicherheiten im Kreditgeschäft ist. Beim Kreditvergabeprozess wird eine Bewertung der Sicherheiten vorgenommen, die dann in regelmäßigen Abständen mit verschiedenen Validierungsverfahren überprüft wird. Die wichtigsten Arten von Sicherheiten, die im Konzern akzeptiert werden, sind Wohn- und Gewerbeimmobilien, Finanzsicherheiten, Garantien und bewegliche Güter. Langfristige Finanzierungen sind im Allgemeinen besichert, während revolvingende Kreditfazilitäten üblicherweise nicht besichert sind. Schuldtitel sind überwiegend nicht besichert. Derivate können mit Barmitteln oder Aufrechnungsrahmenvereinbarungen besichert sein. Sicherheiten aus dem Leasinggeschäft betreffen vorwiegend den Wert des Leasingobjekts. Positionen, die unter den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten ausgewiesen sind, haben ein vernachlässigbares Kreditrisiko. Die Berücksichtigung von Sicherheiten erfolgt einheitlich auf Basis konzernweit angewendeten Richtlinien. Die Konzernrichtlinien für die Erlangung von Sicherheiten wurden während des Berichtszeitraums nicht wesentlich verändert, werden aber jährlich aktualisiert.

Die in den Tabellen ausgewiesenen Sicherheiten sind jeweils auf den Höchstbetrag des Bruttobuchwerts des finanziellen Vermögenswerts begrenzt. Die nachstehenden Tabellen zeigen Kredite und Forderungen ohne Handelsabsicht sowie Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen, die einer Wertminderung unterliegen:

30.6.2024 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten
Zentralbanken	9.801	8.586	1.216
Regierungen	3.282	939	2.344
Kreditinstitute	7.923	5.331	2.592
Sonstige Finanzunternehmen	12.100	5.919	6.181
Nicht-Finanzunternehmen	48.384	21.625	26.759
Haushalte	41.108	26.847	14.261
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	51.987	5.888	46.099
Gesamt	174.586	75.133	99.453

31.12.2023 in € Millionen	Maximales Kreditrisikovolumen ¹	Fair Value der Sicherheiten	Obligo abzüglich Fair Value der Sicherheiten ¹
Zentralbanken	7.860	6.415	1.444
Regierungen	2.628	929	1.699
Kreditinstitute	6.857	4.868	1.989
Sonstige Finanzunternehmen	10.723	4.453	6.270
Nicht-Finanzunternehmen	48.168	21.603	26.565
Haushalte	40.799	27.134	13.665
Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	51.301	6.113	45.188
Gesamt	168.337	71.516	96.821

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Mehr als die Hälfte der Sicherheiten, die von der RBI berücksichtigt werden können, betreffen die Besicherung von Krediten durch Immobilien, von denen rund 70 Prozent Wohnimmobilien sind. Zusätzliche Sicherheiten stammen im Wesentlichen aus erhaltenen Garantien, welche unter anderem Reverse-Repo- und Wertpapierleihgeschäfte umfassen.

(33) Übertragene Vermögenswerte

Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Finanzinstrumente:

30.6.2024 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkauf- vereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	39	0	39	39	0	39
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	29	0	29	28	0	28
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	8.466	82	8.384	8.325	67	8.258
Gesamt	8.535	82	8.452	8.392	67	8.325

31.12.2023 in € Millionen	Übertragene Vermögenswerte			Erhaltene Sicherheitsleistungen		
	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung	Buchwert	davon Verbriefungen	davon Rückkaufvereinbarung
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	42	0	42	42	0	42
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	2.071	83	1.988	1.919	67	1.852
Gesamt	2.112	83	2.030	1.961	67	1.893

(34) Als Sicherheit verpfändete und erheblich beschränkte Vermögenswerte

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten:

in € Millionen	30.6.2024		31.12.2023	
	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt	Verpfändet	Ansonsten mit Verbindlichkeiten beschränkt
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	45	0	46	0
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	14	0	13	0
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	369	0	441	57
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	18.330	1.359	15.818	1.428
Gesamt	18.759	1.359	16.318	1.485

Der Konzern hat Sicherheiten erhalten, deren Verkauf oder Weiterverpfändung zulässig ist, wenn im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, Wertpapierleih-, Derivat- oder sonstigen Transaktionen kein Ausfall eintritt.

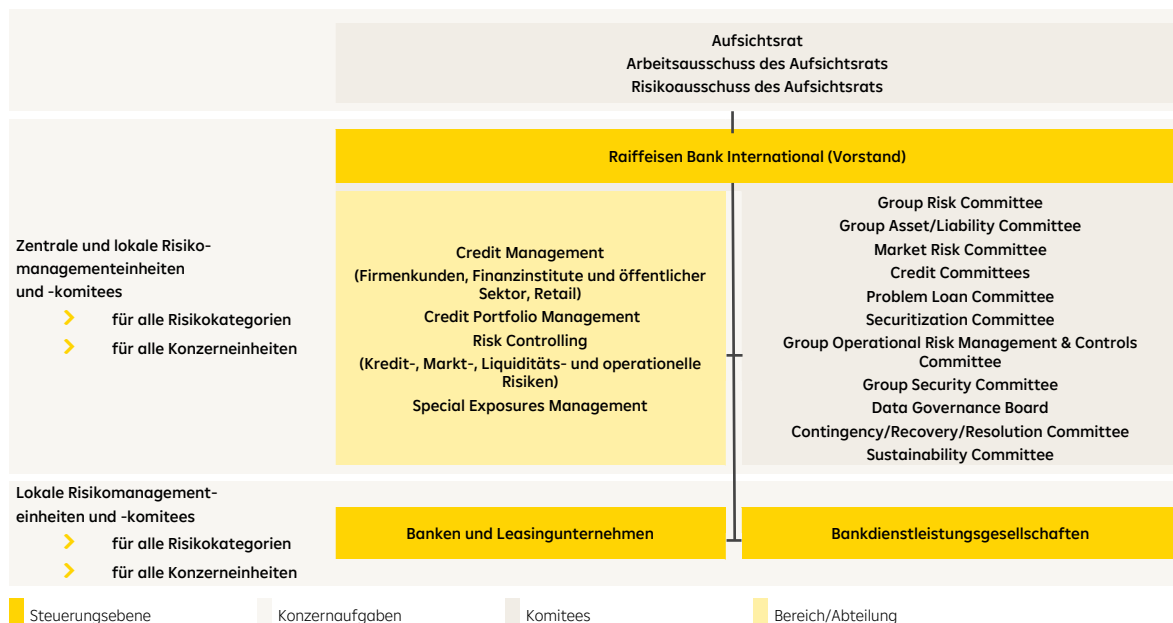
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden:

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	24.526	20.697
davon verkaufte oder verpfändete Sicherheiten	7.162	3.698

Risikobericht

Aktives Risikomanagement stellt für die RBI eine Kernkompetenz dar. Um Risiken effektiv zu erkennen, einzustufen und zu steuern, entwickelt der Konzern sein umfassendes Risikomanagement permanent weiter. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und berücksichtigt neben den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere die Art, den Umfang und die Komplexität der Geschäfte sowie die daraus resultierenden Risiken. Die Implementierung und Steuerung der ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) wurde in einem bereichsübergreifenden Projekt umgesetzt und umfasst alle Risikobereiche. Mit Jahresbeginn 2024 wurde das ESG Risikomanagement in die jeweiligen Risikomanagementeinheiten der RBI übernommen. Für nähere Details zu den ESG-Risiken wird auf den Geschäftsbericht 2023 Seite 194 ff., verwiesen.

Betreffend die Grundsätze und die Organisation des Risikomanagements wird auf das gleichnamige Kapitel im Geschäftsbericht 2023, Seite 189 ff., verwiesen.



Eine starke Risikokultur, einschließlich effizienter Risikodatenaggregation und Datenqualität gemäß den BCBS 239-Prinzipien, hat eine hohe Priorität für die RBI. Die Risikomanagementfunktion strebt kontinuierlich danach, interne Prozesse an die komplexeren Datenanforderungen anzupassen und zu verbessern, die beispielsweise durch steigende ESG-Anforderungen und Digitalisierung voran getrieben werden.

Die nachfolgenden Werte beziehen sich auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis nach CRR, welcher unwesentlich vom Konsolidierungskreis nach IFRS abweicht. Die darin nicht enthaltenen Unternehmen des IFRS-Konsolidierungskreises sind risikomäßig im Beteiligungsrisiko abgedeckt.

Ökonomische Perspektive – Ökonomischer Kapitalansatz

Darin werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Das ökonomische Kapital wird als die Summe von unerwarteten Verlusten aus den Geschäften aller Konzerneinheiten in den unterschiedlichen Risikokategorien berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Der Konzern wendet zur Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,90 Prozent an. Das ökonomische Kapital stieg gegenüber dem Jahresende 2023 auf rund € 10.064 Millionen. Die Treiber des starken Anstiegs waren ein gestiegenes Anleihen Obligo gegenüber dem öffentlichen Sektor sowie das Währungsrisiko der Kapitalposition. Dieser Anstieg wurde durch den Rückgang im Kreditrisiko gegenüber Retail- und Firmenkunden nur zu einem geringen Teil kompensiert. In der regionalen Aufteilung des ökonomischen Kapitals hält Osteuropa durch den Anstieg des Währungsrisikos der Kapitalposition nun prozentuell den größten Anteil am ökonomischen Kapitals des Konzerns.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Währungsrisiko der Kapitalposition	1.922	19,1%	1.343	15,2%
Kreditrisiko öffentlicher Sektor	1.677	16,7%	1.159	13,1%
Kreditrisiko Retail-Kunden	1.360	13,5%	1.388	15,7%
Kreditrisiko Firmenkunden	1.349	13,4%	1.481	16,8%
Marktrisiko	975	9,7%	840	9,5%
Beteiligungsrisiko	811	8,1%	735	8,3%
Operationelles Risiko	724	7,2%	757	8,6%
Kreditrisiko Kreditinstitute	380	3,8%	300	3,4%
Risiko sonstige Sachanlagen	301	3,0%	322	3,6%
Liquiditätsrisiko	67	0,7%	66	0,7%
CVA-Risiko	20	0,2%	16	0,2%
Risikopuffer	479	4,8%	420	4,8%
Gesamt	10.064	100,0%	8.826	100,0%

Regionale Allokation des ökonomischen Kapitals nach Sitz der Konzerneinheit:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Osteuropa	3.033	30,1%	2.282	25,9%
Zentraleuropa	2.678	26,6%	2.548	28,9%
Österreich	2.495	24,8%	2.395	27,1%
Südosteuropa	1.857	18,5%	1.601	18,1%
Gesamt	10.064	100,0%	8.826	100,0%

(35) Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das größte Risiko im Geschäft des Konzerns. Das Kreditrisiko ist das Risiko, finanzielle Verluste zu erleiden, wenn ein Kunde oder eine Gegenpartei des Konzerns seine bzw. ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllt. Das Kreditrisiko entsteht hauptsächlich im Zusammenhang mit Forderungen an Banken, Forderungen an Kunden sowie Kreditzusagen und Finanzgarantien. Der Konzern ist auch anderen Kreditrisiken ausgesetzt, die sich aus Veranlagungen in Schuldtiteln und anderen Engagements im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, Derivaten, Vergleichsvereinbarungen und Reverse-Repo-Geschäften ergeben.

Überleitung der Zahlen aus dem IFRS-Konzernabschluss zum Kreditobligo (nach CRR)

Die folgende Tabelle zeigt eine Überleitung von den Bruttobuchwerten der Bilanzposten zum Kreditobligo (Bank- und Handelsbuchbestände), das für die Portfoliosteuerung herangezogen wird. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch außerbilanzielle Kreditobligo vor Anwendung von Gewichtungsfaktoren und stellt somit den maximalen Forderungswert dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominderung, wie z. B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden. Dieser Forderungsbegriff wird auch – sofern nicht explizit anders angegeben – in den nachfolgenden Tabellen des Risikoberichts verwendet. Die Ursachen für Unterschiede zwischen den Größen der internen Portfoliosteuerung und der externen Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen (regulatorisch versus IFRS), unterschiedlichen Abgrenzungen des Kreditvolumens sowie der unterschiedlichen Darstellung des Kreditvolumens, vor allem bei Repo-Geschäften sowie bei Derivaten, insbesondere SA-CCR (Standardansatz im Kontrahentenrisiko).

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralbanken und sonstige Sichteinlagen	39.868	39.109
Finanzielle Vermögenswerte - Amortized Cost	151.059	142.405
Finanzielle Vermögenswerte - Fair Value Through Other Comprehensive Income	3.638	2.864
Finanzielle Vermögenswerte ohne Handelsabsicht - Mandatorily Fair Value Through Profit/Loss	939	941
Finanzielle Vermögenswerte - Designated Fair Value Through Profit/Loss	174	185
Finanzielle Vermögenswerte - Held For Trading	6.058	5.357
Hedge Accounting	628	795
Laufende Steuerforderungen	112	69
Latente Steuerforderungen	182	218
Sonstige Aktiva	1.480	1.083
Erteilte Kreditzusagen	37.149	36.601
Erteilte Finanzgarantien	9.240	9.761
Sonstige erteilte Zusagen	5.598	4.939
Überleitungsdifferenz	-5.722	-7.338
Kreditobligo	250.404	236.988

Rund € 3,0 Milliarden der Überleitungsdifferenz sind auf das SA-CCR-Netting zurückzuführen.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoring-Modelle) eingesetzt, die auch zentral validiert werden. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Durch die Verwendung einer Masterskala wird jedoch eine Vergleichbarkeit der Ratingstufen auch über Geschäftssegmente hinweg erzielt.

Die Ratingmodelle in den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind konzernweit einheitlich und sehen 27 Bonitätsstufen der Masterskala vor. Scorecards für Retail-Forderungsklassen werden länderspezifisch nach konzernweit einheitlichen Richtlinien erstellt. Sowohl für die Raterstellung als auch für die Validierung stehen entsprechende Instrumente (z. B. Unternehmensbewertung, Rating- und Ausfalldatenbank) zur Verfügung.

Kreditobligo nach Asset-Klassen (Ratingmodellen):

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Firmenkunden	88.517	87.530
Projektfinanzierung	9.533	9.412
Retail-Kunden	49.135	48.396
Kreditinstitute	34.652	30.751
Öffentlicher Sektor	68.567	60.898
Gesamt	250.404	236.988

Kreditportfolio – Firmenkunden

Die nachstehende Tabelle zeigt das Kreditobligo nach internem Rating für Firmenkunden (Großkunden, mittelgroße und kleine Firmenkunden). Zur besseren Lesbarkeit wurden die einzelnen Stufen der Ratingskala allerdings auf die zugrunde liegenden neun Hauptstufen zusammengefasst.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	2.126	2,4%	1.745	2,0%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	7.243	8,2%	7.496	8,6%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	22.644	25,6%	21.036	24,0%
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	21.753	24,6%	22.233	25,4%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	17.289	19,5%	16.477	18,8%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	10.362	11,7%	10.841	12,4%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	2.833	3,2%	3.320	3,8%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	1.258	1,4%	1.229	1,4%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	1.071	1,2%	1.196	1,4%
10 Ausfall	100%	100%	1.854	2,1%	1.846	2,1%
NR Nicht geratet			84	0,1%	110	0,1%
Gesamt			88.517	100,0%	87.530	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber Firmenkunden stieg im Vergleich zum Jahresende 2023 um € 987 Millionen auf € 88.517 Millionen. Die höchsten Anstiege wurden in Großbritannien, Österreich, Deutschland und der Slowakei verzeichnet, welche teilweise durch Rückgänge in Luxemburg, Russland und Spanien kompensiert wurden. In Russland wurde das Kreditvolumen seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine reduziert.

Den größten Anstieg verzeichnete die Rating-Klasse 3, der hauptsächlich aus Ratingverschiebungen einzelner österreichischer und britischer Kunden aus Rating-Klasse 4 und 2 sowie höheren Kreditobligos in Österreich resultierte. Der Anstieg in Rating-Klasse 5 war auf erhöhte Kreditobligos in Serbien, China, Spanien und den Niederlanden (teilweise aufgrund von Ratingverschiebungen von den Rating-Klassen 4 und 6) zurückzuführen. In Rating-Klasse 1 resultierte der Anstieg hauptsächlich aus Ratingverbesserungen einzelner österreichischen Kunden. Die Verschiebungen innerhalb der Firmenkundenratings ergaben sich zum Teil aus der Aktualisierung und Rekalibrierung der Ratingmodelle für Firmenkunden.

Das fünfstufige Rating-Modell für Projektfinanzierungen basiert auf den Slotting-Kriterien gemäß EBA/RTS/2016/02.

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
6,1 Ausgezeichnete Projektbonität – sehr geringes Risiko	5.762	60,4%	5.453	57,9%
6,2 Gute Projektbonität – geringes Risiko	2.903	30,5%	3.075	32,7%
6,3 Ausreichende Projektbonität – mittleres Risiko	371	3,9%	316	3,4%
6,4 Schwache Projektbonität – hohes Risiko	133	1,4%	250	2,7%
6,5 Ausfall	363	3,8%	316	3,4%
NR Nicht geratet	1	0,0%	2	0,0%
Gesamt	9.533	100,0%	9.412	100,0%

Der Anstieg des Kreditobligos für Projektfinanzierungen um € 121 Millionen wurde vor allem durch Anstiege in Tschechien und Luxemburg begründet, welcher teilweise durch Rückgänge in Italien kompensiert wurde.

Den größten Anstieg verzeichnete die Rating-Klasse 6,1, welcher vor allem aus erhöhten Kreditfinanzierungen in Österreich, Tschechien, Ungarn und der Slowakei (teilweise aufgrund Ratingverbesserungen aus Rating-Klasse 6,2) resultierte. Der Rückgang in Rating-Klasse 6,4 war auf die Verringerung der Kreditfinanzierungen in Italien sowie auf die Ratingverschiebungen eines deutschen Kunden in Rating-Klasse 6,5 und einzelner russischen Kunden in Rating-Klasse 6,2 zurückzuführen.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach dem Risikoland unter Berücksichtigung des Garantiegebers nach Regionen:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Zentraleuropa	26.996	27,5%	26.754	27,6%
Westeuropa	24.861	25,4%	24.365	25,1%
Österreich	19.230	19,6%	18.805	19,4%
Südosteuropa	15.305	15,6%	15.031	15,5%
Osteuropa	7.769	7,9%	8.088	8,3%
Asien	2.119	2,2%	2.156	2,2%
Sonstige	1.769	1,8%	1.742	1,8%
Gesamt	98.050	100,0%	96.942	100,0%

Der Anstieg in Westeuropa resultierte im Wesentlichen aus der Zunahme von Repo-Geschäften in Großbritannien. In Österreich begründete sich der Anstieg durch eine Erhöhung von Kredite und Forderungen. In Zentral- und Südosteuropa war der Anstieg durch die Zunahme von Rahmenfinanzierungen in Tschechien, Ungarn und Rumänien begründet. Der Rückgang in Osteuropa war vor allem auf die Verringerung von Krediten und Forderungen sowie Anleihen in Russland zurückzuführen.

Kreditobligo für Firmenkunden und Projektfinanzierungen nach Branchenzugehörigkeit der Erstkunden:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Fertigung/Produktion	24.477	25,0%	23.549	24,3%
Groß- und Einzelhandel	20.396	20,8%	20.486	21,1%
Immobilien	12.610	12,9%	12.737	13,1%
Finanzintermediation	10.161	10,4%	8.783	9,1%
Bauwesen	6.243	6,4%	6.066	6,3%
Energieversorgung	6.077	6,2%	6.195	6,4%
Transport, Lagerung und Verkehr	3.858	3,9%	3.751	3,9%
Freie Berufe/technische Dienstleistungen	2.785	2,8%	2.700	2,8%
Sonstige Branchen	11.443	11,7%	12.674	13,1%
Gesamt	98.050	100,0%	96.942	100,0%

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Asset-Klasse Retail-Kunden unterteilt sich in Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Für Retail-Kunden wird ein duales Scoring-System eingesetzt, das eine Erst- und Ad-hoc-Analyse anhand der Kundendaten und eine Verhaltensanalyse anhand der Kontendaten umfasst.

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Retail-Kunden – Privatpersonen	45.830	93,3%	45.194	93,4%
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	3.305	6,7%	3.203	6,6%
Gesamt	49.135	100,0%	48.396	100,0%

Kreditobligo für Retail-Kunden nach internem Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
0,5 Minimales Risiko	> 0,00%	≤ 0,17%	8.758	17,8%	8.575	17,7%
1,0 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,17%	≤ 0,35%	7.892	16,1%	7.881	16,3%
1,5 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,35%	≤ 0,69%	8.324	16,9%	8.404	17,4%
2,0 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,69%	≤ 1,37%	7.645	15,6%	7.424	15,3%
2,5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 1,37%	≤ 2,70%	5.170	10,5%	5.127	10,6%
3,0 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 2,70%	≤ 5,26%	2.961	6,0%	2.932	6,1%
3,5 Knappe Kreditwürdigkeit	> 5,26%	≤ 10,00%	1.355	2,8%	1.361	2,8%
4,0 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 10,00%	≤ 18,18%	675	1,4%	666	1,4%
4,5 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,18%	< 100%	883	1,8%	886	1,8%
5,0 Ausfall	100%	100%	1.244	2,5%	1.215	2,5%
NR Nicht geratet			4.228	8,6%	3.924	8,1%
Gesamt			49.135	100,0%	48.396	100,0%

Das nicht geratete Kreditobligo umfasst unter anderem Kreditkartenlimite in Österreich und Retail-Kunden in Serbien, Ungarn, und Kroatien. Diese Kunden verfügen entweder noch über kein internes Rating, oder es handelt sich um Portfolios, die dem permanent partial use unterliegen oder Portfolios, für die ein PD-Modell implementiert wird. Für Leasing-Unternehmen wird die Kreditwürdigkeit auf Scorecard-Modellen basierend beurteilt.

Retail-Forderungen nach Segmenten:

30.6.2024				
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets
Retail-Kunden – Privatpersonen	21.723	10.373	4.460	9.274
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.902	1.225	178	0
Gesamt	23.625	11.598	4.637	9.274
davon notleidendes Obligo	534	438	215	59

31.12.2023					
in € Millionen	Zentraleuropa	Südosteuropa	Osteuropa	Group Corporates & Markets	
Retail-Kunden – Privatpersonen	21.741	10.139	4.386	8.928	
Retail-Kunden – Klein- und Mittelbetriebe	1.850	1.194	159	0	
Gesamt	23.591	11.333	4.545	8.928	
davon notleidendes Obligo	535	411	228	46	

Das Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden stieg im ersten Halbjahr 2024 um € 739 Millionen. Der größte Anstieg mit € 347 Millionen wurde im Segment Group Corporates & Markets in Österreich, vorwiegend aufgrund des gestiegenen Kreditkartengeschäfts verzeichnet. Der Anstieg in Südosteuropa in Höhe von € 265 Millionen resultierte aus erhöhten Verbraucherkrediten in Rumänien, Kroatien und Kosovo. Der Anstieg in Zentraleuropa aufgrund höherer Verbraucherkredite in Tschechien und der Slowakei wurde durch den Rückgang von Hypothekarkrediten in Polen (unter anderem aufgrund getroffener Vorsorgen für Prozessrisiken) teilweise kompensiert.

Kreditobligo gegenüber Retail-Kunden nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Hypothekarkredite	27.768	56,5%	28.081	58,0%
Verbraucherkredite	11.133	22,7%	10.742	22,2%
Kreditkarten	5.719	11,6%	5.237	10,8%
SME-Finanzierung	2.535	5,2%	2.437	5,0%
Überziehungen	1.261	2,6%	1.219	2,5%
Autokredite	719	1,5%	681	1,4%
Gesamt	49.135	100,0%	48.396	100,0%

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Asset-Klasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (bzw. an beobachtbaren Ausfällen) in den einzelnen Rating-Stufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
1 Minimales Risiko	> 0,0000%	≤ 0,0300%	4.067	11,7%	3.731	12,1%
2 Exzellente Kreditwürdigkeit	> 0,0300%	≤ 0,0751%	3.063	8,8%	4.268	13,9%
3 Sehr gute Kreditwürdigkeit	> 0,0751%	≤ 0,1878%	20.089	58,0%	15.471	50,3%
4 Gute Kreditwürdigkeit	> 0,1878%	≤ 0,4694%	2.793	8,1%	2.549	8,3%
5 Intakte Kreditwürdigkeit	> 0,4694%	≤ 1,1735%	262	0,8%	316	1,0%
6 Akzeptable Kreditwürdigkeit	> 1,1735%	≤ 2,9338%	238	0,7%	3.890	12,6%
7 Knappe Kreditwürdigkeit	> 2,9338%	≤ 7,3344%	152	0,4%	259	0,8%
8 Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	> 7,3344%	≤ 18,3360%	3.858	11,1%	112	0,4%
9 Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	> 18,3360%	< 100%	127	0,4%	150	0,5%
10 Ausfall	100%	100%	1	0,0%	4	0,0%
NR Nicht geratet			2	0,0%	2	0,0%
Gesamt			34.652	100,0%	30.751	100,0%

Das Kreditobligo gegenüber Kreditinstituten erhöhte sich aufgrund gestiegener Repo-Geschäfte in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, welcher teilweise durch einen Rückgang in Spanien, Russland und in den Vereinigten Arabischen Emiraten kompensiert wurde. Weiters resultierte der Anstieg aus erhöhten Geldmarktgeschäften in China, Österreich und Deutschland sowie aus dem erhöhten Anleihenbestand einzelner internationaler Organisationen.

Den größten Anstieg verzeichnete die Rating-Klasse 3, der sich aus erhöhten Repo-Geschäften in Frankreich (teilweise aufgrund von Ratingverschiebungen von der Rating-Klasse 2) und Deutschland sowie aus erhöhten Kredit- und Geldmarktgeschäften in China, Österreich und Deutschland ergab. In Rating-Klasse 8 resultierte der Anstieg im Wesentlichen aus der Ratingverschlechterung der russischen Clearing Stelle von der Rating-Klasse 6. Der Anstieg in Rating-Klasse 1 war auf den erhöhten Anleihenbestand einzelner internationaler Organisationen zurückzuführen.

Kreditobligo an Kreditinstitute (ohne Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Repo	16.289	47,0%	14.003	45,5%
Kredite und Forderungen	8.996	26,0%	8.559	27,8%
Anleihen	5.706	16,5%	5.300	17,2%
Geldmarkt	2.619	7,6%	1.532	5,0%
Derivate	519	1,5%	496	1,6%
Sonstige	523	1,5%	862	2,8%
Gesamt	34.652	100,0%	30.751	100,0%

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken sowie regionale Gebietskörperschaften und andere staatenähnliche Organisationen dar. Das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor inkludiert lokale und regionale Regierungen.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating:

in € Millionen	Untere PD-Skala in %	Obere PD-Skala in %	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
1 Ausgezeichnete Bonität	> 0,0000%	≤ 0,0300%	11.723	17,1%	9.182	15,1%
2 Sehr gute Bonität	> 0,0300%	≤ 0,0751%	26.709	39,0%	22.846	37,5%
3 Gute Bonität	> 0,0751%	≤ 0,1878%	14.032	20,5%	15.800	25,9%
4 Solide Bonität	> 0,1878%	≤ 0,4694%	6.948	10,1%	6.512	10,7%
5 Zufriedenstellende Bonität	> 0,4694%	≤ 1,1735%	2.583	3,8%	2.235	3,7%
6 Adäquate Bonität	> 1,1735%	≤ 2,9338%	4.526	6,6%	2.359	3,9%
7 Fragliche Bonität	> 2,9338%	≤ 7,3344%	5	0,0%	14	0,0%
8 Höchst fragliche Bonität	> 7,3344%	≤ 18,3360%	0	0,0%	5	0,0%
9 Ausfallgefährdet	> 18,3360%	< 100%	2.036	3,0%	1.780	2,9%
10 Ausfall	100%	100%	5	0,0%	164	0,3%
NR Nicht geratet			0	0,0%	0	0,0%
Gesamt			68.567	100,0%	60.898	100,0%

Den größten Anstieg verzeichnete die Rating-Klasse 2, der vor allem auf die Erhöhung des Anleihenbestands in Österreich und Tschechien sowie auf die erhöhten Geldmarktgeschäfte in Österreich zurückzuführen war. Der Anstieg in Rating-Klasse 1 resultierte aus den erhöhten Repo- und Geldmarktgeschäften in Tschechien sowie aus der Erhöhung des Anleihenbestands in Deutschland. In Rating-Klasse 6 war der Anstieg durch Erhöhungen der Geldmarktgeschäfte in Russland (teilweise währungsbedingt) begründet. Der Rückgang in Rating-Klasse 3 begründete sich durch die Verringerung der Geldmarktgeschäfte in der Slowakei.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach Produkten:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Anleihen	27.840	40,6%	23.595	38,7%
Geldmarkt	19.912	29,0%	17.774	29,2%
Kredite und Forderungen	11.715	17,1%	12.435	20,4%
Repo	8.838	12,9%	6.677	11,0%
Derivate	81	0,1%	70	0,1%
Sonstige	181	0,3%	347	0,6%
Gesamt	68.567	100,0%	60.898	100,0%

Der Anleihenbestand erhöhte sich vor allem in Österreich, Tschechien, Rumänien und der Slowakei. Der Anstieg der Repo-Geschäfte resultierte vor allem aus Erhöhungen bei der tschechischen und serbischen Nationalbank. Die Erhöhung der Geldmarktgeschäfte mit der Oesterreichischen und russischen Nationalbank wurde teilweise durch Rückgänge in der Slowakei kompensiert. Der Rückgang bei den Krediten und Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor war vorwiegend auf verringerte Einlagen bei der rumänischen Nationalbank zurückzuführen.

Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor im Bereich Non Investment Grade (Rating 5 und darunter):

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Russland	4.143	45,2%	2.013	30,7%
Serbien	1.868	20,4%	1.740	26,5%
Ukraine	1.545	16,9%	1.585	24,2%
Bosnien und Herzegowina	529	5,8%	494	7,5%
Albanien	460	5,0%	452	6,9%
Belarus	331	3,6%	196	3,0%
Sonstige	281	3,1%	80	1,2%
Gesamt	9.156	100,0%	6.558	100,0%

Das Obligo umfasst vor allem russische und ukrainische Staatsanleihen sowie Einlagen der Konzerneinheiten bei lokalen Zentralbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, die der Erfüllung der jeweiligen Mindestreservevorschriften und der kurzfristigen Veranlagung von überschüssiger Liquidität dienen und daher untrennbar mit der Geschäftstätigkeit in diesen Ländern verbunden sind. Der Anstieg im Sonstigen ist vor allem auf die Ratingherabstufung einzelner Gemeinden in Rumänien, in Folge der Ratingherabstufung des Staats von Rating-Klasse 4A zu 4B, zurückzuführen.

Konzentrationsrisiko

Das Kreditportfolio des Konzerns ist sowohl nach Regionen als auch nach Branchen gut diversifiziert. Auch Einzelkreditkonzentrationen werden auf Basis von Gruppen verbundener Kunden aktiv über die Limitvergabe und regelmäßiges Reporting gesteuert, sodass die Granularität des Portfolios entsprechend gut ist. Die geografische Aufgliederung der Forderungen spiegelt die breite Diversifikation des Kreditgeschäfts in den europäischen Märkten des Konzerns wider.

Kreditobligo aller Forderungsklassen gegliedert nach dem Risikoland des Kreditnehmers und gruppiert nach Regionen:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Zentraleuropa	76.745	30,6%	75.237	31,7%
Tschechien	37.293	14,9%	34.094	14,4%
Slowakei	22.731	9,1%	24.822	10,5%
Ungarn	12.974	5,2%	12.326	5,2%
Polen	2.890	1,2%	3.241	1,4%
Sonstige	856	0,3%	754	0,3%
Österreich	51.608	20,6%	47.136	19,9%
Westeuropa	47.141	18,8%	43.614	18,4%
Deutschland	13.902	5,6%	12.184	5,1%
Frankreich	9.306	3,7%	7.899	3,3%
Großbritannien	4.853	1,9%	3.612	1,5%
Schweiz	3.192	1,3%	3.126	1,3%
Spanien	2.711	1,1%	3.668	1,5%
Niederlande	2.637	1,1%	2.497	1,1%
Italien	2.396	1,0%	2.409	1,0%
Luxemburg	2.352	0,9%	2.664	1,1%
Belgien	1.513	0,6%	1.435	0,6%
Irland	893	0,4%	802	0,3%
Sonstige	3.386	1,4%	3.319	1,4%
Südosteuropa	39.745	15,9%	38.349	16,2%
Rumänien	18.517	7,4%	17.704	7,5%
Kroatien	8.014	3,2%	7.783	3,3%
Serbien	6.894	2,8%	6.724	2,8%
Bosnien und Herzegowina	2.631	1,1%	2.571	1,1%
Albanien	2.009	0,8%	1.939	0,8%
Sonstige	1.680	0,7%	1.628	0,7%
Osteuropa	22.940	9,2%	20.842	8,8%
Russland	16.806	6,7%	15.016	6,3%
Ukraine	3.998	1,6%	3.966	1,7%
Belarus	1.585	0,6%	1.326	0,6%
Sonstige	550	0,2%	534	0,2%
Asien	5.501	2,2%	4.830	2,0%
Nordamerika	3.456	1,4%	3.635	1,5%
Restliche Welt	3.270	1,3%	3.344	1,4%
Gesamt	250.404	100,0%	236.988	100,0%

Der größte Anstieg wurde in Österreich verzeichnet und resultierte aus der Erhöhung der Anleihen- und Geldmarktgeschäfte sowie aus erhöhten Krediten und Forderungen. In Westeuropa kam es zu einem Anstieg bei Repo-Geschäfte in Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Der Obligo-Anstieg in Osteuropa war vor allem währungsbedingt, sowie auf erhöhte Geldmarktgeschäfte in Russland zurückzuführen. In Zentraleuropa begründete sich der Anstieg durch einen höheren Anleihenbestand in Tschechien und der Slowakei (kompensiert durch verringerte Geldmarktgeschäfte) sowie durch höhere Repo-Geschäfte in Tschechien. Der Anstieg in Südosteuropa resultierte aus erhöhten Geldmarktgeschäften und Anleihengeschäften in Rumänien sowie Repo-Geschäften in Serbien. Der Obligo-Anstieg in Asien war auf Geldmarktgeschäfte sowie auf erhöhte Kredite und Forderungen mit chinesischen Banken zurückzuführen.

Kreditobligo des Konzerns nach Branchenzugehörigkeit:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Kredit- und Versicherungsgewerbe	78.416	31,3%	70.059	29,6%
Private Haushalte	46.501	18,6%	45.220	19,1%
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen	29.121	11,6%	24.614	10,4%
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	19.197	7,7%	18.206	7,7%
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	15.067	6,0%	15.150	6,4%
Grundstücks- und Wohnungswesen	12.743	5,1%	12.882	5,4%
Baugewerbe	6.854	2,7%	6.818	2,9%
Energieversorgung	6.188	2,5%	6.271	2,6%
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	5.090	2,0%	5.426	2,3%
Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen	3.108	1,2%	3.155	1,3%
Ernährungsgewerbe	2.854	1,1%	2.799	1,2%
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	2.693	1,1%	2.708	1,1%
Maschinenbau	2.018	0,8%	1.966	0,8%
Metallerzeugung und -bearbeitung	1.993	0,8%	2.213	0,9%
Sonstiges Transportgewerbe	1.695	0,7%	1.615	0,7%
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen	1.589	0,6%	1.529	0,6%
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	721	0,3%	886	0,4%
Sonstige Branchen	14.556	5,8%	15.472	6,5%
Gesamt	250.404	100,0%	236.988	100,0%

Notleidendes Exposure (NPE)

Seit November 2019 wendet die RBI vollständig die Ausfalldefinition der CRR sowie die dazugehörigen Anforderungen der EBA (EBA/GL/2016/07) an.

Notleidendes Obligo nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standard (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing exposures):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023 ¹	30.6.2024	31.12.2023
Regierungen	169	178	5,2%	6,8%	2,3%	2,7%
Kreditinstitute	1	3	0,0%	0,0%	94,1%	47,1%
Sonstige Finanzunternehmen	276	392	2,3%	3,7%	38,8%	29,3%
Nicht-Finanzunternehmen	2.036	1.843	4,2%	3,8%	53,3%	53,5%
Haushalte	1.093	1.075	2,7%	2,6%	64,8%	64,8%
Kredite und Forderungen	3.576	3.491	2,2%	2,2%	53,3%	51,7%
Anleihen	3	7	0,0%	0,0%	61,0%	24,2%
Gesamt	3.579	3.498	1,8%	1,9%	53,3%	51,7%

¹ Adaptierung der Vorjahreswerte aufgrund geänderter Zuordnung

Das Volumen des notleidenden Obligos erhöhte sich gegenüber dem Jahresende um € 80 Millionen auf € 3.579 Millionen. Organisch ergab sich ein Anstieg um € 64 Millionen, vor allem in Russland um € 28 Millionen und in der Slowakei und Rumänien um jeweils € 22 Millionen, die Währungsentwicklung trug insgesamt mit € 16 Millionen bei, hauptsächlich durch die Aufwertung des russischen Rubels. Aus Ausbuchungen und Verkäufen ergab sich ein Rückgang von € 239 Millionen, dem gegenüber standen neue Ausfälle hauptsächlich bei Krediten an Nicht-Finanzunternehmen in Österreich und Russland. Die NPE Ratio reduzierte sich gegenüber dem Jahresende 2023 um 0,1 Prozentpunkte auf 1,8 Prozent aufgrund des gestiegenen Kreditvolumens. Die Deckungsquote erhöhte sich um 1,6 Prozentpunkte auf 53,3 Prozent.

Entwicklung des notleidenden Obligos nach Asset-Klassen (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	Änderung					Stand 30.6.2024
	Stand 1.1.2024	Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge	
Regierungen	178	0	0	0	-9	169
Kreditinstitute	3	0	0	0	-2	1
Sonstige Finanzunternehmen	392	0	0	11	-127	276
Nicht-Finanzunternehmen	1.843	0	11	365	-182	2.036
Haushalte	1.075	0	6	262	-249	1.093
Kredite und Forderungen (NPL)	3.491	0	16	638	-569	3.576
Anleihen	7	0	0	0	-4	3
Gesamt (NPE)	3.498	0	16	638	-574	3.579

in € Millionen	Änderung					Stand 31.12.2023
	Stand 1.1.2023	Konsolidierungskreis	Währung	Zugänge	Abgänge	
Regierungen	169	0	0	10	-1	178
Kreditinstitute	6	0	0	0	-2	3
Sonstige Finanzunternehmen	163	0	-2	250	-19	392
Nicht-Finanzunternehmen	1.619	0	-35	856	-597	1.843
Haushalte	1.133	0	-19	470	-508	1.075
Kredite und Forderungen (NPL)	3.090	0	-56	1.585	-1.128	3.491
Anleihen	3	0	0	4	0	7
Gesamt (NPE)	3.093	0	-56	1.590	-1.128	3.498

Anteil des notleidenden Obligos (NPE) nach Segmenten (ohne außerbilanzielle Geschäfte):

in € Millionen	NPE		NPE Ratio		NPE Coverage Ratio	
	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023
Zentraleuropa	785	783	1,2%	1,2%	58,6%	58,4%
Südosteuropa	615	592	1,8%	1,8%	67,2%	66,6%
Osteuropa	563	528	2,0%	2,1%	73,8%	73,6%
Group Corporates & Markets	1.616	1.595	2,9%	3,0%	38,3%	35,6%
Corporate Center	0	0	0,0%	0,0%	100,0%	100,0%
Gesamt	3.579	3.498	1,8%	1,9%	53,3%	51,7%

Zur Erhöhung des notleidenden Obligos trug das Segment Osteuropa mit € 35 Millionen auf € 563 Millionen bei, dafür war Russland mit € 43 Millionen verantwortlich. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtbligo verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 2,0 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 73,8 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Südosteuropa erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2023 um € 22 Millionen auf € 615 Millionen, wofür Rumänien hauptverantwortlich war. Die NPE Ratio verblieb bei 1,8 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 67,2 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Group Corporates & Markets stieg um € 21 Millionen auf € 1.616 Millionen, dafür hauptverantwortlich war der Anstieg im Bereich Immobilien mit € 116 Millionen, entgegen wirkten Ausbuchungen und Verkäufe von notleidenden Kreditforderungen in Höhe von € 136 Millionen. Die NPE Ratio verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent, aufgrund höherer Kreditvolumina, die Deckungsquote erhöhte sich um 2,7 Prozentpunkte auf 38,3 Prozent.

Das notleidende Obligo im Segment Zentraleuropa blieb nahezu unverändert bei € 785 Millionen, in Ungarn und Polen kam es zu Rückgängen, die durch Anstiege in der Slowakei und Tschechien kompensiert wurden. Die NPE Ratio bezogen auf das Gesamtbligo blieb unverändert auf 1,2 Prozent, die Deckungsquote erhöhte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 58,6 Prozent.

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen:

in € Millionen	Refinanzierung		Instrumente mit geänderten Laufzeiten und Konditionen		Gesamt	
	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023	30.6.2024	31.12.2023
Regierungen	0	0	0	0	0	0
Kreditinstitute	0	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzunternehmen	0	62	41	47	41	109
Nicht-Finanzunternehmen	85	93	949	784	1.034	877
Haushalte	9	8	236	249	245	257
Gesamt	94	163	1.226	1.080	1.320	1.243

Notleidendes Obligo mit Restrukturierungsmaßnahmen nach Segmenten:

in € Millionen	30.6.2024	Anteil	31.12.2023	Anteil
Zentraleuropa	237	18,0%	239	19,3%
Südosteuropa	150	11,3%	156	12,6%
Osteuropa	325	24,6%	326	26,2%
Group Corporates & Markets	609	46,1%	521	41,9%
Gesamt	1.320	100,0%	1.243	100,0%

(36) Marktrisiko

Das Marktrisikomanagement basiert auf einem dualen Steuerungsansatz. Für das Gesamtportfolio inklusive des Bankbuchs wird ein Modell verwendet, das auf einer historischen Simulation beruht und für die längerfristige Steuerung der Marktrisiken aus den Bankbüchern geeignet ist (Modell ALL). Für alle Marktrisiken mit unmittelbarer Auswirkung auf die Erfolgsrechnung wird ein Modell verwendet, das die kurzfristige Volatilität gut prognostiziert (Modell IFRS-P&L). Dieser Modellansatz ist von der österreichischen Finanzmarktaufsicht als internes Modell für die Messung des Eigenmittelerfordernisses für Marktrisiken des Handelsbuchs der Konzernzentrale zugelassen. Beide Modelle berechnen Value-At-Risk-Kennzahlen für die Veränderungen der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads, implizite Volatilität, Aktienindizes und Basis-Spreads. In den nachstehenden Tabellen ist eine Übersicht der Risikokennzahlen beider Modelle (ALL und IFRS-P&L) sowie die Entwicklung je Risikoart dargestellt.

Modell IFRS-P&L Gesamt VaR (99%, 1d)	VaR per	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per
in € Millionen	30.6.2024				31.12.2023
Währungsrisiko	6	5	4	12	10
Zinsrisiko	4	4	4	5	8
Credit-Spread-Risiko	3	3	2	4	4
Aktienpreisisiko	1	1	1	1	1
Vega-Risiko	2	0	0	2	1
Basis-Risiko ¹	-	0	0	0	5
Gesamt	11	9	8	15	19

¹ Ab Juni 2024 wird das Basisrisiko als Teil des Zinsrisikos berechnet.

Modell ALL Gesamt VaR (99%, 20d)	VaR per	Durchschnitts-VaR	Minimum-VaR	Maximum-VaR	VaR per
in € Millionen	30.6.2024				31.12.2023
Ökonomisches Kapital ALL	822	732	659	822	649
Vega-Risiko ALL	8	4	3	8	10
Gesamt ALL	830	736	662	830	659
Gesamt ALL (Risikokategorien)					
Währungsrisiko	812	721	686	812	623
Zinsrisiko	217	228	154	323	214
Credit-Spread-Risiko	46	46	45	49	46
Bankbuch (99%, 20d)					
Zinsrisiko im Bankbuch	226	224	121	298	167

Die in Fremdwährung gehaltenen Kapital- und offenen Devisenpositionen, die strukturellen Zinsrisiken, Spread-Risiken aus Anleihebüchern (häufig als Liquiditätspuffer gehalten) sowie Basis-Risiken aus Basis-Spreads in russischem Rubel waren die wesentlichen Treiber des VaR-Ergebnisses.

Im Vergleich zum Jahresende 2023 ist der Gesamt-VaR (Modell ALL) im ersten Halbjahr 2024 gestiegen, während der P&L VaR (Modell IFRS-P&L) gesunken ist. Der Anstieg des Gesamt-VaR (Modell ALL) war im Wesentlichen auf das Währungsrisiko der Russischen Rubel- und Belarus-Rubel-Positionen, gefolgt vom Zinsrisiko, zurückzuführen. Der Rückgang des P&L VaR (Modell IFRS-P&L) wurde ebenfalls vorwiegend durch das Währungs- und Zinsrisiko getrieben und durch einen Anstieg des Vega-Risikos leicht ausgeglichen.

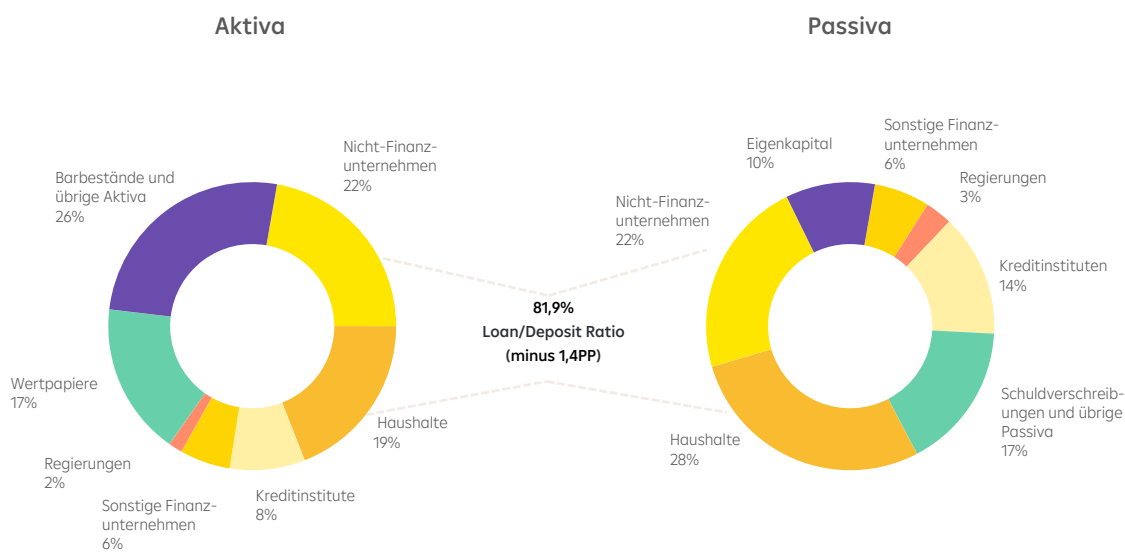
Die Marktrisiko-Steuerung erfolgt auf Basis einer täglichen Überwachung von Marktbewegungen und Positionsänderungen für die Konzernzentrale und -einheiten. Zudem wird die Entwicklung auf den lokalen Märkten täglich aktualisiert und das Risikomanagement aktiv gesteuert, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können.

(37) Liquiditätsmanagement

Die RBI beweist mit ihrer starken Liquiditätsposition und den bewährten Prozessen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos kontinuierlich ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Der ILAAP-Rahmen und die Governance erwiesen sich erneut als solide und funktionieren auch in Krisenzeiten. Die tägliche Überwachung der Liquiditätsposition mit Hilfe von dynamischen Dashboards zeigte, dass die Infrastruktur und das Monitoring effektiv sind und schnelle Reaktionen in Krisenzeiten unterstützen.

Funding-Struktur

Die Funding-Struktur des Konzerns basiert auf einer starken Ausrichtung auf das Retail-Geschäft in Zentral- und Osteuropa. Darüber hinaus profitiert der Konzern aufgrund der starken Präsenz der österreichischen Raiffeisengruppe im lokalen Markt auch vom Funding durch die Raiffeisen Landesbanken. Gemäß dem Prinzip der Diversifikation werden verschiedene Finanzierungsquellen erschlossen. Diese umfassen die Ausgabe von internationalen Anleihen durch die RBI AG, die Ausgabe von lokalen Anleihen durch die Tochterbanken sowie die Nutzung von Finanzierungsdarlehen von Dritten (inklusive supranationaler Institutionen). Die Tochterbanken nutzen auch Interbankkredite mit Drittbanken, teils aufgrund knapper Länderlimits und teils aufgrund vorteilhafter Preisgestaltung.



Liquiditätsposition

Der Going-Concern-Bericht weist die strukturelle Liquiditätsposition aus und deckt dabei alle wesentlichen Risikotreiber ab, die den Konzern in einem normalen Geschäftsmodell (Business as Usual) belasten könnten. Die Ergebnisse des Going-Concern-Szenarios sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Sie veranschaulichen den Liquiditätsüberhang und das Verhältnis von erwarteten Kapitalzuflüssen und der Ausgleichskapazität zu Kapitalabflüssen (Liquiditätsquote) für ausgewählte Laufzeiten auf kumulativer Basis. Die Kapitalflüsse basieren auf Annahmen anhand von Expertenmeinungen, statistischen Analysen und Länderbesonderheiten. Diese Berechnung umfasst zudem Schätzungen zur Beständigkeit von Kundeneinlagen, zu Abflüssen von außerbilanziellen Positionen und zu Marktabschwüngen bei Positionen, die in die Ausgleichskapazität einfließen.

in € Millionen	30.6.2024		31.12.2023	
Laufzeit	1 Monat	1 Jahr	1 Monat	1 Jahr
Liquiditätsüberhang	52.848	56.715	49.061	57.382
Liquiditätsquote	187%	147%	190%	152%

Liquidity Coverage Ratio (LCR)

Die kurzfristige Belastbarkeit von Banken erfordert eine entsprechende Liquiditätsdeckung in Form einer Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Dabei müssen Letztere angemessene Bestände an unbelasteten erstklassigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA) sicherstellen, um potenzielle Abflüsse durch Verbindlichkeiten, die in Krisenzeiten anfallen können, decken zu können. HQLAs können in Cash umgewandelt werden, um den Liquiditätsbedarf im Rahmen eines Liquiditätsstress-Szenarios für mindestens 30 Kalendertage zu decken.

Die Berechnung der erwarteten Mittelzu- und abflüsse sowie der HQLAs basiert auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische LCR-Limit beträgt 100 Prozent.

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Durchschnittliche liquide Aktiva	41.115	39.310
Netto-Abflüsse	19.546	20.781
Zuflüsse	23.204	18.773
Abflüsse	42.750	39.554
Liquidity Coverage Ratio	210%	189%

Die Verbesserung der LCR war vor allem auf den Anstieg im langfristigen Großhandelsfinanzierungsbestand sowie in den Kundenfestgeldern in der Konzernzentrale zurückzuführen.

Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Die NSFR wird definiert als das Verhältnis von verfügbarer stabiler Refinanzierung zu erforderlicher stabiler Refinanzierung. Verfügbare stabile Refinanzierung wird definiert als jener Teil der Eigen- und Fremdmittel, von dem zu erwarten ist, dass er über den von der NSFR erfassten Zeithorizont von einem Jahr eine zuverlässige Mittelquelle darstellt. Die erforderliche stabile Refinanzierung einer Bank ist von den Liquiditätsmerkmalen und Restlaufzeiten der verschiedenen gehaltenen Vermögenswerte und der außerbilanziellen Engagements abhängig. Ziel der RBI ist eine ausgewogene Funding-Position. Die erforderliche strukturelle Liquidität sowie die vorhandene strukturelle Liquidität basieren auf regulatorischen Vorgaben. Das regulatorische NSFR-Limit ist 100 Prozent.

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Erforderliche strukturelle Liquidität	114.066	115.960
Vorhandene strukturelle Liquidität	167.670	163.982
Net Stable Funding Ratio	147%	141%

Die verbesserte NSFR resultierte aus der gestiegenen vorhandenen strukturellen Liquidität, welche hauptsächlich durch höhere Einlagen und Repo-Geschäfte in Tschechien und der Konzernzentrale sowie durch eigene Emissionen in der Konzernzentrale begründet war.

Sonstige Angaben

(38) Offene Rechtsfälle

Details zu Gerichts-, Behörden- oder Schiedsverfahren, an denen die RBI beteiligt ist, sind im Geschäftsbericht 2023, Seite 220 ff., ersichtlich. Im Folgenden werden die wesentlichsten Verfahren beschrieben, an denen die RBI derzeit beteiligt ist. Generell können in Verfahren (Verzugs-) Zinsbeträge anfallen, die je nach Dauer des jeweiligen Verfahrens gleich hoch oder höher sein können als die jeweiligen Streitwerte.

Eine Rückstellung wird nur dann gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, die Zahlung wahrscheinlich ist und der Betrag zuverlässig geschätzt werden kann. Eine Eventualverbindlichkeit, die aufgrund eines vergangenen Ereignisses entstanden ist, wird offengelegt, es sei denn die Zahlungen sind höchst unwahrscheinlich. Eine Eventualforderung aufgrund eines vergangenen Ereignisses wird angesetzt, wenn ein Zufluss so gut wie sicher ist. In der nachfolgenden Beschreibung wird in jenen Fällen kein Betrag genannt, in denen in Übereinstimmung mit IAS 37, dies schwerwiegend nachteilig wäre. Die Berechnung der Rückstellung findet in bestimmten Fällen auf einer Portfoliobasis statt, weil die Schätzung der Verpflichtung damit eine höhere Verlässlichkeit aufweist. Die RBI hat ihre Rückstellungen, Eventualforderungen und -verbindlichkeiten in die Gruppen Konsumentenschutz, Bankgeschäfte, Durchsetzung durch Regulierungsbehörden und Steuerfälle eingeteilt.

Konsumentenschutz

Kroatien

In Kroatien wurden in einem von einer Konsumentenschutzorganisation gegen die Raiffeisenbank Austria, d.d., Zagreb (RBHR) und andere kroatische Banken angestregten Verfahren zwei Klauseln für nichtig befunden, die in den Jahren zwischen 2003/2004 und 2008 in Kreditverträgen mit Konsumenten verwendet wurden. Dabei handelt es sich um eine Zinsanpassungs- und eine CHF-Index-Klausel. Gegen den Entscheid über die Zinsanpassungsklausel kann kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Das Urteil, wonach die CHF-Index-Klauseln unwirksam sind, wurde vom Obersten Gerichtshof des Landes und vom kroatischen Verfassungsgericht bestätigt. RBHR prüft die Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten und reichte im August 2021 einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Die Vergabe von CHF-indexierten Darlehen, die nach dem kroatischen Umwandlungsgesetz in Euro-indexierte Darlehen konvertiert wurden, war vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zur Vorabentscheidung anhängig. Im Mai 2022 veröffentlichte der EuGH eine Vorabentscheidung, aber gab, wie auch der kroatische Oberste Gerichtshof in einem Musterverfahren keine Antwort darauf, ob Konsumenten von bereits konvertierten Darlehen einen Anspruch auf zusätzliche Entschädigungen haben (neben den positiven Effekten, die sich aus der Konvertierung gemäß den Bestimmungen des kroatischen Konsumentenschutzgesetzes 2015 ergaben). Daher bleibt die Frage, ob Konsumenten Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung (ungeachtet der Konvertierung) haben, Sache der innerstaatlichen Gerichte, in erster Linie des kroatischen Obersten Gerichtshofs. Auf Grundlage der bereits zur Unwirksamkeit der Zinsanpassungs- und/oder der CHF-Index-Klausel ergangenen Entscheidungen machen Kreditnehmer jedoch bereits jetzt Ansprüche gegen die RBHR geltend. In seiner Sitzung im Dezember 2022 vertrat der kroatische Oberste Gerichtshof die Auffassung, dass sich der Anspruch der Verbraucher auf eine zusätzliche Entschädigung nur auf einen Betrag in Höhe der Verzugszinsen auf die bis zur Konvertierung der CHF-indexierten Darlehen in EUR-indexierte Darlehen im Jahr 2015 allfällig geleisteten Überzahlungen beschränkt. Im April 2023 teilte der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Öffentlichkeit jedoch mit, dass die vertretene Rechtsansicht die Kontrolle durch das für die Rechtsprechung zuständige Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofs nicht bestanden habe. Das für die Rechtsprechung zuständige Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofs ist befugt, eine Entscheidung zurückzuweisen, wenn es der Ansicht ist, dass sie nicht dem Gesetz entspricht. Eine mögliche Lösung (ob Verbraucher Anspruch auf eine zusätzliche Entschädigung haben oder nicht) wird voraussichtlich in den Einzelentscheidungen des kroatischen Obersten Gerichtshofs enthalten sein. Nur derartige Einzelentscheidungen können vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Verjährung, der Wirksamkeit der CHF-Index-Klausel/erfolgten Konvertierung, der Berechnung der zusätzlichen Entschädigungen, der weiteren Vorgehensweise, des Ergebnisses des Vorabentscheidungsersuchens und der Anzahl der Kreditnehmer, die diese Ansprüche geltend machen, lassen sich die Auswirkungen und der mögliche Schaden zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht endgültig beziffern. In diesem Zusammenhang wurde eine Rückstellung in Höhe von € 59 Millionen (Vorjahr: € 67 Millionen) gebildet.

Polen

In Polen ist eine erhebliche Anzahl zivilrechtlicher Klagen hinsichtlich bestimmter vertraglicher Regelungen im Zusammenhang mit Hypothekarkrediten an Konsumenten, die in Fremdwährungen denominiert oder an eine Fremdwährung gekoppelt sind, anhängig. Zum 30. Juni 2024 lag der Gesamtstreitwert dieser Verfahren bei rund PLN 6.692 Millionen (€ 1.553 Millionen). Die Anzahl der Klagen steigt weiter an.

In diesem Zusammenhang hat sich ein polnisches Gericht an den Gerichtshof der europäischen Union (EuGH) gewandt, um klären zu lassen, ob bestimmte Klauseln dieser Verträge gegen europäisches Recht verstoßen und missbräuchlich verwendet wurden. Die im Oktober 2019 dazu in einem Vorabentscheidungsverfahren ergangene Entscheidung des EuGH (C-260/18) gibt keine Antwort bezüglich einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigkeit der Kreditverträge, sondern lediglich eine

Orientierungshilfe für die Interpretation, nach welchen Grundsätzen nationale Gerichte auf Einzelfallbasis zu entscheiden haben. Demnach soll ein Kreditvertrag ohne missbräuchliche Klauseln wirksam bleiben, solange dies mit nationalem Recht im Einklang steht. Sofern der Kreditvertrag allerdings ohne die missbräuchliche Klausel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, würde der Vertrag insgesamt unwirksam. Sollte die Unwirksamkeit des gesamten Kreditvertrags mit wesentlichen negativen Konsequenzen für den Kreditnehmer verbunden sein, so kann die missbräuchliche Klausel von polnischen Gerichten im Einklang mit nationalem Recht durch eine wirksame Klausel ersetzt werden. Die Konsequenzen einer Unwirksamkeit des Vertrags müssen sorgfältig untersucht werden, sodass der Kreditnehmer alle potenziell negativen Folgen einer Unwirksamkeit bedenken kann.

In einem anderen Verfahren, in dem die RBI involviert ist, ersuchte das Bezirksgericht Warszawa-Wola in Warschau den EuGH um Vorabentscheidung über die Ausgestaltung der vertraglichen Regelungen zur Bestimmung der An- und Verkaufskurse für eine Fremdwährung im Falle von Hypothekendarlehen für Verbraucher, die auf eine Fremdwährung indexiert sind. In der Entscheidung vom 18. November 2021 in der Rechtssache C-212/20 vertrat der EuGH die Auffassung, dass der Inhalt einer Klausel eines Darlehensvertrags, die die Ankaufs- und Verkaufskurse einer Fremdwährung festlegt, an die das Darlehen gebunden ist, einem einigermaßen gut informierten und aufmerksamen Verbraucher auf der Grundlage klarer und verständlicher Kriterien ermöglichen muss, zu verstehen, wie der Wechselkurs der Fremdwährung festgelegt wird, der zur Berechnung der Höhe der Rückzahlungsraten verwendet wird. Aufgrund der in einer solchen Bestimmung angegebenen Information soll der Verbraucher in der Lage sein, jederzeit den vom Unternehmen angewendeten Wechselkurs selbst zu ermitteln. In der Begründung führte der EuGH aus, dass eine Bestimmung, die es dem Verbraucher nicht ermöglicht, den Wechselkurs selbst zu bestimmen, missbräuchlich ist. Darüber hinaus wies der EuGH darauf hin, dass das nationale Gericht, wenn die betreffende Klausel eines Verbrauchervertrags missbräuchlich ist, diese Klausel nicht auslegen darf, um ihre Missbräuchlichkeit zu beheben, selbst wenn diese Auslegung dem gemeinsamen Willen der Vertragsparteien entspricht. Nur wenn die Ungültigkeit der missbräuchlichen Klausel das nationale Gericht zur Aufhebung des gesamten Vertrags verpflichten würde, wodurch der Verbraucher besonders nachteiligen Folgen ausgesetzt wäre und damit bestraft würde, könnte das nationale Gericht diese Klausel durch eine ergänzende Bestimmung des nationalen Rechts ersetzen. Der EuGH hat es daher nicht vollständig ausgeschlossen, dass nationale Gerichte in solchen Fällen den Vertrag durch ergänzende Vorschriften des nationalen Rechts ergänzen können, aber Lücken dürfen nicht allein durch nationale Vorschriften allgemeiner Natur gefüllt werden, und ein solches Hilfsmittel darf nur in streng eingeschränkten Fällen, wie vom EuGH angegeben, angewendet werden. Die Beurteilung der Missbräuchlichkeit von Vertragsbestimmungen sowie die Entscheidung über die Vertragsergänzung nach Beseitigung missbräuchlicher Vertragsklauseln fallen jedoch weiterhin in die Zuständigkeit des nationalen Gerichts. Der EuGH hat in keiner Weise entschieden, ob infolge der vorgenannten Aktionen der gesamte Fremdwährungsvertrag nichtig erklärt werden soll.

Am 15. Juni 2023 gab der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-520/21 zu den Folgen der Nichtigklärung eines missbräuchliche Klauseln enthaltenden Hypothekendarlehensvertrags bekannt. Der an den CHF gekoppelte Hypothekendarlehensvertrag war mit der Begründung für nichtig erklärt worden, dass die Umrechnungsklauseln zur Bestimmung des Wechselkurses in PLN für Zwecke der monatlichen Raten missbräuchlich seien und dass der Darlehensvertrag nach Aufhebung der missbräuchlichen Klauseln nicht fortbestehen könne. Der EuGH stellte fest, dass das EU-Recht nicht ausdrücklich die Folgen der Nichtigklärung eines Verbrauchervertrags regelt. Die Bestimmung dieser Folgen obliegt der nationalen Gesetzgebung in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Diese nationalen Rechtsvorschriften müssen mit dem EU-Recht und den damit verfolgten Zielen vereinbar sein, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Lage des Verbrauchers, in der er sich ohne den für nichtig erklärten Vertrag befunden hätte, wiederhergestellt wird und dass der vom EU-Recht angestrebte Abschreckungseffekt nicht gefährdet wird. Nach den Ausführungen des EuGH steht EU-Recht dem nicht entgegen, dass die Verbraucher von der Bank einen Ausgleich verlangen dürfen, der über die Erstattung der gezahlten monatlichen Raten und der zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kosten sowie die Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht. Allerdings ist es Sache der nationalen Gerichte zu beurteilen, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird, wenn solchen Forderungen des Verbrauchers stattgegeben wird. Im Gegensatz dazu steht EU-Recht dem entgegen, dass die Bank von dem Verbraucher einen Ausgleich verlangen darf, der über die Erstattung des zur Erfüllung des Hypothekendarlehensvertrags gezahlten Kapitals sowie der Zahlung von Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgeht.

Weitere Konkretisierungen zu den Folgen der Nichtigklärung eines mit missbräuchlichen Klauseln behafteten Verbraucher-Hypothekendarlehensvertrags hat der EuGH in seinen Urteilen in den Rechtssachen C-756/22 vom 11. Dezember 2023 und C-488/23 vom 12. Januar 2024 und C-424/22 vom 8. Mai 2024 vorgenommen. An keinem dieser Verfahren war die RBI direkt beteiligt. In allen drei Fällen vertrat der EuGH die Auffassung, dass sich die von den vorlegenden Gerichten geforderte Auslegung des EU-Rechts eindeutig aus den früheren Urteilen, insbesondere aus dem im obigen Absatz ausführlich beschriebenen Urteil des EuGH in der Rechtssache C-520/21 vom 15. Juni 2023 ableiten lässt. In der Rechtssache C-756/22 stellte der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist, von einem Verbraucher die Zahlung von Beträgen zu verlangen, die über das in Erfüllung des Darlehensvertrags gezahlte Kapital und die gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung hinausgehen, wenn ein Darlehensvertrag mit der Begründung nichtig erklärt wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält, ohne die er nicht weiter fortbestehen kann. In der Rechtssache C-488/23 stellte der EuGH fest, dass EU-Recht dem entgegensteht, dass Banken von einem Verbraucher – zusätzlich zur Erstattung der zur Vertragserfüllung gezahlten Kapitalbeträge und der gesetzlichen Verzugszinsen ab dem Zeitpunkt der Zahlungsaufforderung – einen Ausgleich verlangen, der in einer gerichtlichen Anpassung der dem gezahlten Kapitalbetrag entsprechenden Leistung im Falle einer wesentlichen Änderung der Kaufkraft der betreffenden Währung nach der Zahlung dieses Kapitals an den betreffenden Verbraucher besteht. In der Rechtssache C-424/22 vom 8. Mai 2024 stellte der EuGH fest, dass die Bank nicht berechtigt ist ein Zurückbehaltungsrecht geltend zu machen, wenn ein Kreditvertrag mit der Begründung nichtig wird, dass er missbräuchliche Klauseln enthält und die Bank daher zu Rückzahlungen an einen Verbraucher verpflichtet ist. Dies bedeutet,

dass die Bank eine derartige Zahlung nicht zurückhalten darf, bis der Schuldner alle Beträge zurückgezahlt hat, die er im Rahmen des Kreditvertrags von der Bank erhalten hat.

Wie sich die zuvor genannten EuGH-Urteile auf die Entscheidungen polnischer Gerichte in einzelnen zivilrechtlichen Verfahren auswirken, kann aufgrund der Komplexität und Unterschiedlichkeit von fallspezifischen Faktoren und möglicherweise unterschiedlichen Zusammenhängen und rechtlichen Feinheiten nicht abschließend eingeschätzt werden.

Am 25. April 2024 verabschiedete die gesamte Zivilkammer des polnischen Obersten Gerichts (das „OG“) einen Beschluss zu rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Darlehen, die an eine Fremdwährung gekoppelt oder in Fremdwährung denominated sind. Im Einklang mit den Urteilen des EuGH entschied das OG, dass, wenn eine Vertragsklausel, die sich auf einen Indexierungsmechanismus bezieht, als rechtswidrig und nicht bindend angesehen wird, sie nicht durch eine andere Methode zur Bestimmung des Wechselkurses ersetzt werden kann, die sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder etablierten Gepflogenheiten ergibt und dass der Darlehensvertrag im verbleibenden Umfang nicht bindend ist. Die Entscheidung darüber, ob eine Vertragsklausel missbräuchlich ist, obliegt dem Gericht, das mit dem Fall des konkreten Darlehensvertrags befasst ist. Ist ein Darlehensvertrag aufgrund rechtswidriger Klauseln nicht bindend, haben beide Parteien einen gesonderten Anspruch auf die Rückzahlung zu Unrecht geleisteter Zahlungen: die Bank auf Rückzahlung des Kapitals und der Kreditnehmer auf Rückzahlung von Zahlungen. Das OG fand keine Rechtfertigung für eine gegenseitige Beilegung der Ansprüche der Parteien durch das Gericht während der Verhandlung des Falles. Die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank auf Rückzahlung der im Rahmen des Kredits gezahlten Beträge beginnt grundsätzlich mit dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem der Kreditnehmer die bindende Wirkung des Kreditvertrags gegenüber der Bank angefochten hat. Der Beginn der Verjährungsfrist hängt somit vom Verhalten des Verbrauchers ab und sollte daher für jeden Vertrag individuell geprüft werden. Mit dieser Entscheidung wurde eine frühere Entscheidung des OG geändert, die vorsah, dass die Verjährungsfrist für den Anspruch der Bank beginnt, nachdem der Verbraucher über die möglichen Folgen einer Ungültigkeitserklärung des Kreditvertrags informiert wurde und der Verbraucher einer solchen Ungültigkeitserklärung zustimmt. Das OG schloss außerdem aus, dass eine Partei Zinsen oder eine andere Vergütung für die Verwendung ihrer Mittel in der Zeit zwischen der ungerechtfertigten Zahlung und der Verzögerung bei der Rückerstattung der Zahlung verlangen kann. Obwohl der Beschluss angenommen wurde, um die aufkommenden Auslegungsfragen im Zusammenhang mit Streitigkeiten über Kredite in Schweizer Franken zu klären, sind die daraus resultierenden Schlussfolgerungen auch auf Kredite in anderen Währungen, einschließlich Kredite in Euro, anwendbar.

Der obige Beschluss des OG in Verbindung mit dem früheren EuGH-Urteil bedeutet, dass in Polen tätige Banken die Fremdwährungsportfolien halten, darunter auch RBI, keine zusätzliche Vergütung und/oder Valorisierung im Zusammenhang mit derartigen nichtig erklärten Verträgen, wie oben dargelegt, fordern können. Banken sollen lediglich die Möglichkeit haben, die Rückzahlung des dem Kunden bei Kreditvergabe bereitgestellten Kapitals einzufordern. Dies berührt nicht die Möglichkeit, die Zahlung von Verzugszinsen zu verlangen, sofern die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Ein beträchtlicher Anstieg an neuen Fällen konnte seit Beginn 2020 beobachtet werden, hauptsächlich hervorgerufen durch die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-260/18 und die gestiegenen Marketingaktivitäten von Anwaltskanzleien, die für Kreditnehmer tätig sind. Im Jahr 2023 verzeichnete die polnische Filiale fast 5.400 neue Fälle, im Jahr 2024 wurden durchschnittlich über 500 neue Fälle pro Monat, und damit fast 3.300 Fälle im ersten Halbjahr, verzeichnet. Es wird erwartet, dass die hohe Anzahl der Fälle zumindest bis zum Ende dieses Jahres anhält. Ein solcher Anstieg neuer Fälle betraf nicht nur die polnische Filiale, sondern alle Banken, die mit Fremdwährungskreditportfolios in Polen befasst sind.

Darüber hinaus könnten sich polnische Gerichte künftig mit weiteren Vorabentscheidungsersuchen in anderen zivilrechtlichen Verfahren an den EuGH wenden. Diese Entscheidungen könnten zu weiteren Klarstellungen durch den EuGH führen und einen Einfluss darauf haben, wie gerichtsanhängige Verfahren im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten von nationalen polnischen Gerichten entschieden werden.

Die Folgenabschätzung für Kreditverträge, die an eine Fremdwährung gekoppelt sind oder auf eine Fremdwährung lauten, kann auch durch das Ergebnis laufender Verwaltungsverfahren beeinflusst werden, die der Präsident des Amts für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) gegen die polnische Filiale der RBI führt. Solche Verwaltungsverfahren beruhen unter anderem auf der behaupteten Praxis einer Verletzung von kollektiven Verbraucherinteressen sowie darin, dass Klauseln in Standardvereinbarungen als benachteiligend eingestuft werden. Darüber hinaus führten und könnten solche Verfahren zu Verwaltungsstrafen gegen die polnische Filiale und im Falle von Berufungen zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren führen. Das Ergebnis der genannten Verwaltungsverfahren sowie die in diesem Zusammenhang auferlegten Verpflichtungen und Strafen könnten die Art und Weise wie zwischen der RBI und Kreditnehmern geschlossene FX-indexierte oder FX-denominierte Vereinbarungen erfüllt werden, beeinflussen. Sie könnten auch Auswirkungen auf Zivilklagen, an denen die RBI beteiligt ist, im Zusammenhang mit diesen Vereinbarungen haben.

Darüber hinaus leitete der polnische Finanz-Ombudsmann, der im Namen von zwei Kreditnehmern handelte, ein Zivilverfahren gegen die RBI ein, in dem die Anwendung unlauterer Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern in einem Fall behauptet wird, in dem die RBI – nach Aufhebung eines Kreditvertrags – den vollen ursprünglich ausgegebenen Kreditbetrag ohne zwischenzeitlich geleistete Rückzahlungen sowie für die Verwendung von Kapital durch die Kreditnehmer fällige Beträge, aufgrund des Grundsatzes der ungerechtfertigten Bereicherung eingefordert hatte und verlangt, diese Praxis einzustellen. Im Mai 2023 wurde die Klage des Finanz-Ombudsmanns in erster Instanz abgewiesen. Laut Register des Berufungsgerichts legte der Finanz-Ombudsmann Berufung gegen dieses Urteil ein, die Berufung wurde der RBI jedoch noch nicht zugestellt.

Die RBI hat für die in Polen eingebrachten und erwarteten Klagen für Schweizer-Franken- und Euro-Kredite inklusive Verzugszinsen, die an Kunden zu zahlen sein werden, vorgesorgt. Da Klagen von einer Reihe von Kunden eingebracht wurden, basiert diese Rückstellung auf einem statistischen Ansatz, der sowohl statistische Daten, soweit diese relevant sind, als auch Expertenmeinungen berücksichtigt. In diesem Kapitel umfasst der Begriff Rückstellung Vorsorgen gemäß IFRS 9, bei denen der Bruttobuchwert aufgrund einer Anpassung der erwarteten zukünftigen Cashflows um den rückzustellenden Betrag reduziert wird, sowie Rückstellungen gemäß IAS 37.

Die RBI hat ein Portfolio von rund 24 Tausend aktiven CHF-Darlehen mit einer Gesamtaushaftung von rund € 1,7 Milliarden und rund 11 Tausend CHF-Darlehen, die bereits getilgt wurden. Dies beinhaltet auch Darlehen, von welchen nicht erwartet wird, dass sie Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten werden. Zusätzlich hat die RBI rund 10 Tausend in Euro vergebene Darlehen mit einem Volumen von rund € 400 Millionen ausstehend. 8 Tausend weitere in Euro vergebene Darlehen wurden bereits zurückbezahlt.

Die sich daraus ergebende Rückstellung beträgt € 1.895 Millionen (Vorjahr: € 1.652 Millionen), davon € 1.797 für Schweizer-Franken- und € 97 Millionen für Euro-Kredite. Die Gesamthöhe der Rückstellung stellt die bestmögliche Schätzung des zukünftigen Abflusses von wirtschaftlichem Nutzen dar. Bei der Berechnung der Rückstellung für in Polen eingereichte Klagen ist es notwendig, sich eine Meinung zu Sachverhalten zu bilden, die grundsätzlich ungewiss sind, wie beispielsweise regulatorische Verlautbarungen, die Anzahl zukünftiger Beschwerden, der Umfang, in dem diese aufrechterhalten werden, und die Auswirkungen von Rechtsentscheidungen, die für eingegangene Ansprüche relevant sein können.

Rumänien

Im Oktober 2017 hat die rumänische Verbraucherschutzbehörde (ANPC) die rumänische Netzwerkbank, Raiffeisen Bank SA, Bukarest (RBRO), angewiesen, ihre angebliche Praxis, ihre Kunden nicht über künftige Änderungen des den Kunden verrechneten Zinssatzes zu informieren, einzustellen. Die Anordnung sah eine direkte Geldrückerstattung oder Zahlung seitens RBRO nicht ausdrücklich vor. Die RBRO hat diese Anordnung vor Gericht bekämpft, aber das Verfahren letztendlich verloren. Im September 2022 wurde die Entscheidung schriftlich ausgefertigt. Nach ersten Gesprächen mit der ANPC und gemäß einem externen Rechtsgutachten hat RBRO neue Rückzahlungspläne erstellt und begonnen, bestimmte Beträge und damit verbundene Zinsen an betroffene Kunden zurückzuzahlen. Basierend auf den aktuellsten internen Berechnungen wird erwartet, dass die negativen finanziellen Auswirkungen € 28,5 Millionen nicht übersteigen werden. Nachdem fast der gesamte oben genannte Betrag an Kunden ausgezahlt wurde, hat ANPC die RBRO aufgefordert detaillierte Informationen zur Umsetzung der Gerichtsentscheidung zur Verfügung zu stellen und RBRO ist dieser Aufforderung nachgekommen. Es wurde eine Rückstellung in Höhe von € 2 Millionen (Vorjahr: € 3 Millionen) gebildet.

Darüber hinaus ist die RBRO in eine Reihe von Gerichtsverfahren, darunter auch Sammelklagen, sowie in Verwaltungsverfahren der ANPC insbesondere im Zusammenhang mit Verbraucherkrediten und Girokontenverträgen involviert. Die Verfahren basieren im Wesentlichen auf der Behauptung, dass bestimmte vertragliche Bestimmungen und Praktiken der RBRO gegen Verbraucherschutzgesetze und -vorschriften verstoßen. Solche Verfahren können Verwaltungsstrafen, die Unwirksamkeit von Vertragsklauseln, die rückwirkende Änderung von Zahlungsplänen und die Erstattung bestimmter Gebühren oder Teile von Zinszahlungen, die Kunden in der Vergangenheit in Rechnung gestellt wurden, nach sich ziehen.

Eines der ANPC-Verfahren betrifft einen großen Teil des rumänischen Bankensektors, darunter auch RBRO. ANPC hat die Methode bestritten, wie Raten im Zusammenhang mit Verbraucherkrediten berechnet werden, und behauptet, dass Rückzahlungspläne mit festen Raten, die sich zu Beginn der Rückzahlung aus einem größeren Zinsanteil und einem geringeren Kapitalanteil zusammensetzen, für Verbraucher nachteilig sein und daher zu gleichen Teilen aus Kapital und Zinsen bestehen sollten. Sie erließ eine Anordnung, diese Praxis einzustellen, aber eine Reihe von Banken, darunter RBRO, haben vor Gericht eine Aussetzung der Anwendung dieser ANPC-Maßnahme erwirkt. Da der Inhalt der Anordnung unklar ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgestellt werden, ob es zu negativen finanziellen Auswirkungen auf RBRO kommen wird und, wenn ja, welcher mögliche Schaden damit verbunden ist. Im Falle einer zwingenden Änderung der Rückzahlungspläne könnten die Auswirkungen jedoch erheblich sein.

Im Juni 2024 erhielt RBRO einen weiteren ANPC-Bericht, der im Wesentlichen den gesamten rumänischen Bankenmarkt betrifft und auf einer ANPC-Untersuchung darüber basiert, wie Banken der Verpflichtung zur ausreichenden Information der Kunden nachkommen. Basierend auf dem Vorwurf einer „betrügerischen Praxis“ der Banken verlangt der Bericht von den Banken, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Bei Verbraucherkrediten mit variablen Zinssätzen ist ANPC der Meinung, dass die Banken einen Zinssatz hätten anwenden sollen, der aus einem öffentlichen Index (wie ROBOR, EURIBOR, etc.) plus einer Marge besteht, und nicht eine Art „Marktzinssatz“ (nicht an einen öffentlichen Index gebunden). Somit müssten variable Zinssätze, die als „Marktzinssätze“ ausgestaltet sind, auch rückwirkend, neu berechnet werden, indem vom anfänglichen variablen Zinssatz der zu Beginn der ersten variablen Zinsperiode gültige öffentliche Index abgezogen wird. Die Differenz würde dann als Marge auf den öffentlichen Index angewendet, der für die jeweilige variable Zinsperiode gilt, und das Ergebnis würde den Zinssatz für diese Periode darstellen. Da sich die Ratenzahlungen aus Zins- und Tilgungszahlungen zusammensetzen, unterliegen alle Komponenten einer Neuberechnung, als ob der Index plus Marge von Anfang an angewendet worden wäre. (ii) Bei CHF-Darlehen müssten die ausstehenden Kapitalbeträge sowie die Raten neu berechnet werden, indem das CHF-Exposure zu dem zum Datum der jeweiligen Kreditverträge gültigen Wechselkurs in Euro umgerechnet wird und die Raten berechnet werden, als ob die Kredite in Euro gewährt worden wären, jedoch unter Anwendung des CHF-Zinssatzes. Beide Maßnahmen scheinen sowohl für laufende Kredite als auch für Kredite zu gelten, die in den letzten sechs Monaten vor dem Datum des ANPC-Berichts (7. Juni 2024) zurückgezahlt wurden. RBRO ist der Meinung dass sie rechtskonform gehandelt hat und hat gegen den ANPC

Bericht Rechtsmittel eingelegt. Sollte diese Klage abgewiesen werden, wird dies infolge der beiden zuvor erwähnten Neuberechnungsmaßnahmen, zu Rückzahlungen an die betroffenen Kunden führen.

Bankgeschäft

Im ersten Quartal 2021 erfuhr die RBI von einer Klage, die ein indonesisches Unternehmen bereits im November 2020 in Jakarta gegen sie eingereicht hatte. Die behauptete Forderung auf Ersatz von Vermögensschäden wird mit rund USD 129 Millionen (€ 121 Millionen) und die auf Ersatz von ideellen Schäden mit USD 200 Millionen (€ 187 Millionen) beziffert. Die Klage wurde der RBI im Mai 2022 zugestellt. Am 27. Juni 2023 entschied das Bezirksgericht Süd-Jakarta (Pengadilan Negeri Jakarta Selatan), dass die RBI gegenüber dem indonesischen Unternehmen eine rechtswidrige Handlung gesetzt habe, und verurteilte die RBI zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von USD 119 Millionen (€ 111 Millionen). Die RBI hat angesichts der Rechts- und Faktenlage gegen dieses Urteil beim Landesgericht Jakarta (Pengadilan Tinggi Jakarta) Berufung erhoben. Im März 2024 entschied das Landesgericht Jakarta zugunsten der RBI und wies die Klage mangels indonesischer Gerichtsbarkeit zurück. Der Kläger brachte im Juni 2024 eine Revision beim Obersten Gerichtshof Indonesiens (Mahkamah Agung Republik Indonesia) ein, gegen welche die RBI eine Revisionsbeantwortung einreichte.

Durchsetzung durch Regulierungsbehörden

Nach einer Rechnungsprüfung durch den rumänischen Rechnungshof in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Aedificium Banca pentru Locuinte S.A. (RBL), (ehemalige Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.), einer Bausparkasse und Tochtergesellschaft der Raiffeisen Bank S.A., Bukarest, erklärte der Rechnungshof, dass einige Mängel festgestellt und Bedingungen für die Auszahlung von staatlichen Bausparförderungen nicht erfüllt worden seien. Sollte es der RBL nicht gelingen, diese Beträge von ihren Kunden zurückzufordern oder eine zufriedenstellende Dokumentation vorzulegen, kann sie für die Zahlung dieser Mittel haftbar gemacht werden. Die RBL hat die Überprüfungsergebnisse des rumänischen Rechnungshofs in einem Gerichtsverfahren angefochten und hinsichtlich der relevantesten behaupteten Mängel obsiegt. Es wurde beim rumänischen Obersten Gerichts- und Kassationshof Berufung erhoben. Im November 2020 hob der rumänische Oberste Gerichts- und Kassationshof die vorherige Gerichtsentscheidung auf und bestätigte die Ansicht des rumänischen Rechnungshofs. Auf Antrag der RBL ersuchte der rumänische Oberste Gerichts- und Kassationshof das Verfassungsgericht, zu entscheiden, ob der Rechnungshof grundsätzlich berechtigt war, die RBL zu überprüfen. Das Verfahren ist noch anhängig und könnte es der RBL je nach Ergebnis ermöglichen, ein außerordentliches Rechtsmittel gegen die Entscheidung des rumänischen Obersten Gerichts- und Kassationshofs zu erheben. Ende Juni 2022 nahm die RBL eine rechtliche Bestimmung in Anspruch, die es Unternehmen ermöglicht, Schulden an den Staat (Hauptbetrag/principal – bzw. die staatlichen Bausparförderungen) zu zahlen und von der Zahlung zusätzlicher Beträge (Strafzinsen) befreit zu werden. Die RBL hat den Hauptbetrag in Höhe von € 23 Millionen bezahlt und einen Antrag auf Befreiung von der Zahlung zusätzlicher Beträge in Höhe von € 30 Millionen gestellt. Im Juli 2022 lehnte das Ministerium für Entwicklung, Öffentliche Arbeiten und Verwaltung den Antrag der RBL auf Befreiung ab. Die RBL hat diese Entscheidung vor Gericht angefochten. Im Dezember 2022 forderte das Ministerium die RBL auf, auch die Strafen innerhalb von 30 Tagen zu bezahlen. Die RBL hat diese Zahlungsaufforderung sowohl beim Ministerium als auch vor Gericht angefochten. Zusätzlich hat die RBL vor Gericht einen Antrag auf Aussetzung der Zahlungsaufforderung gestellt, da die RBL der Auffassung ist, dass die Befreiung gewährt werden hätte müssen und die RBL daher von der Strafzahlung entbunden werden sollte. Dem Antrag auf Aussetzung der Zahlung wurde vom Gericht stattgegeben. Diese Entscheidung ist nun endgültig. Im Mai 2023 erwirkte RBL eine gerichtliche Entscheidung, dass die Befreiung gewährt werden hätte müssen und dass das Ministerium sie gewähren sollte. Das Ministerium legte gegen diese Entscheidung jedoch ein Rechtsmittel ein. Im Mai 2024 wies das Gericht zweiter Instanz das Rechtsmittel zurück und die Entscheidung des Gerichts erster Instanz, dass das Ministerium die Befreiung gewähren muss, ist nun rechtskräftig. Damit ist RBL von der Zahlung der Strafen befreit. Um diesen Fall formell zu beenden, muss das Ministerium eine formelle Befreiungsentscheidung erlassen.

Im März 2018 wurde von der FMA im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens gegen die RBI eine Verwaltungsstrafe in Höhe von € 2,7 Millionen (die auf der Grundlage des konsolidierten Jahresumsatzes der RBI berechnet wurde und sich auf 0,06 Prozent des letzten verfügbaren konsolidierten Jahresumsatzes beläuft) für eine angebliche Nichteinhaltung von formalen Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit dem Know-your-Customer-Prinzip verhängt (Ursprüngliche FMA-Entscheidung). Nach Auslegung der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) hatte die RBI in einigen wenigen Einzelfällen diese administrativen Verpflichtungen nicht eingehalten. Die FMA behauptete nicht, dass Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hätte oder dass ein Verdacht auf eine kriminelle Handlung oder ein Zusammenhang mit einer solchen bestünde. Die RBI vertrat die Auffassung, dass sie allen Sorgfaltspflichten in Bezug auf die Know-your-Customer-Anforderungen ordnungsgemäß nachgekommen sei, und erhob Beschwerde gegen die Ursprüngliche FMA-Entscheidung in ihrer Gesamtheit. Das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) bestätigte in erster Instanz die Ursprüngliche FMA-Entscheidung (Erste Berufungsentscheidung), wogegen die RBI jedoch in vollem Umfang Revision erhob. Im Dezember 2019 hob der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) die Erste Berufungsentscheidung auf und verwies den Fall an das BVwG zurück. In der erneuten Durchführung des Verfahrens bestätigte das BVwG am 6. Mai 2021 die Ursprüngliche FMA-Entscheidung grundsätzlich erneut, senkte jedoch die Verwaltungsstrafe auf € 824 Tausend und ließ erneut eine (zweite) Revision vor dem VwGH zu (Zweite Berufungsentscheidung). Die RBI erhob demgemäß Revision. Im Juli 2023 hob der VwGH die Zweite Berufungsentscheidung auf und verwies den Fall wieder an das BVwG zurück. In der erneuten Durchführung des Verfahrens bestätigte das BVwG am 25. April 2024 grundsätzlich erneut die Ursprüngliche FMA-Entscheidung, aber senkte die Verwaltungsstrafe auf € 2 Millionen (von dem in der Ursprünglichen FMA-Entscheidung verhängten Betrag von € 2,7 Millionen) und ließ erneut eine (dritte) Revision vor dem VwGH zu (Dritte Berufungsentscheidung). Die RBI erhob demgemäß Revision. Es wurde eine Rückstellung in angemessener Höhe gebildet.

Im September 2018 wurde von der FMA im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens zwei Verwaltungsstrafen in Höhe von insgesamt PLN 55 Millionen (€ 13 Millionen) gegen Raiffeisen Bank Polska S.A (RBPL), die ehemalige polnische Tochtergesellschaft der RBI, verhängt, da sie ihren Pflichten als Verwahrstelle und Liquidator bestimmter Investmentfonds angeblich nicht nachgekommen ist. Die RBPL als Verwahrstelle von Investmentfonds hat im Februar 2018 die Rolle des Liquidators für bestimmte Fonds übernommen. Nach Einschätzung der polnischen Finanzaufsichtsbehörde (KNF) ist die RBPL bestimmten Verpflichtungen in ihrer Funktion als Depotbank und Liquidator der Fonds nicht nachgekommen. Im Zuge der Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Kernbankengeschäfts der RBPL an die Bank BGZ BNP Paribas S.A. hat die RBI die Verantwortung für die dargelegten Verwaltungsverfahren und die damit verbundenen Strafen übernommen. Die RBI hat gegen sämtliche Strafen Berufung eingelegt. Im September 2019 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft der Berufung der RBI in Bezug auf die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) bezüglich der Pflichten der RBPL als Depotbank stattgegeben und die Entscheidung der KNF vollständig aufgehoben. Die KNF legte gegen das Urteil Kassationsbeschwerde ein. Im Hinblick auf die Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 12 Millionen) in Bezug auf die Funktion der RBPL als Liquidator hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung abgewiesen und die Entscheidung der KNF vollständig bestätigt. Die RBI hat beim Obersten Verwaltungsgericht Kassationsbeschwerde eingelegt, da sie der Ansicht ist, dass die RBPL all ihren Pflichten vollumfänglich nachgekommen ist. Im April 2023 verwies das Oberste Verwaltungsgericht den Fall bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) zur erneuten Prüfung an das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft zurück. Weiters hat das Oberste Verwaltungsgericht die Kassationsbeschwerde der RBI bezüglich der Geldstrafe in Höhe von PLN 50 Millionen (€ 12 Millionen) abgewiesen. Diese ist nunmehr final. Allerdings legte die RBI im Oktober 2023 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde in Bezug auf dieses Urteil ein. Im Oktober 2023 hat das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft die Berufung der RBI abgewiesen und die Entscheidung der KNF, welche die Strafe in Höhe von PLN 5 Millionen (€ 1 Million) gegen die RBI aufgrund angeblicher Pflichtverletzung als Depotbank für bestimmte Investmentfonds verhängte, bestätigt. Gegen dieses Urteil wurde beim Obersten Verwaltungsgericht Kassationsbeschwerde eingelegt. Beide Geldstrafen wurden bereits bezahlt.

In diesem Zusammenhang wurden mehrere Einzelklagen und vier Sammelklagen, in denen Ansprüche von Inhabern von Zertifikaten der oben genannten, in Liquidation befindlichen Investmentfonds zusammengefasst werden, gegen die RBI eingereicht. Der Gesamtstreitwert per 30. Juni 2024 beträgt rund PLN 77 Millionen (€ 18 Millionen). Darüber hinaus wurde die RBI darüber informiert, dass dem Gericht eine Änderung der Klageschrift vorgelegt wurde, die zu einer Erhöhung des Gesamtstreitwerts um rund PLN 91 Millionen (€ 21 Millionen) führen könnte. Diese Änderung wurde der RBI jedoch noch nicht zugestellt. Die Kläger im Rahmen der Sammelklagen fordern, dass die Verantwortung der RBI für die behaupteten mangelhaften Leistungen der RBPL (deren Rechtsnachfolgerin die RBI ist) als Depotbank festgestellt wird. Eine derartige Feststellung würde die finanziellen Ansprüche der Kläger für weitere Rechtsstreitigkeiten sichern und erleichtern. Aufgrund der Rechtseinschätzung der RBI wurde keine Rückstellung gebildet. Darüber hinaus hat die RBI eine Anzahl von Benachrichtigungen über Ansprüche seitens BNP im Zusammenhang mit bestimmten Bankgeschäften, für die BNP Rechtsnachfolger der RBPL ist, erhalten. Diese Forderungsmittel beziehen sich hauptsächlich auf Verwaltungsverfahren, die von der KNF (Polish Financial Supervision Authority) im Zusammenhang mit angeblichen Versäumnissen der RBPL/BNP als Verwahrer von Investmentfonds durchgeführt wurden, und können zu Geldstrafen führen. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang Ansprüche von Anlegern gegenüber der BNP erhoben. Die RBI unterstützt die BNP in diesen Zusammenhang. Die finanziellen Auswirkungen sind derzeit nicht abschätzbar.

Im November 2020 hat die Bundeskammer für Arbeitnehmer und Angestellte (BAK) eine Unterlassungsklage gegen die Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. (RBSPK), eine hundertprozentige Tochter der RBI, beim Handelsgericht in Wien eingebracht. RBSPK hatte langjährige Bausparverträge in Höhe von insgesamt rund € 94 Millionen gekündigt. Der Mindestzinsatz für diese täglich fälligen Bauspareinlagen lag zwischen 1 Prozent p.a. und 4,5 Prozent p.a. BAK behauptet, dass die RBSPK nicht das Recht hatte, solche Verträge zu kündigen, während die RBSPK der Ansicht ist, dass diese Verträge ein Dauerschuldverhältnis darstellen, das nach österreichischem Recht durch ordnungsgemäße Kündigung gekündigt werden kann. RBSPK erhielt die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts im August 2021 und des zweitinstanzlichen im Februar 2022, beide stellten im Wesentlichen fest, dass die Kündigung der Bausparverträge als unrechtmäßig anzusehen ist. RBSPK hat im März 2022 gegen die Entscheidung des zweitinstanzlichen Gerichts Berufung eingelegt. Im November 2023 erhielt RBSPK die Entscheidung des österreichischen Obersten Gerichtshofs, den Fall an das Handelsgericht Wien zurückzuverweisen, um den Gegenstand der Klage (d. h. die Einzelheiten des Vertragsverhältnisses zwischen RBSPK und ihren Kunden im Hinblick auf die gekündigten Bausparverträge) zu prüfen. Das Handelsgericht Wien hat die Verhandlung im Mai 2024 geschlossen und wird seine Entscheidung schriftlich verkünden. Eine abschließende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs über die Zulässigkeit der Kündigung steht noch aus.

Im Jänner 2023 wurde die RBI von der FMA informiert, dass ein Verwaltungsstrafverfahren wegen einer angeblichen Nichteinhaltung von bestimmten rechtlichen Vorschriften bezüglich dem Know-Your-Customer Prinzip in Verbindung mit drei Kunden aus dem Korrespondenzbankgeschäft der RBI eingeleitet wurde. Die verfahrensgegenständlichen Transaktionen wurden von der RBI zwischen 2017 und 2020 abgewickelt. Gemäß der Auslegung der FMA hätte sich die RBI nicht ausreichend davon überzeugt, dass diese Banken angemessene Due-Diligence-Prozesse zu ihren eigenen Kunden aus deren eigenen Korrespondenzbankgeschäft implementiert hätten. Daher wäre es der RBI, aus Sicht der FMA, nicht gelungen, ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden Verwaltungsvorschriften vollständig zu erfüllen. Die FMA hat allerdings nicht behauptet, dass tatsächlich Geldwäsche oder ein anderes Verbrechen stattgefunden hätte oder dass ein Verdacht auf oder in Zusammenhang mit einer anderen kriminellen Handlung vorgelegen sei. Im Juni 2024 stellte FMA das Verwaltungsstrafverfahren in Bezug auf eine Bank ohne Strafe ein, verhängte aber eine Verwaltungsstrafe von € 2,07 Millionen über RBI in Bezug auf die anderen beiden Banken. Im Juli 2024 brachte RBI ein Rechtsmittel beim Bundesverwaltungsgericht (BVwG) ein und daher ist die Verwaltungsstrafe noch nicht rechtskräftig.

Im Jänner 2023 erhielt die RBI ein Auskunftersuchen (RFI) vom Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) des US-Finanzministeriums. OFAC überwacht und vollstreckt Wirtschafts- und Handelssanktionen auf der Grundlage der US-Außenpolitik und der nationalen Sicherheitsziele. Ein Verstoß gegen US-Sanktionen kann unter anderem Geldstrafen, das Einfrieren von Konten oder die Beendigung von Geschäftsbeziehungen mit US-Korrespondenzbanken zur Folge haben. Die von OFAC im RFI aufgeworfenen Fragen zielen darauf ab, den Zahlungsverkehr und die damit verbundenen Prozesse der RBI mit US-Korrespondenzbanken vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Zusammenhang mit Russland und der Ukraine zu klären. Die RBI arbeitet seit März 2023 auch mit dem US-Justizministerium (U.S. Department of Justice – „DOJ“) im Zusammenhang mit einer DOJ-Anfrage zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland durch die RBI zusammen. Ein Verstoß gegen das US-Strafrecht im Zusammenhang mit Sanktionen kann unter anderem zu Geldstrafen oder der Ernennung eines Beobachters führen. Die RBI verfügt aus Prinzip über Richtlinien und Verfahren, die konzipiert sind um die Einhaltung anwendbarer Embargos und Finanzsanktionen sicherzustellen, und kooperiert in Bezug auf deren Anfragen uneingeschränkt mit OFAC and DOJ, soweit dies nach geltenden Gesetzen und Vorschriften zulässig ist.

Steuerfälle

Am 7. Juli 2024 wurde ein Antrag auf Vorabentscheidung vom österreichischen Bundesfinanzgericht an den Gerichtshof der Europäischen Union gestellt, mit der Frage, ob die folgende Umsatzsteuerbefreiung des § 6 Abs. 1 Z 28 zweiter Satz österreichisches Umsatzsteuergesetz („UStG“) eine staatliche Beihilfe gemäß Art. 107 Abs. 1 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt. Gemäß § 6 Abs.1 Z 28 zweiter Satz UStG sind sonstige Leistungen steuerfrei, die zwischen Unternehmen erbracht werden, die überwiegend Bank-, Versicherungs- oder Pensionskassenumsätze ausführen, soweit diese Leistungen unmittelbar zur Ausführung der genannten steuerfreien Umsätze verwendet werden, und für die Personalgestellung dieser Unternehmer an die im ersten Satz des § 6 Abs.1 Z 28 UStG genannten Zusammenschlüsse.

Da die RBI unter Einhaltung der österreichischen umsatzsteuerlichen Regeln gehandelt hat, wird, falls erforderlich, der Rechtsweg beschritten.

(39) Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen mit einem maßgeblichen Einfluss sind im Wesentlichen die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, Wien, als größter Einzelaktionär und ihre Muttergesellschaft, die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien, sowie deren vollkonsolidierte Unternehmen. Unter verbundenen Unternehmen sind wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidierte verbundene Unternehmen dargestellt.

Die Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen beschränken sich auf Bankgeschäfte, die zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wurden. Darüber hinaus besitzen die Vorstände Aktien der RBI AG. Detaillierte Informationen dazu sind auf der RBI-Homepage ersichtlich.

30.6.2024	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at- equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	17	424	1.027	940
Eigenkapitalinstrumente	1	205	681	185
Schuldverschreibungen	7	0	83	67
Kredite und Forderungen	9	219	263	688
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.713	138	5.474	1.346
Einlagen	2.713	138	5.472	1.346
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2	0
Sonstige Posten	125	43	474	171
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	99	43	461	155
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	26	0	13	15
Nominalwert von Derivaten	644	0	177	989
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-3	0	0

31.12.2023	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Ausgewählte finanzielle Vermögenswerte	78	424	1.004	940
Eigenkapitalinstrumente	1	187	632	181
Schuldverschreibungen	29	0	110	69
Kredite und Forderungen	49	236	262	691
Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten	2.536	131	5.110	1.213
Einlagen	2.536	131	5.108	1.213
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2	0
Sonstige Posten	100	24	493	143
Erteilte Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	60	24	492	129
Erhaltene Kreditzusagen, Finanzgarantien und sonstige Zusagen	40	0	2	13
Nominalwert von Derivaten	97	0	84	998
Kumulierte Wertminderungen, kumulierte negative Veränderungen des Fair Values aufgrund von Kreditrisiken und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-3	0	0

1.1.-30.6.2024	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Zinserträge	1	4	8	7
Zinsaufwendungen	-45	-2	-79	-37
Dividenderträge	0	15	33	3
Provisionserträge	2	20	6	5
Provisionsaufwendungen	-2	-2	-6	-12
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	3	2	0

1.1.-30.6.2023	Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	Verbundene Unternehmen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Beteiligungen
in € Millionen				
Zinserträge	2	5	7	3
Zinsaufwendungen	-29	-1	-51	-29
Dividenderträge	0	7	29	0
Provisionserträge	2	9	5	5
Provisionsaufwendungen	-3	0	-6	-12
Zu-/Abnahme von Wertminderungen, Fair-Value-Änderungen aufgrund von Kreditrisiko und Rückstellungen für notleidende Forderungen	0	-1	2	0

(40) Mitarbeiter

in Vollzeitäquivalenten	1.1.-30.6.2024	1.1.-30.6.2023
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl	44.876	44.139
davon Angestellte	44.276	43.520
davon Arbeiter	600	619
in Vollzeitäquivalenten	30.6.2024	31.12.2023
Stichtagsbezogene Mitarbeiteranzahl	44.837	44.887
davon Inland	4.950	4.836
davon Ausland	39.887	40.051

Regulatorische Angaben

(41) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Die RBI unterliegt den Eigenmittelerfordernissen gemäß Artikel 92 CRR sowie dem kombinierten Kapitalpuffererfordernis gemäß BWG, das einen Kapitalerhaltungspuffer (§ 22 BWG), einen Systemrisikopuffer (§ 23e BWG), einen Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (§ 23d BWG) und einen antizyklischen Kapitalpuffer (§ 23a BWG) umfasst. Eine Verletzung dieser Anforderungen könnte zu Einschränkungen bei Dividendenausüttungen und Kuponzahlungen führen.

Das in Österreich dafür zuständige Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) empfohlen, einen Systemrisikopuffer (SyRP) und einen Kapitalpuffer für systemrelevante Banken (O-SII-Puffer) für die RBI zu verordnen. Seit 1. Januar 2024 beträgt der SyRP 1 Prozent auf konsolidierter und 0,50 Prozent auf unkonsolidierter Ebene, der O-SII-Puffer 1,50 Prozent auf konsolidierter und 1,75 Prozent auf unkonsolidierter Ebene. Der Kapitalerhaltungspuffer beträgt 2,5 Prozent. Der antizyklische Kapitalpuffer wurde hingegen in Österreich auf 0 Prozent festgesetzt, ergibt jedoch auf Basis jener Pufferraten, die in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt werden, und der entsprechenden gewichteten Durchschnittsberechnung des Geschäfts der RBI 0,66 Prozent.

Darüber hinaus schreibt die EZB der RBI auf Basis des jährlich durchgeführten Supervisory Review and Evaluation Prozesses (SREP) zusätzliches Kapital (Pillar 2 Capital Requirement, P2R) in Höhe von 2,80 Prozent vor, um Risiken abzudecken, die in Säule 1 nicht ausreichend berücksichtigt sind. Zudem erwartet die EZB die Einhaltung der Pillar 2 Guidance (P2G) in Höhe von 1,25 Prozent. Diese Anforderungen gelten seit 1. Januar 2024 und sind nur auf konsolidierter Ebene einzuhalten.

Die Kapitalanforderungen wurden laufend eingehalten, und zum 30. Juni 2024 ergab sich für die CET 1 Quote (inkl. Kombinierten Kapitalpuffererfordernisse) ein Erfordernis in Höhe von 11,73 Prozent, unter Berücksichtigung des P2G eine Quote in Höhe von 12,98 Prozent. Regulatorische Veränderungen werden beobachtet und in der Planung berücksichtigt.

Eigenmittelrechnung

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.991	5.990
Einbehaltene Gewinne	15.270	13.518
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	-4.721	-5.046
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	667	695
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	1.045	1.871
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	18.252	17.028
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-59	-66
Abzugsposten für neu gebildete Wertberichtigungen	0	0
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um eventuelle Steuerschulden) (negativer Betrag)	-657	-620
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-6	-12
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	141	52
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0	0
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	-2	-9
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-20	-20
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-37	-52
davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-37	-52
Sonstige regulatorische Anpassungen	-136	-97
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) gesamt	-775	-825
Hartes Kernkapital (CET1)	17.477	16.203
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	1.669	1.669
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	0	0
Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	52	41
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	-33	-33
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	1.688	1.677
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	19.165	17.881
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.238	2.244
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	36	29
Kreditrisikoanpassungen	267	253
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	-113	-239
Ergänzungskapital (T2)	2.428	2.287
Eigenmittel gesamt (TC = T1 + T2)	21.593	20.168
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	98.453	93.664

Eigenmittelerfordernis und risikogewichtete Aktiva

in € Millionen	30.6.2024		31.12.2023	
	Risikogewichtigtes Obligo	Eigenmittelerfordernis	Risikogewichtigtes Obligo	Eigenmittelerfordernis
Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA)	98.453	7.876	93.664	7.493
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	71.128	5.690	68.068	5.445
Standardansatz (SA)	26.623	2.130	25.966	2.077
Risikopositionsklassen exklusive Verbriefungspositionen	26.623	2.130	25.966	2.077
Zentralstaaten und Zentralbanken	7.654	612	5.285	423
Regionale und lokale Gebietskörperschaften	180	14	119	10
Öffentliche Stellen	129	10	124	10
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	28	2	35	3
Institute	240	19	188	15
Unternehmen	6.354	508	6.412	513
Mengengeschäft	5.371	430	5.131	410
Durch Immobilien besicherte Forderungen	3.023	242	3.249	260
Ausgefallene Forderungen	324	26	548	44
Mit besonders hohem Risiko verbundene Risikopositionen	307	25	56	4
Gedechte Schuldverschreibungen	0	0	0	0
Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	82	7	81	6
Beteiligungen	1.826	146	1.620	130
Sonstige Positionen	1.106	89	3.116	249
Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (IRB)	44.505	3.560	42.102	3.368
IRB-Ansätze, wenn weder eigene Schätzungen der LGD noch Umrechnungsfaktoren genutzt werden	32.899	2.632	32.526	2.602
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0
Institute	3.414	273	3.014	241
Unternehmen - KMU	2.928	234	2.767	221
Unternehmen - Spezialfinanzierungen	4.180	334	4.299	344
Unternehmen - sonstige	22.377	1.790	22.446	1.796
IRB-Ansätze, wenn eigene Schätzungen der LGD bzw. Umrechnungsfaktoren genutzt werden	8.819	705	8.616	689
Risikopositionen gegenüber Unternehmen - Spezialfinanzierung	7	1	0	0
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, KMU	79	6	101	8
Mengengeschäft - durch Immobilien besichert, keine KMU	3.602	288	3.433	275
Mengengeschäft - qualifiziert revolving	504	40	569	46
Mengengeschäft - sonstige KMU	312	25	367	29
Mengengeschäft - sonstige, keine KMU	4.315	345	4.146	332
Beteiligungen	688	55	661	53
Einfacher Risikogewichtungsansatz	0	0	0	0
Sonstige Beteiligungspositionen	0	0	0	0
PD-/LGD-Ansatz	0	0	0	0
Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen	2.099	168	300	24

in € Millionen	30.6.2024		31.12.2023	
	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittel-erfordernis	Risikogewichtetes Obligo	Eigenmittel-erfordernis
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	22	2	21	2
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Anlagebuch	0	0	0	0
Abwicklungs- und Lieferrisiko im Handelsbuch	22	2	21	2
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	10.392	831	8.573	686
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach Standardansätzen (SA)	8.754	700	7.270	582
Börsengehandelte Schuldtitel	1.004	80	917	73
Beteiligungen	56	4	58	5
Besonderer Ansatz für Positionsrisiken in OGA	3	0	1	0
Fremdwährungen	7.677	614	6.292	503
Warenpositionen	14	1	2	0
Risikopositionsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken nach internen Modellen (IM)	1.638	131	1.303	104
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken (OpR)	15.014	1.201	14.786	1.183
Standardansatz (STA) bzw. alternativer Standardansatz (ASA) für operationelle Risiken (OpR)	15.014	1.201	14.786	1.183
Fortgeschrittene Messansätze (AMA) für operationelle Risiken (OpR)	0	0	0	0
Gesamtrisikobetrag für Anpassung der Kreditbewertung	247	20	201	16
Standardisierte Methode	247	20	201	16
Sonstige Risikopositionsbeträge	1.650	132	2.015	161
davon risikogewichtete Positionsbeträge für Kreditrisiko: Verbriefungspositionen (überarbeitete Verbriefungsregeln)	1.650	132	2.015	161

Regulatorische Kapitalquoten

in Prozent	30.6.2024	31.12.2023
Harte Kernkapitalquote (transitional)	17,8%	17,3%
Harte Kernkapitalquote (fully loaded)	17,6%	17,0%
Kernkapitalquote (transitional)	19,5%	19,1%
Kernkapitalquote (fully loaded)	19,3%	18,8%
Eigenmittelquote (transitional)	21,9%	21,5%
Eigenmittelquote (fully loaded)	21,9%	21,4%

Verschuldungsquote

Die Berechnung der Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ist im Teil 7 der CRR definiert. Auf Basis des Artikel 92 der CRR besteht zum 30. Juni 2024 eine verbindliche Anforderung von 3 Prozent:

in € Millionen	30.6.2024	31.12.2023
Gesamtrisikoposition	241.967	229.189
Kernkapital	19.165	17.881
Verschuldungsquote in Prozent (transitional)	7,9%	7,8%
Verschuldungsquote in Prozent (fully loaded)	7,9%	7,7%

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es liegen keine wesentlichen Ereignisse nach Ende der Berichtsperiode vor.

Kennzahlen

Alternative Leistungskennzahlen (Alternative Performance Measures, APM)

Der Konzern verwendet im Rahmen seiner Finanzberichterstattung auch alternative, nicht in den IFRS- oder CRR-Vorschriften definierte Leistungskennzahlen, um seine Finanz- und Ertragslage darzustellen. Sie sollten nicht isoliert, sondern als ergänzende Informationen betrachtet werden.

Diese Kennzahlen werden in der Finanzbranche häufig zur Analyse und Beschreibung der Ertrags- und Finanzlage verwendet. Die zur Berechnung verwendeten einzelnen Abschlussposten ergeben sich dabei aus der Art der Geschäftstätigkeit des Konzerns als Universalbankengruppe. Dabei ist zu beachten, dass die Definitionen von Unternehmen zu Unternehmen variieren. Daher werden die von der RBI verwendeten Kennzahlen nachfolgend definiert.

Betriebsergebnis – Beschreibt das operative Ergebnis einer Bank im Berichtszeitraum; errechnet sich aus den Betriebserträgen (vor Wertminderungen) abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Sind primär Ertragsbestandteile des laufenden operativen Geschäftsbetriebs (vor Wertminderungen), sie bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Cost/Income Ratio – Gibt die Kosten des Unternehmens in Relation zum Ertrag an und vermittelt damit ein klares Bild über die operative Effizienz. Banken verwenden diese Kennzahl zur Unternehmenssteuerung und für den Vergleich ihrer Effizienz mit denen anderer Finanzinstitute. Errechnet wird die Cost/Income Ratio als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen (abzüglich Transaktionssteuer) zu den Betriebserträgen (abzüglich weiterverrechneter Transaktionssteuer sowie vor Wertminderungen). Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte. Die Betriebserträge bestehen aus Zinsüberschuss, Dividendenerträgen, laufendem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen, Ergebnis aus Hedge Accounting und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Effektive Steuerquote – Verhältnis von tatsächlichem Steueraufwand zum Ergebnis vor Steuern. Die effektive Steuerquote unterscheidet sich aufgrund zahlreicher Rechnungslegungsfaktoren häufig vom gesetzlichen Steuersatz und ermöglicht damit einen besseren Vergleich zwischen Unternehmen. Die effektive Steuerquote bezeichnet den Durchschnittssatz, mit dem das Vorsteuerergebnis eines Unternehmens besteuert wird. Sie berechnet sich aus dem Gesamtsteueraufwand (Steuern vom Einkommen und Ertrag) in Relation zum Ergebnis vor Steuern. Der Gesamtsteueraufwand umfasst die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern.

Loan/Deposit Ratio – Wird verwendet, um die Liquidität einer Bank zu beurteilen. Sie errechnet sich aus den Forderungen an Nicht-Finanzunternehmen und Haushalte in Relation zu den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Finanzunternehmen und Haushalten.

Nettozinsspanne – Wird für den Vergleich mit anderen Banken und als interne Kennzahl für die Rentabilität von Produkten und Segmenten verwendet; errechnet sich aus dem Zinsüberschuss in Relation zu den durchschnittlichen zinstragenden Aktiva (Gesamtaktiva abzüglich Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Steuerforderungen und sonstige Aktiva).

Neubildungsquote – Indikator für die Entwicklung der Risikokosten und die Vorsorgepolitik eines Unternehmens; berechnet sich aus den Wertminderungen und -aufholungen auf finanzielle Vermögenswerte (Kundenforderungen) in Relation zu den durchschnittlichen Kundenforderungen.

NPE/Non-performing Exposure, notleidendes Obligo – Beinhaltet alle notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPL/Non-performing Loans, notleidende Kredite – Beinhaltet alle notleidenden Kredite nach der gültigen Definition des EBA-Dokuments Implementing Technical Standards (ITS) on Supervisory Reporting (Forbearance and Non-performing Exposures).

NPE Ratio – Anteil der notleidenden Kredite und Schuldverschreibungen an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPL Ratio – Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Kennzahl zeigt die Qualität des Kreditportfolios der Bank an und ist ein Indikator für ihre Effizienz in der Steuerung von Kreditrisiken.

NPE Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite und Schuldverschreibungen durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPE zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute und Schuldverschreibungen.

NPL Coverage Ratio – Zeigt an, in welchem Umfang notleidende Kredite durch Wertminderungen (Stage 3) abgedeckt sind, und gibt damit auch Auskunft über die Fähigkeit der Bank, Verluste aus NPL zu verkraften; errechnet sich anhand der Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden und Kreditinstitute im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Return on Assets (ROA vor/nach Steuern, Vermögensrendite) – Rentabilitätskennzahl, die misst, wie effektiv ein Unternehmen sein Vermögen in einem gegebenen Zeitraum gewinnbringend verwalten kann; berechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern bzw. nach Steuern in Relation zu den durchschnittlichen Aktiva (basierend auf der Bilanzsumme; durchschnittlich bezeichnet den Mittelwert der Jahresendzahl und der entsprechenden Monatswerte).

Return on Equity (ROE vor/nach Steuern, Eigenkapitalrendite) – Rentabilitätskennzahl für Management und Investoren, die sich aus dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Periodenergebnis im Verhältnis zum jeweiligen Basiswert (Eigenkapital oder gesamte Aktiva) berechnet. Der ROE zeigt die Ertragskraft der Bank gemessen an dem von ihren Aktionären investierten Kapital und damit den Erfolg von deren Investition. Dieser Parameter eignet sich gut dazu, die Rentabilität einer Bank mit jener anderer Finanzinstitute zu vergleichen; berechnet wird er aus dem Ergebnis vor Steuern oder nach Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital auf Monatsbasis (inklusive Kapital nicht beherrschender Anteile, ohne Ergebnis).

Konzern-Return-on-Equity – Berechnet sich aus dem Konzernergebnis abzüglich des Dividendenanspruchs auf das zusätzliche Kernkapital im Verhältnis zum durchschnittlichen Konzern-Eigenkapital. Konzern-Eigenkapital ist das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital. Es wird durchschnittlich auf Monatsbasis ohne Kapital nicht beherrschender Anteile und ohne Konzernergebnis ermittelt.

Return on Risk-Adjusted Capital (RORAC) – Kennzahl für die risikoorientierte Erfolgssteuerung, die die Verzinsung des risikoadjustierten Eigenkapitals (ökonomisches Kapital) anzeigt; errechnet sich als Quotient aus dem Konzernergebnis und dem risikoadjustierten Kapital (d. h. dem durchschnittlichen ökonomischen Kapital). Diese Kennzahl für den Kapitalbedarf wird im Rahmen des ökonomischen Kapitalmodells für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ermittelt.

Eigenmittelspezifische Kennzahlen

Harte Kernkapitalquote – Hartes Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD-IV-Richtlinie.

Eigenmittelquote – Gesamte Eigenmittel in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Verschuldungsquote (Leverage Ratio) – Verhältnis des Kernkapitals zu allen Aktivposten in der Bilanz und außerbilanziellen Posten, soweit sie bei der Festlegung der Kapitalmessgröße nicht abgezogen werden. Die Berechnung erfolgt gemäß der in der CRD-IV-Richtlinie festgelegten Methode.

Risikogewichtete Aktiva gesamt (RWA) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationelles Risiko.

Kernkapitalquote – Kernkapital in Relation zu den gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	Basispunkte
BWG	Bankwesengesetz
CDS	Kreditausfalltausch (Credit Default Swap)
CE	Zentraleuropa (Central Europe)
CEE	Zentral- und Osteuropa (Central and Eastern Europe)
CET 1	Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)
CoE	Eigenkapitalkosten (Cost of Equity)
CRR	Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation)
DCF	Abgezinster Zahlungsstrom (Discounted Cash-Flow)
EAD	Ausfallkredithöhe (Exposure at Default)
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
ECL	Erwartete Kreditverluste (Expected Credit Losses)
EE	Osteuropa (Eastern Europe)
ESAEG	Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
ESG	Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance)
EZB	Europäische Zentralbank
FMA	Finanzmarktaufsicht
FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium
HQLA	Erstklassige, hochliquide Aktiva (High Quality Liquid Assets)
IAS/IFRS	International Accounting Standards/International Financial Reporting Standards
IBOR	Referenzzinssatz im Interbankengeschäft (Interbank Offered Rate)
IPS	Institutionelles Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme)
IRB	Auf internen Beurteilungen basierender Ansatz (Internal Ratings Based)
ITS	Technische Durchführungsstandards (Implementing Technical Standards)
LCR	Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio)
LGD	Ausfallverlustquote (Loss Given Default)
MREL	Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities)
NPE	Notleidendes Obligo (Non-Performing Exposure)
NPL	Notleidende Kredite (Non-Performing Loans)
NSFR	Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio)
OTC	Außerbörslich (Over The Counter)
PD	Überfällig (Past Due)
PEPP	Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme)
POCI	Erworbene oder ausgereichte wertgeminderte Vermögenswerte (Purchased or Originated Credit Impaired)
RBI	Raiffeisen Bank International Konzern
RBI AG	Raiffeisen Bank International Aktiengesellschaft
RWA	Risikogewichtete Aktiva (Risk-Weighted Assets)
RORAC	Risikoadjustierte Eigenkapitalrendite (Return on Risk Adjusted Capital)
SA	Standardansatz (Standardized Approach)
SA-CCR	Standardansatz im Kontrahentenrisiko (Standardized Approach to Counterparty Credit Risk)
SEE	Südosteuropa (Southeastern Europe)
SICR	Signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos (Significant Increase in Credit Risk)
SIRP	Spezielle Verzinsungsperiode (Special Interest Rate Period)
SRB	Systemrisikopuffer (Systemic Risk Buffer)
SREP	Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
TLTRO	Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations)
UNEP FI	Finanz-Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UN Environment Programme Finance Initiative)
VaR	Value-at-Risk
WACC	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital)

➤ Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgeblichen Rechnungslegungsstandards aufgestellte verkürzte Konzernzwischenabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und dass der Halbjahreslagebericht des Konzerns ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bezüglich der wichtigen Ereignisse während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres und ihrer Auswirkungen auf den verkürzten Konzernzwischenabschluss, bezüglich der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten in den restlichen sechs Monaten des Geschäftsjahres und bezüglich der offengelegten wesentlichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen vermittelt.

Qualifiziert elektronisch signiert von:

Wien, am 29. Juli 2024

Der Vorstand

Dr. Johann Strobl e.h.
Vorsitzender des Vorstands, CEO

Mag. Andreas Gschwenter e.h.
Mitglied des Vorstands, COO/CIO

Dr. Hannes Mösenbacher e.h.
Mitglied des Vorstands, CRO

Mag. Marie-Valerie Brunner e.h.
Mitglied des Vorstands, CIB Customer Coverage

Lic. Mgr. Łukasz Januszewski e.h.
Mitglied des Vorstands, CIB Products & Solutions

Dr. Andrii Stepanenko e.h.
Mitglied des Vorstands, Retail Banking

➤ Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses

Einleitung

Wir haben den beigefügten verkürzten Konzernzwischenabschluss der Raiffeisen Bank International AG, Wien, für den Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis zum 30. Juni 2024 prüferisch durchgesehen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss umfasst die Bilanz zum 30. Juni 2024, die Gesamtergebnisrechnung, die Kapitalflussrechnung und die Eigenkapitalveränderungsrechnung für den Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis 30. Juni 2024 sowie den verkürzten Anhang, der die wesentlichen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zusammenfasst und sonstige Erläuterungen enthält.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Aufstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, verantwortlich.

Unsere Verantwortung ist es, auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht eine zusammenfassende Beurteilung über diesen verkürzten Konzernzwischenabschluss abzugeben.

Bezüglich unserer Haftung gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 125 Abs 3 Börsegesetz in Verbindung mit § 275 Abs 2 UGB und § 62a BWG sinngemäß zur Anwendung.

Umfang der prüferischen Durchsicht

Wir haben die prüferische Durchsicht unter Beachtung der in Österreich geltenden berufsetzlichen Grundsätze, insbesondere des Fachgutachtens KFS/PG 11 "Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen", sowie des International Standard on Review Engagements (ISRE) 2410 "Review of Interim Financial Information Performed by the Independent Auditor of the Entity" durchgeführt.

Die prüferische Durchsicht eines Zwischenabschlusses umfasst Befragungen, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Personen, sowie analytische Beurteilungen und sonstige Erhebungen. Eine prüferische Durchsicht ist von wesentlich geringerem Umfang und umfasst geringere Nachweise als eine Abschlussprüfung gemäß österreichischen und internationalen Prüfungsstandards und ermöglicht es uns daher nicht, eine mit einer Abschlussprüfung vergleichbare Sicherheit darüber zu erlangen, dass uns alle wesentlichen Sachverhalte bekannt werden. Aus diesem Grund erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

Zusammenfassende Beurteilung

Auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte verkürzte Konzernzwischenabschluss nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, vermittelt.

Stellungnahme zum Konzernzwischenlagebericht und zur Erklärung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 125 BörseG 2018

Wir haben den beigefügten Konzernzwischenlagebericht gelesen und dahingehend beurteilt, ob er keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss aufweist. Der Konzernzwischenlagebericht enthält nach unserer Beurteilung keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Konzernzwischenabschluss.

Der Halbjahresfinanzbericht enthält die von § 125 Abs. 1 Z 3 BörseG 2018 geforderte Erklärung der gesetzlichen Vertreter.

Qualifiziert elektronisch signiert von:

Wien, am 29. Juli 2024

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Dr. Peter Bitzyk

Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichtes mit unserem Bericht über die prüferische Durchsicht darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen.

> Impressum

Raiffeisen Bank International AG
Am Stadtpark 9
1030 Wien
Österreich
Telefon: +43-1-71 707-0
www.rbinternational.com

Redaktion: Group Investor Relations

Redaktionsschluss: 27. Juli 2024

Group Investor Relations

Telefon: +43-1-71 707-2089
E-Mail: ir@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Investoren

Communications

Telefon: +43-1-71 707-1298
E-Mail: communications@rbinternational.com
www.rbinternational.com → Media Hub

Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Raiffeisen Bank International AG zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie bekannten und unbekanntem Risiken sowie Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden.

Dieser Bericht wurde mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten wurden überprüft. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden. Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Dieser Bericht wurde in deutscher Sprache verfasst. Der Bericht in englischer Sprache ist eine Übersetzung des deutschen Berichts. Allein die deutsche Version ist die authentische Fassung.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden in diesem Bericht alle Personenbezeichnungen in der männlichen Form verwendet. Darunter soll auch die weibliche Form verstanden werden.



Raiffeisen Bank
International

